

VERGLEICH DER WAHLPROGRAMME

VON SPD, CDU, GRÜNEN, FDP, LINKEN UND ADF



Inhaltsverzeichnis

2	Arbeit
3	Armut
4	Ausbildung
5	Demokratie und Bürgerschaftliches
6	Engagement
7	Digitalisierung
8	Eine Welt
9	Energie
10	Europa
11	Familie
12	Finanzen
13	Flüchtlinge und Integration
14	Forschung
15	G8/G9
16	Gesundheit
17	Gleichstellung
18	Handwerk
19	Hochschule
20	Industrie
21	Infrastruktur
22	Inklusion
23	Jugend
24	Kita
25	Kommunale Finanzen
26	Kultur
27	Ländlicher Raum
28	Landwirtschaft
29	Medien
30	Öffentlicher Dienst
31	Pflege
32	Prävention
33	Recht
34	Rechtsextremismus
35	Rente und Leben im Alter
36	Schule
37	Schulische Inklusion
38	Sicherheit
39	Sport
40	Stadtentwicklung
41	Umwelt- und Naturschutz
42	Verbraucherschutz
43	Verkehr
44	Weiterbildung
45	Wirtschaft
46	Wohnen

UNSERE POSITION

Wir wollen Gute Arbeit zu fairen Löhnen: Um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu unterbinden, sind die striktere Regulierung von Werkverträgen und strengere Regeln für die Leiharbeit nötig. Wir wollen die Anreize dafür stärken, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Sachgrundlose Befristungen gehören abgeschafft.

Gute Arbeit entscheidet sich nicht zuletzt ganz praktisch im Betrieb: Wir werden uns im Bund für eine Verschärfung der Straftatbestände bei Verstößen gegen die betriebliche Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz stark machen.

Mit dem Sozialen Arbeitsmarkt finanzieren wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit und bekämpfen Armut und Perspektivlosigkeit zugleich. Die Plätze werden wir auf 10.000 aufstocken.

Fazit: Für uns gilt: Arbeit ist für den Menschen da – nicht umgekehrt. Wir sorgen für faire Löhne, gute Beschäftigung und mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Der Langzeitarbeitslosigkeit sagen wir den Kampf an.

CDU

Die CDU NRW sieht keinen politischen Handlungsbedarf bei Leiharbeit, Werkverträgen, Minijobs oder sachgrundlosen Befristungen. Gute Arbeit? Gilt bei der CDU nicht für alle Beschäftigten.

Die CDU anerkennt den Wunsch der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität und betont im selben Atemzug die Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber. Bedeutet: Keinerlei Verbesserung für die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben.

Die CDU setzt auf freiwillige Regelungen zwischen Beschäftigten und Betrieben bei der Arbeitszeit. Der Gesundheitsschutz soll dabei berücksichtigt werden. Für uns gilt: Faire Arbeit ist Gesunde Arbeit. Mit einem wirksamen Präventionsgesetz und betrieblichen Gesundheitsmanagement stärkt die NRWSPD die Rechte der Beschäftigten von Anfang an – darüber wird nicht verhandelt.

Fazit: Das Programm der CDU NRW folgt dem Sinnbild der drei Affen: Nichts hören, sehen oder sagen. Politischen Handlungsbedarf bei Werkverträgen, Minijobs oder sachgrundlosen Befristungen gibt es demzufolge nicht.

GRÜNE

Die Grünen wollen Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln und den Mindestlohn weiterentwickeln. Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge sollen verbessert werden. Das deckt sich mit der Position der NRWSPD.

Die Position der Grünen zum Sozialen Arbeitsmarkt ist deckungsgleich mit unserer. Es fehlt allerdings eine Angabe darüber, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Die Grünen wollen Sanktionen für Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, abschaffen. Fakt ist: Sanktionen werden allerdings schon heute behutsam und in nur wenigen Fällen angewendet.

Fazit: Die Positionen der Grünen unterscheiden sich nicht grundlegend von jenen der NRWSPD. Die geplanten Maßnahmen zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit werden nicht konkretisiert.

FDP

Die FDP NRW spricht sich gegen klare Regeln beim Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit aus und setzt stattdessen auf das „Prinzip Hoffnung“ bzw. freiwillige Vereinbarungen der Tarifpartner zur Verhinderung von Missbrauch. Na bravo!

Die FDP spricht sich gegen öffentlich geförderte Beschäftigung und einen „sozialen Arbeitsmarkt“ aus. Nur ein eng begrenzter Personenkreis soll über einen längeren Zeitraum gefördert werden. Wer zu diesem Club gehört und wie lange die Förderung angeboten werden soll, bleibt unklar.

Die FDP will das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, die tägliche Höchstarbeitszeit von 8 bzw. 10 Stunden und 11-stündiger Ruhezeit aufheben. Die Interessen der Beschäftigten hat sie – wie eh und je – weniger im Sinn. Die NRW SPD macht sich für Flexibilisierungen im Sinne der Beschäftigten stark.

Fazit: So kennen wir die FDP: Prinzip Hoffnung statt klarer Regelungen. Die Förderung einiger weniger Auserwählter macht noch keinen Sozialen Arbeitsmarkt.

LINKE

Die Linke möchte ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro beschließen. Die NRWSPD setzt demgegenüber auf eine aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern zusammengesetzte Mindestlohnkommission, die den Mindestlohn z.B. vor dem Hintergrund der allgemeinen Lohnentwicklung und Preisanstiegs erhöht. Wie die plötzliche Erhöhung des Mindestlohns finanziert werden soll, beantwortet die Linke nicht.

Die Linke tritt für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für staatlich finanzierte Qualifizierungs- und Vollzeitangebote für unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigte ein. Auch hier bleibt sie die Antworten zur Finanzierung dieser teuren Versprechen schuldig.

Fazit: Die Linke verspricht ein Füllhorn sozialer Wohltaten, ohne auch nur den Hauch einer Finanzierungsidee erkennen zu lassen. Unbezahlbar!

AFD

Die AfD plant eine Begrenzung des Anteils von Beschäftigten mit Werkverträgen auf max. 15 Prozent der Belegschaft. Das verstößt gegen die unternehmerische Freiheit des Grundgesetzes. Ein Kampf gegen Windmühlen bringt aber gar nichts – der gegen Missbrauch von Werkverträgen schon!

Die AfD möchte die Arbeitslosigkeit mit Qualifikationsmaßnahmen für „geeignete Arbeitslose“ bekämpfen und stempelt einen anderen Teil als „ungeeignet“ ab. Nur solche Qualifikationsmaßnahmen sollen gefördert werden, die den Arbeitsmarkterfordernissen entsprechen. Welche das sein sollen, wird nicht näher erklärt.

Die AfD plädiert für eine fallbezogene Verpflichtung zur „gemeinnützigen“ Arbeit. Das unterstellt, dass Langzeitarbeitslose faul sind. Rechter Populismus.

Fazit: Populistische Unterscheidung von „guten“ und „schlechten“ Arbeitslosen. Wie immer: Stimmungsmache statt politischer Lösungsansätze. Die AfD: arbeitsmarktpolitisch absolut „ungeeignet“

UNSERE POSITION

Der Langzeitarbeitslosigkeit sagen wir den Kampf an: Mit dem sozialen Arbeitsmarkt finanzieren wir Arbeit statt (Langzeit-)Arbeitslosigkeit. Wir schaffen Modellprojekte, um langzeitarbeitslose Elternpaare und Alleinerziehende im ALG-II-Bezug aus der Armutsfalle zu befreien. Wir werden die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses umsetzen und Entlastungsmöglichkeiten für Alleinerziehende prüfen.

Das Programm „Alle Kinder essen mit“ setzen wir fort. Bei der Mittagsverpflegung für Kinder aus Familien in sozialen Notlagen machen wir keine Kompromisse.

Wir werden das Existenzminimum konsequent umsetzen: Die NRWSPD setzt sich im Bund für die Verankerung eines Sozialtickets im ALG-II-Satz ein. Bis dahin finanzieren wir das Ticket aus Landesmitteln.

Fazit: Mit unserer Politik treten wir Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglöhnen entschieden entgegen. Wir akzeptieren weder Armut noch überlassen wir von Armut betroffene Menschen ihrem Schicksal.

CDU

Die CDU NRW setzt auf eine Arbeitsmarktpolitik, die auf eine frühzeitige und passgenaue Aktivierung Arbeitsloser und deren schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt zielt. Wie das funktionieren und umgesetzt werden soll, erklärt sie nicht.

Die CDU NRW meint, dass staatliche Sonderprogramme die Ursachen von Armut nicht beheben können. Kinderarmut möchte sie vielmehr durch eine „bessere“ Wirtschaftspolitik bekämpfen, die neue Arbeitsplätze schafft. Reichlich unkonkret!

Die CDU plädiert für die Einführung des Familienpasses NRW für kostenreduzierte Besuche öffentlicher Einrichtungen. Das Angebot richtet sich an kinderreiche, einkommensschwache und Ein-Eltern-Familien. Aber: Das haben die Kommunen in NRW schon längst auf den Weg gebracht!

Fazit: Die CDU hat den Kampf gegen Armut und deren Folgen aufgegeben. Statt konkreter arbeitsmarktpolitischer Ideen gilt das Motto: Der Arbeitsmarkt wird's schon (irgendwie) richten. Das ist echt arm.

GRÜNE

Die Grünen wollen bestehende (Landes-)Programme zur Armutsvermeidung fortführen und weiterentwickeln. Die Unterstützung soll vor allem im Sozial- und Lebensraum der Menschen erfolgen. Konkretisierungen dazu liefert das Programm nicht.

Die Grünen wollen sich im Bund für eine neue, armutsfeste Grundsicherung ohne Sanktionen einsetzen. Dazu gehören „deutlich höhere Regelsätze“ und die Kindergrundsicherung. Die damit verbundenen Kosten werden ebenso wenig wie konkrete Finanzierungsvorschläge genannt.

Die Grünen wollen prekäre Beschäftigungsverhältnisse beseitigen. Doch mit welchen Maßnahmen? Fragezeichen.

Fazit: Die Grünen verlieren sich im Kampf gegen Armut in Allgemeinplätzen. Die gute Arbeit des SPD-geführten NRW-Sozialministeriums wollen sie fortsetzen – ansonsten sehen sie allein den Bund in der Verantwortung, Armut und Armutsfolgen zu lindern.

FDP

Die FDP spricht sich gegen öffentlich geförderte Beschäftigung und einen „sozialen Arbeitsmarkt“ aus. Nur ein eng begrenzter Personenkreis soll über einen längeren Zeitraum gefördert werden. Wer zu diesem Club gehört und wie lange die Förderung gilt, bleibt unklar.

Die FDP will Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen im ALG-II-Bezug neu gestalten. „Neu gestalten“ meint hier: Niedrige Zuzuschüsse sollen stärker auf die Grundsicherung angerechnet und faktisch abgeschafft werden.

Die FDP will Sozialleistungen in einem Bürgergeld zusammenfassen und pauschalisieren. Welche Sozialleistungen pauschalisiert oder ganz gestrichen werden sollen, verschweigt sie.

Fazit: Bei der FDP ist jeder ist seines eigenen Glückes Schmied. Unverschuldete Armut wird mit der Streichung von Hinzuverdienstmöglichkeiten und Sozialleistungen bestraft. Hilfen oder Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit? Fehlanzeige.

LINKE

Die Linke will Löhne, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann. Klingt gut: Vorschläge wie ein Mindestlohn von 12 Euro sind allerdings unfinanzierbar.

Die Linke will eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen, die mindestens 1.050 Euro beträgt. Finanziert werden soll dies durch die höhere Besteuerung „Superreicher“.

Die Linke will für ein NRW ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, das die Mittel aus ALG-II und „Kosten der Unterkunft“ zusammenführt und mit ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen sozialversicherungspflichtige Arbeit schafft.

Die Linke will einen Sozialpass mit einem Sozialticket für den ÖPNV für 15 Euro. Gegenfinanzierung? Fragezeichen.

Fazit: Die Linke legt ein unfinanzierbares Bundestagswahlprogramm gegen Armut vor. Motto: Es möge Manna vom Berliner Himmel fallen! Die Rolle des Landes bleibt bei alldem irrelevant.

AFD

Die AfD will eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengelds bei einer Vorbeschäftigung ab 10 Jahren. Zudem fordert sie höhere ALG-II-Leistungen, die sich stärker an Erwerbsbiografien orientieren. Was das genau bedeutet, bleibt wie so vieles im Ungefähren.

Die AfD möchte die Arbeitslosigkeit mit Qualifikationsmaßnahmen für „geeignete Arbeitslose“ bekämpfen und stempelt den anderen Teil als „ungeeignet“ ab. Nur Qualifikationsmaßnahmen sollen gefördert werden, die den Arbeitsmarkterfordernissen entsprechen. Welche das sein sollen, wird nicht näher erklärt.

Die AfD plädiert für eine fallbezogene Verpflichtung zur „gemeinnützigen“ Arbeit. Das unterstellt, dass Langzeitarbeitslose faul sind. Rechter Populismus.

Fazit: Die AfD verfügt weder über ein Konzept noch nennt sie Maßnahmen, mit denen das Land Armut bekämpfen könnte. Anstatt landespolitische Lösungen zu erarbeiten, ruft sie mit unrealistischen Forderungen nach dem Bund.

UNSERE POSITION

Mit branchenbezogenen Ausbildungs-fonds erhöhen wir das Angebot von Ausbildungsplätzen – das funktioniert bereits in der Altenpflege sehr gut.

Das Landesprogramm Kein Abschluss ohne Anschluss werden wir fortsetzen. Wir schaffen mehr Ausbildungszugänge für gering Qualifizierte, niedrigschwellige Förderangebote für Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive, bessere Teilzeitausbildungsangebote für junge Eltern.

Wir setzen uns im Bund für eine Ausbildungsgarantie und Mindestausbildungsvergütung ein.

Mit der Einführung eines Azubitickets und der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums werden wir die soziale Lage von Azubis verbessern.

Wir stärken die duale Ausbildung und den Praxisbezug des Abiturs am Berufskolleg. Berufsschulen werden wir besser ausstatten und regional vernetzen.

Fazit: Die NRWSPD sorgt für mehr Ausbildungsplätze und -angebote. Wir stärken die berufliche Ausbildung und entlasten unsere Azubis.

CDU

Die CDU will für die duale Ausbildung werben und den Einstieg ins System durch mehr Praxisorientierung in den Schulen erleichtern. Die Lehrpläne sollen technisch-praktisch ausgerichtet und mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer gefördert werden.

Die CDU will Berufsschulen sachlich und personell besser ausstatten. Dazu sollen mehr Lehrkräfte und auch berufserfahrene Meister für den Schuldienst gewonnen und die Hürden des Einstiegs heruntergesetzt werden.

Die CDU will für Menschen ohne Berufsabschluss spezielle Bildungsgänge mit sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräften einführen.

Sie will für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung sonderpädagogische Berufskollegs einrichten.

Fazit: Die Vorschläge der CDU zielen fast vollständig auf die Berufskollegs. Das allein schafft aber keine neuen Ausbildungsplätze und gute Arbeitsbedingungen für die Azubis. Zu kurz gesprungen.

GRÜNE

Die Grünen wollen das Programm Kein Abschluss ohne Anschluss evaluieren, weiterentwickeln und für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf anpassen.

Die Grünen wollen – wie die NRWSPD – ein landesweites Azubi-Ticket einführen.

Sie wollen Berufsschulen zu Regionalen Berufsbildungszentren entwickeln und deren Erhalt in der Fläche garantieren. Inklusion soll auch an Berufsschulen vorangetrieben werden.

Unternehmen sollen ihrer Ausbildungspflicht stärker nachkommen und in einen Ausbildungsfonds investieren. Außerbetriebliche und Verbundausbildungen (Kooperationen von Unternehmen und Bildungseinrichtungen) sollen gefördert werden.

Fazit: Die Grünen schlagen bei der Erhöhung der Ausbildungsplätze den richtigen Weg ein, haben aber die soziale Lage der Azubis nicht recht im Blick.

FDP

Die FDP will schwächere Schüler und Auszubildende besser unterstützen und Ausländer mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Arbeitsmarkt integrieren. Wie genau, wird nicht ersichtlich.

Die FDP will die duale Ausbildung attraktiver machen und aufwerten. Dazu sollen EU-Austauschprogramme wie Erasmus+ auf Auszubildende ausgerichtet und wohnortsferne Unterbringung ermöglicht werden.

Die FDP will die berufliche Bildung in der Schule stärken. Bildungs- und Beratungskurse von Akteuren aus Schule und Wirtschaft sollen frühzeitig auf den Arbeitsmarkt vorbereiten.

Die FDP schlägt das Berufsabitur vor und will Berufsschulen durch Bürokratieabbau, IT-Aufrüstung, Bildungsgangspezialisierung und die Etablierung neuer Berufsbilder fördern.

Fazit: Die FDP lehnt jegliche staatliche Steuerung bei der Ausweitung der Ausbildungsplätze ab. Doch gerade hier besteht politischer Handlungsbedarf. Die Qualität der Ausbildung spielt für die FDP ebenso wenig eine Rolle wie die soziale Lage der Azubis.

LINKE

Die Linke fordert eine Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die nicht ausbilden.

Sie will unabhängige Inspekture einsetzen, die die Qualität der Ausbildungen überprüfen und beratend zur Verfügung stehen.

Die Linke will Ausbildung im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsbereich ausbauen und darüber hinaus die Ausbildung für pharmazeutische und medizinische Assistenzberufe sowie Gesundheitsfachberufe einführen.

Die Linke will Schulabgänger mit geringer Qualifikation nicht mehr über niedrigschwellige Förderangebote an die Ausbildung heranführen, sondern in assistierte Ausbildung oder schulische Weiterqualifizierung überführen.

Fazit: Die Linke droht Unternehmen mit Sanktionen wie der Ausbildungsplatzumlage, statt die Kooperation von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Betrieben zu fördern. Niedrigschwellige Förderangebote lehnt sie trotz ihrer Wirksamkeit ab.

AFD

Die AfD fordert die Aufwertung von Ausbildungsberufen und stellt sich gegen die „politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse“.

Die AfD will Haupt-, Real-, Sekundar- und Berufsschulen in ihrer Bedeutung stärken, weil das zur Besetzung freier Ausbildungsplätze und zum schnelleren Abschluss von Ausbildungsabschlüssen führen werde.

Fazit: Die AfD spielt Studierende und Azubis gegeneinander aus. Die „Inflation akademischer Abschlüsse“ bleibt eine rechtspopulistische Mär. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Ausbildungssystems macht die AfD nicht.

UNSERE POSITION

Wir werden das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken und führen das kommunale Wahlrecht für langjährig hier lebende Ausländer ein.

Wir bauen eine landesweite Interessensvertretung der Jugendlichen auf.

Wir bauen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen aus.

Wir entwickeln weitere Bürgerbeteiligungsformate unterhalb von Bürgerbegehren und -entscheid auf Quartiersebene.

Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement durch tragfähige Strukturen und professionelle Unterstützung seitens der Verwaltung.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine weitere Anhebung der Steuerfreibeträge bei Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten ein und stärken kommunales Ehrenamt, indem wir weitere Verbesserungen bei der Freistellungsregelung umsetzen.

Fazit: Wir stärken die Demokratie, indem wir das Wahlrecht mehr Menschen zugänglich machen. Wir stärken die Demokratie vor Ort, indem wir Mitwirkung im direkten Lebensumfeld ermöglichen. Wir unterstützen strukturell und finanziell das Ehrenamt.

CDU

Das Wahlrecht ab 16 und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Nicht-EU-Bürger sind für die CDU kein Thema.

Die CDU will das ehrenamtliche Engagement stärken, in dem es Anerkennung und Wertschätzung erfährt. Auch soll ehrenamtliches Engagement auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet werden. Wie und in welcher Höhe das Engagement angerechnet werden soll, führt die CDU allerdings nicht aus.

Die CDU will das kommunalpolitische Ehrenamt attraktiver machen, für dessen Akzeptanz werben und mehr junge Menschen dafür gewinnen. Wie die CDU das tun möchte? Keine Antwort.

Die CDU will Sicherheitsvorkehrungen und Vorschriften lockern, damit Karnevals- und Schützenumzüge einfacher marschieren können.

Fazit: Die CDU will weder Jugendlichen mehr Mitwirkung noch lange hier lebenden Nicht-EU-Bürgern Mitbestimmung einräumen.

Die Vorschläge zur Aufwertung des Ehrenamts bleiben schwammig. Dafür sollen Vorschriften der Brauchtumpflege gelockert werden. Unnötig und unnötig gefährlich.

GRÜNE

Auch die Grünen wollen das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und das Wahlrecht für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten einführen.

Die Grünen wollen alle Gesetzesinitiativen daraufhin prüfen, ob sie die Interessen von Jugendlichen ausreichend berücksichtigen und gesetzliche Grundlagen zur Beteiligung von Jugendlichen schaffen. Wie und nach welchen Maßstäben dies geprüft werden soll, sagen sie nicht.

Die Grünen wollen bei Kommunalwahlen kumulieren (mehrere Stimmen pro Kandidat) und Panaschieren (Stimmverteilung auf Kandidaten) einführen und eine Quotenregelung bei Landtags- und Kommunalwahlen.

Eine Ehrenamts-Strategie für NRW soll entwickelt und im Bund eine bessere steuerliche, renten- und sozialrechtliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit erreicht werden.

Fazit: Das Ehrenamt in NRW braucht keine neue Strategie, es braucht konkrete Unterstützung. Zudem verkomplizieren die Grünen die Kommunalwahlen durch ein neues Wahlrecht.

FDP

Die FDP will Jugendliche „stärker in gesellschaftliche und politische Prozesse einbinden“ – durch ein Landesjugendparlament und verpflichtende Partizipation auf kommunaler Ebene. Aber: Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist, genau wie mehr Mitbestimmungsrechte für Nicht-EU-Bürger, kein Thema.

Die FDP will eine Entbürokratisierung des Ehrenamts. Wo genau sie wie Abhilfe schaffen will, bleibt geheim.

Immerhin: Ehrenamtliches Engagement von Senioren soll mit Hilfe passgenauer Angebote gefördert werden. Und das von Jüngeren?

Fazit: Anstatt Gremienpartizipation für Jugendliche zu fordern, könnte man sie auch einfach früher wählen lassen. Hierzu mag die FDP aber keine klare Stellung beziehen. Dafür sollen Senioren im Ehrenamt unterstützt werden. Darüber würden sich gewiss auch jüngere Ehrenamtler freuen.

LINKE

Die Linke will das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und das Wahlrecht für alle an allen Wahlen (Bund, Land, Kommune), die dauerhaft hier leben.

Die Belange von Kindern und Jugendlichen sollen bei der Umsetzung kommunaler Vorhaben stärker beteiligt werden. Für welche Vorhaben dies gilt und in welcher Weise Kinder und Jugendliche politisch beteiligt werden sollen, führt die Linke nicht aus.

Die Linke will bei Kommunalwahlen kumulieren & Panaschieren einführen.

Die Linke will das Verfahren für Volksinitiativen und -begehren vereinfachen und Bürgern bei Verfassungsänderungen das Letztentscheidungsrecht überlassen.

Fazit: Die Linke verkompliziert unter dem Deckmantel der Demokratie kommunale Entscheidungsfindungen. In dem sie bei Verfassungsänderungen das Letztentscheidungsrecht den Bürgern überlässt, öffnet sie dem Populismus Tür und Tor. Ehrenamt braucht für die Linke keine weitere Stärkung.

AFD

Zur Frage von Mitbestimmungsrechten von Nicht-EU-Bürgern ist bei der AfD nichts zu lesen. Überraschung.

Dafür möchte sie die Schwellen für Volksbegehren, Volksentscheide etc. abbauen und direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild einführen.

Sie will Regelungen für Bürgerbegehren vereinfachen. Kommunen sollen Konzepte zur Stärkung der Demokratie durch Bürgerbeteiligung erarbeiten; Verwaltungen sollen verpflichtet werden, Bürgerbegehren zu unterstützen.

Die AfD will die Parlamentsgröße direkt von der Wahlbeteiligung abhängig machen. Populistischer und landesverfassungsrechtlich ausgeschlossener Nonsens!

Unterstützung ehrenamtlichen Engagements? Hierzu verliert die AfD kein Wort.

Fazit: Unser Wahlsystem hat die AfD leider nicht verstanden. Denn: Mit zu geringen Schwellen für Volksbegehren wird die Demokratie gelähmt. Das Ausländerwahlrecht oder die Aufwertung des kommunalen Ehrenamts sind für die AfD völlig irrelevant.

UNSERE POSITION

Bis 2018 werden wir eine halbe Milliarde Euro in den Ausbau von 50 Mbit/s-Breitbandanschlüssen investieren. NRW ist bereits jetzt Spitzenreiter beim Ausbau unter den Flächenländern.

Wir treiben den 5G-Mobilfunkstandard über Testfelder voran und sorgen für den flächendeckenden Ausbau der Glasfaser bis 2026.

Betreiber von öffentlichen WLAN-Hotspots brauchen Rechtssicherheit: Wir lehnen deshalb die Störerhaftung ab. Wir setzen uns für Netzneutralität ein und bringen zudem eine datenschutzrechtliche Strategie auf den Weg.

Wir treiben die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung voran.

Wir unterstützen Netzwerke der digitalen Wirtschaft in NRW: Wir setzen uns für Unternehmensgründungen in den Digitalbranchen und für Partnerschaften zwischen Start-ups, Mittelstand und Industrie ein.

Fazit: Mit der NRWSPD wird die Digitalisierung in allen Facetten vorangetrieben. Dazu gehören der flächendeckende Breitbandausbau, umfassender Datenschutz sowie die Förderung innovativer Unternehmen, Geschäftsmodelle und Netzwerke.

CDU

Die CDU fordert den flächendeckenden Breitbandausbau (Glasfaser) bis 2025 und den Ausbau des mobilen Netzes.

Die CDU trifft keine Aussagen zu Netzneutralität und Störerhaftung, sie fordert lediglich freies W-LAN. Das schafft Unsicherheit!

Es werden keine konkreten Aussagen zum Datenschutz gemacht.

Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung soll vorangetrieben werden.

Die CDU will die Rahmenbedingungen für die Gründung von Start-ups und Vernetzung der (digitalen) Wirtschaft verbessern.

Die CDU will die Breitbandanschlüsse Kleinerer und Mittlerer Unternehmen über die Ausgabe von Fördergutscheinen beschleunigen. Gutscheine sind eine Insellösung, keine Strategie zum Breitbandausbau.

Fazit: Für die CDU NRW spielt der Datenschutz im Kontext der Digitalisierung keine Rolle – dem Datenmissbrauch wird so Tür und Tor geöffnet. Betreiber öffentlicher W-LAN-Hotspots lässt sie im Stich.

GRÜNE

Die Grünen fordern den flächendeckenden Breitbandausbau (Glasfaser) bis 2025 und Testfelder für 5G Mobilfunk.

Es soll Rechtssicherheit bei der Störerhaftung geben und Netzneutralität sichergestellt werden.

Die Grünen setzen sich für zeitgemäßen Datenschutz auf allen politischen Ebenen ein.

Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung soll vorangetrieben werden.

Es soll ein gründungs- und innovationsfreundliches Klima für Start-ups geben und die Vernetzung mit anderen Unternehmen aus Mittelstand und Industrie sichergestellt werden.

Die Grünen wollen Freies WLAN fördern und dessen Nutzbarkeit in Innenstädten, öffentlichen Einrichtungen und dem ÖPNV ausbauen.

Fazit: Die Grünen NRW setzen ähnliche Schwerpunkte in der Digitalisierung wie die NRWSPD. Dem Einsatz für mehr Datenschutz liegt jedoch keine ganzheitliche Strategie zugrunde.

FDP

Die FDP setzt sich für flächendeckende Breitbandversorgung ein. Aber bis wann?

Sie trifft keine Aussagen zu Störerhaftung und Netzneutralität. Was nun, Freiheitspartei?

Die FDP fordert umfassenden Schutz vor Datenmissbrauch und ein NRW-Datenschutzsiegel für vorbildliche Unternehmen.

Es soll eine landesweite E-Government-Offensive zur Umsetzung einer digitalen Verwaltung geben. In welcher Weise sich diese von der SPD-geführten Landesregierung unterscheiden soll? Keine Antwort.

Die FDP will ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups und ein Gründungs-BAföG sowie Start-up-Cluster zur Vernetzung mit anderen Unternehmen.

Fazit: Mit der FDP NRW steht die flächendeckende Breitbandversorgung in den Sternen. Durch das mangelnde Bekenntnis zur Netzneutralität droht ein „Zwei-Klassen-Internet“. Durch ein bürokratiefreies Jahr würden sich Start-ups womöglich im „rechtsfreien Raum“ bewegen und potenzielle Fehlentwicklungen begünstigt.

LINKE

Die Linke fordert den flächendeckenden Breitbandausbau (Glasfaser), Bis wann, bleibt auch bei ihnen ein ungelüftetes Geheimnis.

Es werden keine Aussagen zur Störerhaftung gemacht, die Netzneutralität für NRW soll gesetzlich garantiert werden

Die Linke will das Datenschutzgesetz NRW weiterentwickeln.

Es werden keine Aussagen zur digitalen Öffentlichen Verwaltung gemacht.

Der sozial-ökologische Umbau soll mit Gründungen und Start-ups vorangebracht werden.

Fazit: Die Linke NRW setzt keinen Termin für den flächendeckenden Breitbandausbau und positioniert sich nicht zur Störerhaftung. Die Chancen der Digitalisierung für die Öffentliche Verwaltung werden nicht erkannt, es gibt keine Strategie für Start-ups und die Vernetzung innovativer Branchen. Gestrig.

AFD

Die AfD fordert den flächendeckenden Breitbandausbau, allerdings ohne einen Termin zu nennen.

Störerhaftung und Netzneutralität werden nicht erwähnt.

Es werden keine Aussagen zum Datenschutz gemacht.

Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung wird im Programm ebenfalls nicht erwähnt.

Aussagen zu Start-ups, Gründungskultur oder Vernetzung? Fehlanzeige.

Fazit: Mit der AfD NRW bleibt Nordrhein-Westfalen im analogen Zeitalter stecken. Der flächendeckende Breitbandausbau wird zwar lose gefordert, aber nicht mit weiterführenden Maßnahmen unterfüttert. Warum NRW eine Digitalisierungsstrategie braucht, hat die AfD NRW nicht im Ansatz begriffen.

UNSERE POSITION

In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir weiter Vorreiter unter den Bundesländern sein. Mithilfe des Tarif-treue- und Vergabegesetzes haben wir fairen Handel zur Umsetzung globaler Gerechtigkeit vor Ort vorangetrieben. Nur über Perspektiven wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung können die Ursachen für Krieg, Bürgerkrieg, Flucht, Vertreibung und ungesteuerte Migration wirksam bekämpft werden.

Mit unserer Eine-Welt-Strategie haben wir unsere Politik auf sechs Handlungsfelder konzentriert: Neben Bildung gehören dazu Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, Governance und bürgerschaftliches Engagement.

Wir wollen die Kompetenzen der UN-Stadt Bonn u.a. im Bereich Nachhaltigkeit ausbauen.

Fazit: Die NRWSPD führt ihre Eine-Welt-Strategie in allen relevanten Politikfeldern konsequent fort. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zur UN-Stadt Bonn. In der Entwicklungszusammenarbeit bleiben wir weiterhin Vorreiter, nicht zuletzt für eine wirk-same Bekämpfung von Fluchtursachen.

CDU

Die CDU will mit Partnern in aller Welt einen aktiven Beitrag zu einem wirtschaftlichen Fortschritt leisten, der mit guter Regierungsführung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit einhergeht. Fraglich ist, wie man solche Aussagen beispielsweise mit der Ablehnung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in Einklang bringen möchte. Unglaublich!

Die CDU will die internationale Zusammenarbeit und den Austausch weiter verstärken. Wie so oft fehlt eine konkrete Strategie!

Sie will Bonn als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie als Austragungsort internationaler Konferenzen und Kongresse weiter stärken.

Fazit: Die CDU NRW hat kein Konzept für die internationale Zusammenarbeit. Ihre Aussagen zur Entwicklungszusammenarbeit sind im Kontext der Ablehnung des Tariftreue- und Vergabegesetzes schlicht unglaubwürdig. Darüber hinaus fehlt ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

GRÜNE

Die Grünen wollen die NRW-Außenwirtschaftsförderung, die Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, und die öffentliche Beschaffung des Landes nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ausrichten.

Die Grünen wollen die Mittel für den Eine-Welt-Bereich aufstocken. Darüber hinaus ist es ihr Ziel, Wirtschaft, Handel und Investitionen nachhaltig zu gestalten. Zusätzlich wollen sie die Nachhaltigkeit als Ziel in die Verfassung von NRW aufnehmen. Die Höhe der Mittel sowie Details zur Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien in die Landesverfassung bleiben jedoch unklar.

Die Bundesstadt Bonn soll auch weiterhin als UN-Standort und als Sitz wichtiger Institutionen gestärkt werden.

Fazit: Die Grünen NRW setzen ähnliche Schwerpunkte in der Eine-Welt-Politik wie die NRWSPD. Im Detail bleiben ihre Forderungen jedoch eher unklar, insbesondere hinsichtlich der Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien in die Landesverfassung.

FDP

Im Programm der FDP gibt es keinerlei Aussagen zu Entwicklungszusammenarbeit oder Eine-Welt-Politik.

Auch die UN-Stadt Bonn wird nicht erwähnt.

Die FDP setzt sich für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Konkrete Maßnahmen fehlen jedoch.

Fazit: Die Eine-Welt-Politik der FDP NRW ist nahezu nicht existent. Man möchte zwar die Ursachen von Flucht bekämpfen, bleibt jedoch Antworten zu konkreten Maßnahmen schuldig. Eine Strategie für Entwicklungszusammenarbeit gibt es nicht. Möglicherweise hat die FDP keine Ideen, wie man dieses Politikfeld privatisieren könnte...

LINKE

Die Linke steht für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle Länder schafft. Dazu gehöre ein Ende der Ausbeutung sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards. Die Eine-Welt-Strategie der NRWSPD sowie die Vorbildfunktion des Tariftreue- und Vergabegesetzes scheinen der Linken nicht bekannt zu sein.

Die Linke setzt sich für fairen Handel ein.

Die Relevanz der UN-Stadt Bonn wird im Programm der Linken nicht erwähnt.

Fazit: Die Eine-Welt-Politik der Linken NRW ist von Unkenntnis bereits vorhandener Strategien und Entwicklungszusammenarbeit dominiert. Die Relevanz der UN-Stadt Bonn wird außerdem nicht einmal erwähnt.

AFD

Die AfD macht in ihrem Programm keinerlei Aussagen zur Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Eine-Welt-Politik oder zur UN-Stadt Bonn. Überraschung.

Fazit: Mit der AfD NRW gibt es keine Entwicklungszusammenarbeit oder Eine-Welt-Politik. Eine national beschränkte Denkweise ist für die Wahrnehmung internationaler Verantwortung offenbar hinderlich.

ENERGIE

UNSERE POSITION

Wir brauchen eine langfristige angelegte Energiewende, die Arbeitsplätze und bezahlbaren Strom für Haushalte und Wirtschaft genauso im Blick hat, wie den Klimaschutz.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau bei den Erneuerbaren Energien ein. Bis 2025 wollen wir eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen.

Wir wollen erreichen, dass wir Zug um Zug weniger fossile Brennstoffe zur Stromerzeugung einsetzen müssen. Bis ausreichend Speicher und Stromnetze vorhanden sind, benötigen wir noch fossile Energieerzeugung.

Die Strompreise müssen durch die Abschaffung der Stromsteuer und einen EEG-Fonds zur Förderung der Erneuerbaren Energien begrenzt werden.

Fazit: Die NRWSPD setzt sich für eine sozial ausgewogene Energiewende ein. Vorbild im internationalen Klimaschutz können wir nur sein, wenn wir eine moderne Industrie, gute Arbeit und Erneuerbare Energien zusammenbringen. Dann kann der Klimaschutz als Fortschrittsmotor dienen.

CDU

Die CDU will die Energiewende fortführen, stellt jedoch im Kern die Bedürfnisse der Industrie nach billigem Strom über alles. Wie die Energiewende konkret gelingen soll - dazu findet sich kein einziger Vorschlag im CDU-Programm.

Konkret wird die CDU aber bei den Hürden, die für die Energiewende aufgestellt werden sollen. Der Ausbau der Windenergie wird an die größtmögliche Unterstützung der Anwohner sowie die kommunale Planungshoheit gebunden. Die Abbaumengen von Braunkohle sollen im Zweifel erhöht werden.

Fazit: Die CDU bleibt vage. Allgemeine Erklärungen, man wolle die Energiewende, müsse aber die Wirtschaft und Industrie in NRW sichern, teilen wir – aber ohne konkrete Vorschläge helfen sie wenig weiter. Im Zweifel möchte die CDU die Energiewende verzögern – auf Kosten unserer Zukunft.

GRÜNE

Die Grünen wollen den Kohleausstieg bis 2037 gesetzlich regeln. Wie dabei –zusammen mit dem Atomausstieg 2022 – die Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll, bleibt ihr Geheimnis.

Die Grünen wollen bis zum Jahr 2025 eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen.

Die gesamte Energieversorgung soll zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien umgestellt werden, inklusive des Wärme- und Verkehrsbereichs. Dazu werden zahlreichen Maßnahmen genannt, u. a. Ausbau und Forschung von Energiespeichern.

Fazit: Die Grünen wollen die Energiewende weiter beschleunigen, machen aber keinerlei Vorschläge, wie wir gleichzeitig Industrie und Arbeitsplätze in NRW sichern können. Wo die CDU die Interessen der Industrie über alles stellt, machen die Grünen das Gegenteil: Arbeit ist nicht so wichtig.

FDP

Die FDP will die Förderung der Erneuerbaren Energien abschaffen. Ein weiterer Ausbau soll rein marktgetrieben stattfinden.

Die FDP möchte die Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasen zurücknehmen. Denn dieser Klimawandel ist bestimmt nur eine Erfindung.

Folgerichtig möchte die FDP den Ausbau von Windenergie begrenzen: Die Landespolitik soll Windenergieflächen nur noch an Autobahnen und Bestandsanlagen zulassen.

Dagegen sollen Braunkohleförderung und -verstromung in NRW weiterhin unbegrenzt möglich sein.

Fazit: Mit der FDP NRW geht es zurück in die Zeit vor die Energiewende: Klimawandel? Gibt es anscheinend nicht. Ihre Vorschläge würden ein Chaos in der Energiepolitik anrichten und die Planungssicherheit für die Wirtschaft untergraben.

LINKE

Die Linke fordert ein landesspezifisches Kohleausstiegsgesetz und einen Kohleausstieg bis 2035. Der Braunkohletagebau soll gestoppt und der Hambacher Forst gerettet werden. Und das zwei Jahre früher als bei den Grünen! Wir sind gespannt auf das Konzept.

Es wird eine staatliche Preisaufsicht für den Energiemarkt gefordert.

Das Ziel ist eine Energieversorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien.

Die Energieversorgung ist aus Sicht der Linken eine öffentliche Aufgabe, daher sollen kommunale Stadtwerke gefördert und die Übernahme von Stromnetzen in öffentliche Trägerschaft unterstützt werden.

Fazit: Die Linke will eine reine Staatswirtschaft im Energiebereich. Die Folgen des Kohleausstiegs für Industrie und Arbeitsplätze werden weitgehend ausgeblendet. Energiepolitik per Anordnung wird den Anforderungen des komplexen Energiemarktes und der Energiewende aber nicht gerecht.

AfD

Die AfD möchte die Kernenergie beibehalten. Kein Witz!

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Vorgaben zur Wärmedämmung sollen abgeschafft werden. Denn Klimawandel ist ja auch so eine Idee der Lügenpresse.

Die AfD spricht von einer „Ökoplanwirtschaft“ und fordert, an konventioneller Energieerzeugung festzuhalten.

Der Windenergieausbau soll durch Begrenzung der Ausbauflächen und riesige Abstandsvorschriften abgewürgt werden.

Fazit: Die AfD NRW will zurück in die 50er Jahre. Die Atomenergie mit ihren Risiken und Altlasten ist für sie eine zukunftsfähige Stromversorgung. Sie will die Energiewende de facto rückgängig machen und unseren Kindern einen zerstörten Planeten und riesige Folgekosten hinterlassen.

UNSERE POSITION

Wir stehen für eine bürgernahe, soziale, demokratisch verwurzelte und subsidiär aufgebaute Europäische Union mit starken Regionen und Kommunen. Liberalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. der Wasserversorgung) sind mit uns nicht zu machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass NRW auch weiterhin seinen gerechten Anteil an den Mitteln des Europäischen Strukturfonds erhält.

Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie eine EU-weite Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark.

Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine Finanztransaktionssteuer ein, die spekulative Finanzgeschäfte besteuert.

Wir stehen für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen und die Unterstützung der betroffenen Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine EU-einheitliche Regelung zum Verfahren für die Asylantragstellung und eine faire und verbindliche Aufteilung bei der Flüchtlingsaufnahme ein.

Fazit: Mit der NRWSPD bleibt NRW nicht nur geografisch, sondern auch politisch im Herzen Europas. Wir wollen den europäischen Gedanken weiter stärken und uns für faire Regeln bei Asyl, Steuern und Finanztransaktionen einsetzen.

CDU

Die CDU sieht den Europagedanken als Teil ihrer politischen Identität. Sie tritt zudem für das Subsidiaritätsprinzip ein. In welchen Bereichen sie die Subsidiarität stärken möchte, sagt sie nicht.

Zu spekulativen Finanzgeschäften, der Austrocknung von Steueroasen oder der EU-weiten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung nimmt die CDU in ihrem Programm überhaupt keine Stellung.

Auch die CDU fordert eine gemeinsame Lösung der EU-Mitgliedstaaten für Asylverfahren.

Die CDU setzt sich ebenfalls für eine wirksame Kontrolle an den EU-Außengrenzen ein, um Freizügigkeit innerhalb der EU und den Binnenmarkt zu erhalten.

Fazit: Die CDU NRW belässt es bei hehren Europa-Appellen – unterfüttert diese aber nicht mit konkreten Maßnahmen. Gerechte Steuern oder Regeln für Finanzmärkte spielen für sie scheinbar keine Rolle.

GRÜNE

Das Leitbild der Grünen ist eine starke Region NRW in einem demokratischen, transparenten, handlungsfähigen, stabilen und – ökonomisch, ökologisch und sozial – nachhaltigen Europa. Auch das Subsidiaritätsprinzip wird von ihnen betont.

Sie fordern, das Dublin-System zu reformieren und einen solidarischen Verteilmechanismus für Geflüchtete einzuführen.

Die Grünen setzen sich für den Erhalt des Schengen-Raums ein, Kontrolle und Sicherheit an den EU-Außengrenzen wird in diesem Kontext jedoch nicht erwähnt.

Fazit: Hinsichtlich der europäischen Werte und einer solidarischen Reform des Asylverfahrens gibt es zur NRWSPD keine Unterschiede. Die Grünen versäumen es allerdings, Sicherheit als Teil von Freiheit zu verstehen und entsprechende Konzepte zu entwickeln.

FDP

Ein explizites Bekenntnis zu europäischen Werten fehlt im Programm der FDP, es ist jedoch eine proeuropäische Haltung in den einzelnen Politikfeldern zu erkennen.

Die FDP setzt sich für eine geordnete Flüchtlingsaufnahme und den besseren Schutz der europäischen Außengrenzen ein. Ein neues Asylrecht in Europa müsse zudem eine faire Lastenverteilung gewährleisten.

Zu spekulativen Finanzgeschäften, der Austrocknung von Steueroasen oder der EU-weiten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung nimmt die FDP in ihrem Programm keine Stellung.

Fazit: Die FDP NRW positioniert sich lediglich in einzelnen Politikfeldern zur EU. Dabei ist zwar eine proeuropäische Haltung zu erkennen, es fehlt aber eine gesamtheitliche Europapolitik, die der Relevanz NRW im Herzen von Europa gerecht wird.

LINKE

Laut der Linken werden unter den europäischen Institutionen demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut. Eine beispiellose Verkennung der europäischen Erfolgsgeschichte, die noch nicht einmal versuchsweise mit Fakten belegt wird.

Zu einer europäischen Regelung der Asylverfahren und einem solidarischen Verteilmechanismus für Geflüchtete macht die Linke keine Angaben.

Auch zur Sicherung der EU-Außengrenzen gibt es keine Aussagen der Linken.

Fazit: Mit der Linken NRW gibt es kein Bekenntnis zu einem vereinten Europa. Insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen herrscht beispiellose Inkompetenz. Versteht sich von selbst, dass keine vielversprechenden europapolitischen Lösungen mit der Linken denkbar sind.

AFD

Von der AfD gibt es kein Bekenntnis zu den Werten der Europäischen Union.

Die AfD spricht sich gegen einen solidarischen europäischen Verteilmechanismus für Geflüchtete aus.

Die AfD fordert die Sicherung der EU-Außengrenzen, verknüpft damit jedoch nicht die Sicherung der Freiheit, sondern betreibt eine reine Abschottungspolitik.

Fazit: Die AfD NRW bekennt sich nicht zu Europa, gemeinsame Lösungen im Asylrecht lehnt sie ab. Sie betreibt eine nationalistische Abschottungspolitik, die mit dem freiheitlich-demokratischen Grundgedanken der EU nicht zu vereinbaren ist. So viel zum Thema Untergang des Abendlandes.

UNSERE POSITION

Wir senken die Kita-Gebühren. Künftig werden 30 Kita-Stunden pro Woche für alle Kinder beitragsfrei sein. Landesweit wird es einheitliche und gerechte Gebühren für die noch verbleibenden Zeiten geben.

Wir stärken die finanziellen Spielräume von Familien, in dem wir das Kind - und nicht den Trauschein - in den Fokus der Leistungen rücken.

Wir setzen uns für eine flexible Familienarbeitszeit und für eine bedarfsgerechte, auskömmlich finanzierte Familienpflegezeit ein.

Wir wollen, dass Familienarbeit stärker bei der Rente berücksichtigt wird.

Wir unterstützen Kommunen beim Aufbau einer familiengerechten Zeitpolitik und einer Infrastruktur für Jung und Alt.

Wir machen den öffentlichen Dienst in NRW zum Vorreiter für eine familiengerechte Arbeitswelt

Wir wollen die Ehe auch für homosexuelle Paare und gleiche Rechte für alle Familienformen.

Fazit: Wir lassen Worten Taten folgen und bauen NRW weiter zum familiengerechten Land aus. Familie ist für uns grundsätzlich da, wo Kinder sind. Bund, Land, Kommunen und Arbeitswelt haben wir dabei gleichermaßen im Blick.

CDU

Beitragsfreiheit wird auf den Sankt- Nimmerleinstag verschoben. Sie soll es nur geben, wenn der Landeshaushalt das ermöglicht.

Die CDU will Familien für ihr Lebensmodell die größtmögliche Wahlfreiheit geben.

Sie verspricht für die Kitas eine Randzeitenbetreuung und flexiblere Öffnungszeiten.

Die Erziehungsarbeit des Elternteils, das ein Kind zu Hause betreut, soll besonders anerkannt und Familienarbeit in der Rente höher berücksichtigt werden.

Die CDU will, den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienpause erleichtern und die Vereinbarkeit von Ausbildung/ Studium und Familie verbessern. Aber wie?

Die CDU will Familienzentren ausbauen und finanziell fördern.

Sie will die Ehe zwischen Mann und Frau weiterhin besonders fördern und schützen.

Fazit: Im Grundsatz will uns die CDU sagen: „Die bisherige Landespolitik war richtig.“ Ansonsten: Sie will die Kita-Gebühren nicht senken, selbst eine Erhöhung (4. Jahr) wird nicht ausgeschlossen. Und: Die Ehe gibt es nur für Heterosexuelle.

GRÜNE

Ziel bleibt, dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird – das muss aber erstmal hinter dem Platz- und Qualitätsausbau zurückstehen.

Die Grünen wollen, dass Arbeitgeber Kinderbetreuungsangebote machen und familiengerechte Arbeitszeiten ermöglichen.

Die Grünen wollen das Ehegattensplitting hin zu einer Unterstützung von Familien mit Kindern umwandeln und setzen sich für eine Kindergrundsicherung ein.

Sie wollen das System der frühen Hilfen ausweiten, um Familien in Problemsituationen zeitig zu unterstützen; sie wollen die Familienberatung stärken und Familienzentren stärken.

Die Grünen wollen gleiche Rechte für alle Familienformen.

Fazit: Die Grünen verfolgen familienpolitisch richtige Ziele, bleiben aber konkrete Maßnahmen schuldig. Beispiel familiengerechte Arbeitswelt: Hier reichen Appelle nicht aus! Es braucht Handlungsdruck für die Privatwirtschaft, z.B. durch einen vorbildlichen Öffentlichen Dienst.

FDP

Bis zur Umsetzung der „langfristig“ angestrebten Gebührenfreiheit von Kitas soll es eine landesweite „Höchstgrenze“ für Gebühren geben.

Sie will eine Änderung des Namensrechts, damit Familienmitglieder auch bei Doppelnamen den gleichen Namen tragen können.

Sie will einen Anspruch für Kinder umsetzen, bei beiden Eltern nach der Trennung leben zu können und Jugendlichen ab 16 Jahren den Berechtigungsanspruch einräumen, selbst Kindergeld zu beziehen.

Sie will Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch den Zugang zur Reproduktionsmedizin erleichtern.

Sie will die Rahmenbedingungen für Hebammen verbessern. Aber wie?

Die FDP will ein neues Rechtsinstitut für Menschen ohne Liebesbeziehung einführen und die Ehe für homosexuelle Paare öffnen und in vollem Umfang gleichstellen.

Fazit: Landespolitisch hat die FDP in der Familienpolitik nichts vorzuweisen. Fast alle Forderungen appellieren an den Bund. Quo vadis, liberaler Gestaltungsanspruch?

LINKE

Die Linke will kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen.

Sie will kürzere Vollarbeitszeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, wie längere Teilzeit.

Die Linke will ein Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Mütter, Väter und vor allem Alleinerziehende.

Die Linke will Teilzeitausbildungen mit Kinderbetreuung ermöglichen.

Die Linke will das Kindergeld auf 300 Euro erhöhen und die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben.

Fazit: Abgesehen von kostenfreien Ganztagsangeboten fordert die Linke familienpolitische Maßnahmen, die auf Bundesebene (s. Kindergeld) durchgesetzt werden müssen, oder in NRW bereits existieren (s. Teilzeitberufsausbildung). Familienpolitisch hat die Linke wenig für NRW vorzuweisen.

AFD

Die AfD sieht in Kitas eine Fremdbetreuung, die klassische Familienkonstellationen entwertet. Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen einen materiellen Ausgleich erhalten: ein Erziehungsgehalt bis zum Ende des 3. Lebensjahres, das im Zuge des Familienlastenausgleichs finanziert wird. Dabei wurde das Betreuungsgeld gerade erst abgeschafft.

NRW soll für Arbeitnehmer attraktiver werden durch mehr flexible und familienfreundliche Arbeitsplätze, wie z.B. Homeoffice.

Sie will das Familienmodell vor der Zerstörung durch ideologisierte Politik bewahren und zur Lösung demografischer Probleme die Geburtenrate steigern.

Sie will ein Familiensplitting im Steuerrecht und die Besserstellung von Müttern bei der gesetzlichen Rente. Die AfD respektiert die eingetragene Lebenspartnerschaft, lehnt aber die Gleichstellung mit der Ehe ab.

Fazit: Die AfD propagiert ein Familienmodell von anno pief. Mit den realen Herausforderungen moderner Familienpolitik setzt sich die AfD nicht auseinander und sieht die Mutter am Herd – und nicht etwa im Job.

UNSERE POSITION

Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen sind für uns kein Widerspruch: Wir werden die Schuldenbremse einhalten.

Wir setzen auf eine nachhaltige und verlässliche Investitionsstrategie – eine Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für Integration und Inklusion, für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft.

Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit: Wir werden Steuerhinterziehung weiter konsequent bekämpfen. Und: Megaehkommen und Mega- vermögen müssen stärker für Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen.

Fazit: Die NRWSPD steht für eine kluge Finanzpolitik, die für Investitionen sorgt, den Haushalt konsolidiert und sich für mehr Steuergerechtigkeit einsetzt. Die „Schwarze Null“ ist dabei kein Selbstzweck.

CDU

Die CDU möchte den Haushalt vor allem durch Ausgabenkürzungen konsolidieren– ohne konkret zu sagen, in welchen Bereichen und welcher Höhe.

Die CDU möchte die Landesverfassung ändern, um „Schlupflöcher“ und Umgebungsmöglichkeiten der Schuldenbremse zu verhindern. Welche „Schlupflöcher“ oder „Ausweich-Tricks“ die CDU meint, bleibt unbeantwortet. Ein populistischer, nicht realisierbarer Vorschlag.

Steigende Mehreinnahmen will die CDU in Bürokratieabbau und geringere Abgabebelasten für die Industrie und den Mittelstand investieren. Die CDU bleibt sich treu: Die Wirtschaft hat Vorfahrt – Investitionen in Familien, Bildung oder Integration bleiben auf der Strecke.

Fazit: Die CDU NRW setzt auf Ausgabenkürzungen und Steuererleichterungen für die Wirtschaft. Zukunftsinvestitionen haben in diesem finanzpolitischen Sparmodell keinen Platz.

GRÜNE

Die Grünen bekennen sich nur bedingt zur Haushaltskonsolidierung. Investitionen in soziale und ökologische Programme haben Vorrang. Aber welche sind das?

Investitionen sollen in die Transformation unserer „Wirtschaftsstrukturen“ und „Konsummuster“ fließen. Das Ziel der „ökologischen Transformation“ blendet soziale Aspekte weitgehend aus.

Im Rahmen einer „ökologischen Finanzreform“ wollen die Grünen den Ressourcenverbrauch (Stickstoffabgabe) und Umweltschäden stärker besteuern. Die Mehrbelastungen träfen v.a. niedrige und mittlere Einkommen.

Auch die Grünen setzen sich für die stärkere Besteuerung von Erbschaften, Kapitalerträgen und Vermögen ein.

Fazit: Die grüne Finanzpolitik steht ganz im Zeichen der ökologischen Gesellschaftstransformation. Investitionen in Bildung, Familie und Soziales sind da eher zweitrangig.

FDP

Die FDP will nicht nur die Schuldenbremse in der Landesverfassung festschreiben, sondern auch Sanktionsmaßnahmen. Bei welchen Verstößen welche Sanktionen greifen, wird nicht erklärt.

Die Konsolidierung des Haushalts soll durch Verschlinkung der Verwaltung, Ausgabenstreichungen und einen „effizienterer Personaleinsatz“ erfolgen.

Privatisierungen staatlicher Unternehmen sollen „beherzt“ angegangen, die wirtschaftliche Betätigung des Landes reduziert werden. „Privat vor Staat“ pur.

Der Investitionsspielraum der Kommunen soll durch eine „Gewerbsteuer-Bremse“ eingeschränkt, die Erbschaftssteuer auf einen einheitlich niedrigen Steuersatz von 10 % gesenkt werden.

Fazit: Der „Schlanke Staat“ feiert bei der FDP Urständ: Steuersenkungen für reiche Erben und Unternehmen, Personalstreichungen in öffentlichen Behörden und die Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kommunen.

LINKE

Die Schuldenbremse ist für die Linke ein „Kürzungsdiktat“ und soll wie der kommunale „Stärkungspakt“ aufgekündigt werden. Woher die verfassungsändernden Mehrheiten hierfür herkommen sollen, bleibt ein ungelüftetes Geheimnis.

NRW hat der Linken zufolge ein Einnahme-, kein Ausgabenproblem. Schuld sei die falsche Steuerpolitik des Bundes: Fast alle Millionäre in NRW würden nicht geprüft. Diese falsche Behauptung wird nicht belegt.

Im Rahmen eines umfassenden „Konjunktur- und Investitionsprogramms“ möchte die Linke u.a. die 30-Stunden-Woche wiedereinführen. Wie das finanziert werden soll, wird nicht erklärt.

Fazit: Die Linke erteilt dem Gestaltungsanspruch des größten deutschen Bundeslandes eine Absage: Mehreinnahmen durch höhere Steuern im Bund und eine unbegrenzte Schuldenaufnahme im Land. Quo vadis, NRW?

AFD

Neue Schulden möchte die AfD durch den Landesrechnungshof prüfen lassen – ohne zu sagen, was dieser prüfen und auf welcher Basis ahnden soll. Sie blendet aus, dass ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse gilt. Neuverschuldungen können dann nur in gut begründeten Ausnahmefällen (z.B. Naturkatastrophen) und unter Angabe des Rückzahlungszeitraumes aufgenommen werden. Soll das verboten werden?

Die AfD plädiert für eine „Gesundung des Landeshaushaltes“. Wie die aussehen soll? Fragezeichen.

Adieu, Steuergerechtigkeit: Die Grunderwerbsteuer soll gesenkt, Erbschafts- und Vermögenssteuer abgeschafft werden. Alleine durch das Fehlen der Erbschaftssteuer gehen NRW rund 1,3 Mrd. Euro jährlich verloren.

Fazit: Die AfD fabuliert von einer „Gesundung“ des Haushalts – ohne konkrete Rezepte dafür vorlegen zu können. Grundlegende Steuereinnahmen werden gestrichen. Investitionsbedarf sieht die AfD aber ohnehin nicht.

UNSERE POSITION

Wir sorgen dafür, dass Einwanderung stärker gesteuert wird. Deshalb stehen wir für ein Einwanderungsgesetz. Und wir bekennen wir uns ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl.

Wir wollen, dass alle Flüchtlinge mit Bleibeperspektive schnell und unkompliziert an Integrationskursen teilnehmen können. Grundlage für das Zusammenleben ist und bleibt unser Grundgesetz. Wer sich daran hält, ist herzlich willkommen.

Wir machen Bildungssystem und Arbeitsmarkt fit und bauen Zugangshürden ab. Dazu gehört u.a. die einfachere Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Wir wollen die Doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht für hier lebende Ausländer.

Fazit: Wir sorgen für eine gelingende Integration. Wir wollen Zuwanderung steuern. Leitbild unserer Integrationspolitik sind das Grundgesetz und die darin verankerten Grundwerte unserer Gesellschaft. Integration bedeutet für uns: Teilhabe in Bildung, Arbeit und Demokratie.

CDU

Die CDU will sich auf Bundesebene für eine weitere Begrenzung des Zuzugs und eine schnellere Abschiebung der hier zu Unrecht lebenden Flüchtlinge einsetzen. Konkrete Vorschläge sucht man vergeblich.

Auch die CDU will einen Ausbau der Integrationskurse und einen schnellen Spracherwerb. Ansonsten führt sie umfänglich aus, dass sich alle an die geltenden Gesetze und Gepflogenheiten hierzulande halten sollen. Man könnte das Misstrauen nennen.

Auch die CDU setzt auf Bildung und Arbeit als Schlüssel für erfolgreiche Integration und sieht NRW in einem „Wettbewerb um die besten Köpfe“.

Doppelte Staatsbürgerschaft und kommunales Wahlrecht? Keine Meinung. Aus dem Landtag wissen wir: Das Wahlrecht will die CDU nicht, bei der Doppelten Staatsbürgerschaft ist man sich nicht einig.

Fazit: Heikle Fragen zur Zuwanderung lässt die CDU unbeantwortet. AfD Wähler sollen mit Misstrauen gegen Zuwanderer, Liberale mit dem Bekenntnis zu Integration in Bildung und Arbeit geködert werden. Schlingerkurs!

GRÜNE

Die Grünen wollen das Grundrecht auf Asyl verteidigen. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen sie ab, die Abschiebehaft soll abgeschafft werden. Darüber hinaus wollen sie auch Arbeitsmigration irgendwie steuern. Wie genau, bleibt unklar.

Auch die Grünen wollen frühzeitige Integration, z.B. durch Deutschkurse auch während laufender Anerkennungsverfahren. Gemeinsame Grundwerte für die Integration benennen sie nicht. Dafür soll es ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz von Migrantinnen und Migranten, etwa bei Vermietungen, geben.

Auch für die Grünen sind Bildung und Arbeit Schlüssel für die Integration.

Die Grünen wollen das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger ebenso wie die Doppelte Staatsbürgerschaft.

Fazit: Die Grünen NRW wissen zwar, dass man Zuwanderung steuern muss, sie scheuen aber die konkrete Antwort. Und sie scheuen sich auch, eine gemeinsame Wertegrundlage für Integration zu benennen. Stattdessen sehen sie Migrantinnen und Migranten fast ausschließlich als Opfer.

FDP

Die FDP will ein modernes Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Sie bekennt sich zur humanitären Verpflichtung, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen vorübergehend Schutz zu gewähren, will aber neben dem Grundrecht auf Asyl einen Rechtsstatus für Kriegsflüchtlinge einführen.

Die FDP setzt ausreichende Deutschkenntnisse für das dauerhafte Bleiberecht voraus. Ebenso betont sie den Wertekonsens des Grundgesetzes. Sie möchte die Voraussetzungen für schnellere Abschiebungen schaffen.

Bildung und Arbeit sind auch aus Sicht der FDP wichtig für die Integration. Das Leitprinzip ist hier aber eher der „Kampf um die besten Köpfe.“

Die Doppelte Staatsbürgerschaft befürwortet die FDP, das kommunale Wahlrecht wird aber abgelehnt.

Fazit: Die FDP steht für eine liberale Flüchtlings- und Integrationspolitik, die von der wirtschaftlichen Nützlichkeit der Menschen ausgeht und sie danach sortieren möchte. Wer nicht passt, muss wieder gehen.

LINKE

Die Linke möchte die Türen weit öffnen: Abschiebungen sollen beendet und ein dauerhaftes Bleiberecht für alle, die hier leben, geschaffen werden. Zudem sollen Verfahren zur Einbürgerung sowie zur Doppel- und Mehrstaatlichkeit vereinfacht und Gebühren abgeschafft werden.

Die Linke sieht in Deutschkenntnissen eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für Integration und Teilhabe. Alle Eingewanderten und Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden

Die Linke will das Integrationskurssystem, Schulpflicht und Kita-Rechtsanspruch für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Auch die Integration in den Arbeitsmarkt soll erleichtert werden.

Die Linke will das Wahlrecht für alle, die dauerhaft hier leben.

Fazit: Mit den realen Herausforderungen der Integrations- und Flüchtlingspolitik haben die Forderungen der Linken wenig zu tun. Hier trifft Wunsch-Dirwas auf reale Politik.

AFD

Die AfD will Zuwanderung mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild regulieren und reduzieren. Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen.

Die AfD will eine strikte Anwendung der Regelung, dass für Asylsuchende das Land zuständig ist, in dem erstmals die EU betreten wurde. Die Einreise aus einem sicheren Drittstaat soll verweigert werden.

Die AfD will eine lückenlose Sicherung der EU-Außengrenzen. Bis das gewährleistet ist, will sie die nationalen Grenzen sichern.

Die AfD setzt auf Sach statt Geldleistungen. Außerdem erwartet sie, dass Asylsuchende einen angemessenen Beitrag für entstandene Kosten erbringen, z.B. durch Reinigung der Unterkünfte.

Fazit: Die AfD will Deutschland gänzlich für Flüchtlinge abschotten und Asylsuchende, die es doch noch nach NRW schaffen, gängeln. An die Frage, wie Integration gelingt, verschwendet sie kein Wort.

UNSERE POSITION

Unsere Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind auf Rekordniveau. Wir werden sie fortentwickeln und die Wirtschaft zu zusätzlichen Forschungsinvestitionen anregen. Bei unserer Finanzierung wird sowohl die Grundlagen- als auch die anwendungsorientierte Forschung an Universitäten und Fachhochschulen eine wichtige Rolle spielen.

Wir wollen, dass Forschungsergebnisse aus NRW in Zukunft noch stärker in NRW umgesetzt und genutzt werden. Wir werden uns daher für die stärkere Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und den Hochschulen einsetzen.

Wir wollen unsere Stärken in der Forschung in NRW weiter ausbauen und sichtbar machen, unter anderem in den Bereichen Medizin, IT-Sicherheit, Arbeits- und Energieforschung.

Die Freiheit der Forschung ist für uns ein hohes Gut und wir werden die Hochschulen dabei unterstützen sich erfolgreich um Spitzenforschung zu bewerben, damit wir weiterhin Spitze bei der Forschung sind.

Fazit: Mit der NRWSPD wird NRW das Innovationsland Nr. 1. Wir sorgen für eine verlässliche Finanzierung der Forschung, unterstützen Hochschulen bei der Bewerbung um Spitzenforschung und stellen sicher, dass Innovationen aus NRW auch hier zur Anwendung kommen, insbesondere in wichtigen Leitmärkten.

CDU

Die CDU will die Verzahnung zwischen universitärer Forschung auf der einen und der regionalen Wirtschaft auf der anderen Seite stärken. Fachhochschulen spielen hier keine Rolle.

Die CDU will konkrete Maßnahmen, welche geeignet sind, Qualität und Effizienz von Forschung und Lehre zu steigern, erarbeiten und umsetzen.

Statt Stärken in der Forschung in NRW zu fördern, sucht die CDU vermeintliche Schwächen, dies sie weder benennen kann, noch dafür Gegenmaßnahmen präsentiert.

Sie lehnt jeden unzulässigen Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre entschieden ab – an der Freiheit der Forschung wollte jedoch ohnehin niemand rütteln.

Fazit: Die Forschungspolitik der CDU NRW ist schlichtweg einfalllos und zeugt von fehlender Sachkenntnis. Statt Stärken der Forschung zu fördern, fordert sie lieber die Freiheit der Forschung, die aber ohnehin weder gefährdet noch antastbar ist.

GRÜNE

Die Grünen wollen neben der Weiterführung der Forschung im Bereich bereits etablierter Technologien auch innovative Technologien und Forschungsansätze unterstützen. Welche dies sind, wird aber nicht benannt.

Die Grünen wollen die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Forschung und regionalen Unternehmen.

Sie wollen den Forschungs- und Wissenschaftsstandort NRW für erneuerbare Energien, Systemlösungen, Speichertechnologien und für die Energiewirtschaft stärken und ausbauen. Konkrete Maßnahmen fehlen, zudem wird lediglich auf „grüne“ Technik fokussiert. Diversifizierung sieht anders aus.

Sie wollen die Hochschulen weiter gut finanzieren und – wo notwendig – ausbauen und verbessern.

Fazit: Mit den Grünen NRW wird die Forschung zwar gestärkt, wie genau bleibt allerdings unklar. Darüber hinaus werden „grüne“ Technologien klar bevorzugt, eine verantwortungsvolle Förderung verschiedener Zukunftsmärkte ist dies sicher nicht!

FDP

Die FDP setzt sich für eine mittelstandsorientierte Forschungsförderung ein, damit auch KMU davon profitieren können. Sie versäumt es aber, Forschung und Wirtschaft unmittelbar miteinander zu vernetzen.

Die FDP will insbesondere bei der Energieforschung sowie bei Werkstoffen, Medizinforschung und Informations- und Kommunikationstechnologien Schwerpunkte setzen.

Sie setzt sich für eine freie Wissenschaft ein, verknüpft dies aber mit Atomforschung und Fracking. Das ist unverantwortlich!

Die FDP will Bürokratie auf das Nötigste beschränken. Wo sie Verbesserungspotenzial sieht, wird allerdings nicht erläutert.

Fazit: Unter dem Deckmantel einer freien Forschung will die FDP NRW rückwärtsgewandte Atomforschung und umweltschädliches Fracking betreiben. Das ist unverantwortlich und soll letztlich wieder einmal rein wirtschaftlichen Interessen dienen!

LINKE

Die Linke will kleine und mittlere Unternehmen fördern, damit diese in Forschung und Entwicklung investieren. Eine naheliegende direkte Vernetzung von Forschung und Wirtschaft ist ihr offenbar nicht eingefallen.

Sie will sozialpolitisch und ökologisch sinnvolle Forschung fördern. Welche das ist, bleibt aber unklar; es wirkt überdies wie die Einschränkung der Forschungsfreiheit.

Sie setzt sich für eine unabhängige Forschungs- und Entwicklungspolitik an den Hochschulen ein.

Fazit: Mit der Linken NRW soll die Forschung zwar gefördert werden, konkrete Maßnahmen oder Themen bleiben sie jedoch schuldig. Insgesamt klaffen große Lücken in der Forschungspolitik der Linken.

AfD

Für die AfD ist die Freiheit von Forschung und Lehre angeblich unantastbar. Aufgrund vermeintlicher EU-Bürokratie tritt sie für eine Rückkehr zur Mittelverteilung auf nationalstaatlicher Ebene ein. Die Freiheit der Forschung dient also lediglich als Vorwand im Sinne einer nationalistischen Abschottung. Dabei ist erfolgreiche Forschung ohne grenzübergreifende Kooperation heute kaum noch denkbar.

Darüber hinaus gibt es von der AfD keinerlei Aussagen zur Forschungsförderung oder einer Vernetzung von Forschung und Wissenschaft.

Fazit: Auch in der Forschungspolitik fällt der AfD NRW nichts Besseres als nationalistische Abschottung ein. Darüber hinaus? Gähnende Leere! Keine Forschungsförderung, keine Innovationen, keine Kooperationen von Forschung und Wirtschaft.

UNSERE POSITION

Die Sekundarstufe I wird wieder 6-jährig. Damit erreichen wir, dass sich die Unterrichtsverdichtung und der Stress bei den jüngeren Schüler/innen deutlich verringern.

Wer die Oberstufe in drei Jahren durchläuft, kommt in 9 Jahren zum Abitur. Wer nach der 10. Klasse abgeht, kann wieder einen mittleren Abschluss erwerben.

Eine Verkürzung der Schulzeit ist mit uns weiterhin an allen Schulen möglich, wenn von Eltern bzw. Schüler/innen gewünscht: Wer G8 machen will, wählt in der 10. Klasse die Kurse der Einführungsphase der Oberstufe dazu. So ist nach der 10. Klasse der direkte Übergang in die Qualifikationsphase des Abiturs möglich und die Oberstufe kann auf zwei Jahre verkürzt werden.

Fazit: Mit der NRWSPD kehrt endlich Ruhe an unseren Gymnasien ein: Sowohl G9 als auch die Verkürzung auf G8 sind künftig an allen Gymnasien möglich. Mit uns bekommen alle Kinder die Zeit, die sie benötigen.

CDU

Die Entscheidung zur Rückkehr zu G9 wird den Schulen (Schulkonferenz) und Schulträgern (Ratsbeschluss) übertragen. Jedes Gymnasium und jede Kommune entscheidet damit selbst ob es für alle Schüler/innen G8 oder G9 vorsieht. Die CDU stiehlt sich aus der Verantwortung.

Die einmalige Entscheidung für G8 oder G9 muss nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen. Für Kinder und Eltern besteht somit keinerlei Planbarkeit, an welcher Schule G8 oder G9 möglich sein wird.

Die Qualität an Gymnasien soll allgemein über verschiedene Maßnahmen gesteigert werden, die Mittlere Reife nach der Klasse 10 vergeben werden.

Fazit: Mit der CDU NRW wird der Konflikt in die Schulen getragen. Eine Stimme Mehrheit reicht, um auch für künftige Generationen den Weg (G8 oder G9) festzulegen. Ein Schulwechsel (z.B. bei Umzug) wird für die Kinder erschwert.

GRÜNE

Alle Gymnasien sollen den acht- und neunjährigen Weg zum Abitur anbieten

Es sollen „individuelle Lernzeiten“ gelten: Entweder bildet die Schule nach der Klasse 6 einen dreijährigen und einen vierjährigen Zweig. Oder die Schule bietet allen Kindern individuelle Lernzeiten an - mit Wahlpflichtfächern und dem Besuch des Unterrichts höherer bzw. niedrigerer Jahrgangsstufen – je nach Lernfortschritt. Dann kann die Zeit bis zur Oberstufe fünf oder sechs Jahre dauern.

Die Oberstufe bleibt dreijährig. Künftig wird auch an Gymnasien grundsätzlich der mittlere Bildungsabschluss erworben.

Fazit: Mit den Grünen NRW wird es komplizierter: G8 und G9 sollen an allen Gymnasien möglich sein, die Umsetzung bringt aber für Kinder und Eltern viele Fragen statt einer klaren Lösung. Vor allem kleine Schulen stellt sie vor große organisatorische Herausforderungen.

FDP

Ein Zwang zur Rückkehr aller Gymnasien zu G9 wird abgelehnt. Das fordern ja auch nur Linke und AfD.

Die Gymnasien sollen selbst entscheiden, ob sie ihr Angebot vom bisher achtjährigen (G8) auf einen neunjährigen Bildungsgang (G9) bis zum Abitur umstellen oder um einen solchen ergänzen. Künftig gäbe es dann G8-Gymnasien, G9-Gymnasien und G8/G9-Gymnasien.

Bei allen Überlegungen soll die Qualität gymnasialer Bildung im Zentrum stehen. Alle Gymnasien sollen qualitativ, personell und organisatorisch besser unterstützt werden. Was sich dahinter konkret verbirgt, bleibt unklar.

Fazit: Mit der FDP NRW wird der Konflikt in die Schulen getragen. Eine Stimme Mehrheit reicht, um auch für künftige Generationen den Weg festzulegen. Dabei entsteht ein Flickenteppich aus drei Varianten: Ein Schulwechsel (z.B. bei Umzug) wird für die Kinder erschwert.

LINKE

Das G8 an Gymnasien soll sofort zurückgenommen werden. Das Land soll die Schulen in erforderlichem Maß bei der Umstellung unterstützen.

Das gegliederte Schulsystem soll abgeschafft werden. Künftig sollen alle Kinder gemeinsam eine wohnortnahe Schule bis zur Klasse 10 besuchen. Für den weiteren schulischen Bildungsweg sollen Oberstufenzentren eingerichtet werden.

Die Oberstufenzentren sollen ein breites Fächerangebot vorhalten und mit mehreren Schulen der Sekundarstufe I vor Ort kooperieren. Sie sollen mit den Berufskollegs zu einem umfassenden System der Sekundarstufe II verbunden werden.

Fazit: Mit der Linken NRW wird der Schulkonsens aufgekündigt, die Gymnasien sollen abgeschafft werden: Massive Konflikte sind vorprogrammiert. Eine überhastete Rücknahme von G8 führt zudem zu Chaos an den Schulen.

AFD

Der „altbewährte“ neunjährige gymnasiale Bildungsgang soll über ein Jahrhundert lang bewährt und soll wieder zum Regelfall werden.

Allein G9 verschafft Kindern genug Zeit, ihre intellektuellen Fähigkeiten zu entfalten.

Zur weiteren Umsetzung hat die AfD nichts Konkretes zu sagen.

Gleichzeitig soll das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit gemacht und Noteninflation entgegen gewirkt werden.

Fazit: Die AfD NRW steht für die Rolle rückwärts - statt einer Wahlfreiheit kommt für alle G9. Und weniger Kinder sollen das Abitur machen dürfen. Wie die AfD dies umsetzen will, bleibt unklar. Für gute Schulpolitik reicht es aber nicht aus, auf Konzepten von gestern zu beharren.

UNSERE POSITION

Wir verbessern die finanziellen Rahmenbedingungen von Krankenhäusern, indem wir den Krankenhäusern weiterhin die Investitionsmittel für die landesweite Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen. Außerdem setzen wir ein substanzielles kurzfristiges Förderprogramm auf.

Wir sichern die medizinische Versorgung in ganz NRW: durch mobile Praxen, integrierte Gesundheitszentren, Telemedizin und ein Förderprogramm zur Niederlassung von Hausärzten.

Wir sorgen für eine flächendeckende Gesundheits- und Pflegestruktur in NRW sowie für den bedarfsgerechten Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung.

Wir unterstützen Hebammen und machen uns im Bund für eine kostendeckende Bezahlung und einen Haftpflichtfonds stark.

Wir setzen uns im Bund für die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge ein. Ziel bleibt die Bürgerversicherung.

Soziale Innovationen im Leitmarkt Gesundheit fördern wir durch das Einrichten eines innovationsfördernden Modellstandortes Innovation City Gesundheit.

Fazit: Mit uns steht das Patientenwohl im Mittelpunkt. Wir stellen sicher, dass alle Menschen in NRW an einer guten, wohnortnahen und bezahlbaren medizinischen Versorgung teilhaben.

CDU

Die CDU will die Gesundheitswirtschaft zum „Aushängeschild“ NRW machen. Wie sie dies zu tun gedenkt, erklärt sie nicht.

Sie will Digitalisierung und Telemedizin „nutzen und weiterentwickeln.“ Auch hier fehlt jede Konkretisierung.

Die CDU verspricht eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung, z.B. durch die Einbindung der Krankenhäuser in die ambulante not- und fachärztliche Versorgung.

Sie spricht sich im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung für eine pauschale Investitionskostenförderung und eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel aus.

Die CDU will den Ausbau von palliativer Versorgung und die Einrichtung von Hospizen fördern.

Die Bürgerversicherung findet keinerlei Erwähnung.

Fazit: Die CDUNRW bleibt sich treu: Viele Allgemeinplätze, wenig Konkretes beim Thema Gesundheit. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge lehnt die CDU ab.

GRÜNE

Die Grünen wollen Rahmenbedingungen schaffen, die Ärzte motivieren, in ländlichen sowie städtischen Problemgebieten zu praktizieren.

Die Grünen wollen Mittel des Strukturfonds einsetzen, um eine demografiefeste Krankenhausversorgung in NRW abzusichern, die pauschale Finanzierungsstruktur für Krankenhausinvestitionen erweitern und zudem die Kassen an der Finanzierung beteiligen (Teilmonistik).

Die Grünen wollen Modelle für eine eigenverantwortliche, von Hebammen geleitete Geburtshilfe in enger räumlicher Nähe mit stationärer Geburtshilfe und Schwangerschaftsbegleitung sowie Nachsorge unterstützen.

Die Grünen wollen die Hospizbewegung weiter stärken und auch die ambulanten Strukturen der Palliativversorgung weiterentwickeln.

Fazit: Die Grünen belassen es bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung in NRW bei unkonkreten Absichtserklärungen, die über Weiterentwicklung und Unterstützung nicht hinausgehen.

FDP

Die FDP will dem drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum begegnen und dabei die zentrale Rolle der hausärztlichen Versorgung stärken. Dazu will sie die Landesförderung für die Niederlassung in Gemeinden, in denen hausärztliche Versorgungslücken bestehen, fortsetzen.

Die FDP will eine angemessene Finanzierung der Investitionskosten für Krankenhäuser und dafür die Haushaltsmittel des Landes sukzessive erhöhen und Vorgaben im Krankenhausgestaltungsgesetz abbauen.

Die FDP will Telemedizin nutzen und entsprechende Anwendungen weiter verbreiten.

Die FDP will die Hospiz- und Palliativversorgung weiter verbessern.

Fazit: Abgesehen von Fortsetzung rot-grüner Förderpolitik wird die FDP kaum konkret, wenn es darum geht, wie die Liberalen die Gesundheitsversorgung in NRW weiter verbessern wollen.

LINKE

Die Linke will eine Krankenversicherung für alle; z.B. auch für Beamte.

Die Linke will Selbst- und Zuzahlungen für Medikamente, Behandlungen etc. abschaffen.

Sie will die Krankenhausfinanzierung des Landes auf mindestens 1,3 Mrd. Euro erhöhen und den Anteil der Kommunen auf 20% zurückführen.

Die Linke will die gesundheitliche Versorgung in ländlichen Regionen durch mobile Arztpraxen, vernetzte Filialpraxen und bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen sicherstellen.

Die Linke will kommunale und frei-gemeinnützige Krankenhäuser erhalten und private Krankenhäuser in die öffentliche Hand zurückführen.

Die Linke will Hospize und ambulante palliative Versorgung flächendeckend ausbauen.

Fazit: Gesundheitspolitik nach dem Motto „Weiter, höher und schneller“ – klingt schön, ist aber natürlich nicht gegenfinanziert. Eine verlässliche Gesundheitspolitik ist mit der Linken nicht zu machen.

AFD

Die AfD will eine Anreizstruktur, in der selbstbestimmte Menschen in ihrer Lebenssituation wahrgenommen werden und ihnen wohnortnah eine sichere medizinische Versorgung zur Verfügung steht.

Die AfD will die Gesundheitsberufe neu organisieren und weiterentwickeln. Was das heißt, sagt sie nicht.

Die AfD befürwortet den Ausbau von ambulanten Palliativangeboten. Die Aufklärung über bestehende Angebote will sie ausbauen.

Die AfD setzt sich für eine bezahlbare Haftpflichtversicherung für Hebammen und Geburtsstationen ein.

Die AfD befürwortet den elektronischen Austausch von Patientendaten, wo er sinnvoll und sicher ist und dem zugestimmt wurde. Eine zentrale Speicherung wird abgelehnt.

Fazit: Die AfD hat keinen Plan, wie sie die medizinische Versorgung vor Ort sicherstellen oder den Investitionsstau in unseren Krankenhäusern beseitigen will. Viele Worte, für keine (geplanten) Taten.

GLEICHSTELLUNG

UNSERE POSITION

Wir setzen uns für eine wirk-
same, gesetzlich festgeschrie-
bene Entgeltgleichheit ein und
für eine bessere Entlohnung
der Berufe, in denen überwie-
gend Frauen tätig sind.

Wir setzen uns für die gleich-
berechtigte Teilhabe von
Frauen am Erwerbsleben ein:
Stärkung der Qualifizierungs-
angebote, Unterstützung beim
Wiedereinstieg in die Berufs-
welt, das Recht auf Rückkehr in
eine Vollzeitstelle. Wir bringen
mehr Frauen in Führungsposi-
tionen. Den Öffentlichen
Dienst entwickeln wir zum
Vorbild für die Privatwirtschaft
fort, in dem Vorstände und
Aufsichtsräte landeseigener
Betriebe paritätisch besetzt
werden.

Wir schließen Versorgungslü-
cken bei den Frauenhäusern,
indem wir die Weiterentwick-
lung des Konzepts fördern und
die Residenzpflicht abschaffen.
In der Zeit danach unterstüt-
zen wir Frauen beim Aufbau
neuer Lebensperspektiven.

Wir halten am Selbstbestim-
mungsrecht von Prostituierten
fest und setzen uns gegen
Stigmatisierung ein.

**Fazit: Wir rufen nicht nur nach
dem Bund bei Gleichstellung
und Entgeltgleichheit. Wir
entwickeln NRW zum Pionier
einer gleichberechtigten Ge-
sellschaft. Taten statt Worte.**

CDU

Die CDU fordert, dass Frauen,
die nach Abschluss der Famili-
enphase wieder in ihren Beruf
einsteigen wollen, spezifische
Beratungs- und Unterstüt-
zungsangebote erhalten.

Sie will eine zielgerichtete
Frauenförderung und bessere
Voraussetzungen für den Zu-
gang von Frauen zu Führungs-
positionen. Dafür will sie auch
alternative Modelle zur Arbeit
in Teilzeit und Telearbeit zu
entwickeln.

Die CDU will für Frauen, die
aufgrund einer längeren Fami-
lienphase keiner Erwerbstätig-
keit nachgehen konnten, eine
Höherbewertung der geleis-
teten Familienarbeit bei der
Berechnung der Altersbezüge.

Die CDU will für Frauenhäu-
ser eine solide Finanzierung
sicherstellen.

**Fazit: Gleichstellungspolitik
ist bei der CDU nach wie vor
rückständig. Hinter ihr ver-
steckt sich eine konservative
Geisteshaltung, die nach wie
vor davon ausgeht, dass die
Frau hauptsächlich die Erzie-
hung der Kinder und die Pflege
der Angehörigen übernimmt
und im Beruf zurücksteckt.
Inhaltliche Ausgestaltung der
Forderungen bleiben sehr vage
– die CDU hält sich alles offen.**

GRÜNE

Die Grünen setzen sich im
Bund für ein konsequentes
Entgeltgleichheitsgesetz ein,
das allen erwerbstätigen Frau-
en zugutekommt.

Die Grünen wollen Land und
Kommunen bei der Umsetzung
tatsächlicher Entgeltgleichheit
unterstützen.

Sie wollen die Kompetenzzen-
tren Frau und Beruf fortführen
und die geschlechterdiffe-
renzierte Arbeitsmarktpolitik
ausbauen.

Die Grünen wollen beim
Ausbau von Prostituiertenbe-
ratungsstellen Hilfe vermitteln
und Selbsthilfe unterstützen.

Die Grünen setzen sich für
eine verlässliche und bedarfs-
gerechte Finanzierung von
Frauenhäusern und Beratungs-
stellen – auch durch den Bund
– ein.

Die Grünen wollen den Begriff
der Cyber-Kriminalität um ge-
schlechterbezogene Cyber-Ge-
walt erweitern.

Sie wollen Gendersensibilität
von der Kita bis zur Altenpflege
weiterentwickeln.

**Fazit: Wo es in NRW mit
Gleichstellung konkret wird,
wollen die Grünen allenfalls
unterstützen. Ansonsten rufen
sie nach dem Bund, statt NRW
selbst voranzubringen. Grünen
behandeln viele kleinteilige
Themen als „Spezialthemen“.
Das übergreifende Gesamt-
konzept fehlt.**

FDP

Die FDP will die Frauenquo-
te im Beamtenrecht wieder
abschaffen.

Die FDP setzt statt auf Quoten
auf Strategien, die Vielfalt
in der Arbeitswelt fördern
und wertschätzen. Auf dem
Arbeitsmarkt soll Leistung
zählen. Beschäftigte sollen sich
unabhängig von Geschlecht,
Migrationshintergrund, sexuel-
ler Orientierung, Alter
oder Behinderung entspre-
chend ihrer Potenziale entfal-
ten können.

Die FDP will Karrierechancen
von Frauen über eine bessere
Vereinbarkeit von Familie und
Beruf erhöhen.

Die FDP will ein Hauptaugen-
merk auf die Integration von
Frauen in Arbeit legen, um
deren gleichberechtigte Teil-
habe in unserer Gesellschaft
langfristig zu gewährleisten.

**Fazit: Privat vor Staat lautet
die Devise der FDP auch in der
Gleichstellungspolitik. Die
Gleichstellung der Frau soll
dem Markt überlassen wer-
den. Dabei verkennt die FDP,
dass insbesondere Marktme-
chanismen und tradierte Rol-
lenbilder zur Benachteiligung
von Frauen geführt haben.
Aber sie glaubt weiter an die
Allmacht des Marktes.**

LINKE

Die Linke will ein
Entgeltgleichheitsgesetz für
den öffentlichen Dienst.

Die Linke will eine
Novellierung des
Landesgleichstellungsgesetzes
und die Befugnisse der
Gleichstellungsbeauftragten
ausweiten.

Die Linke will für
mindestens 50% Frauen in
Leitungsfunktionen und
Aufsichtsräten sorgen.

Die Linken wollen
Wiedereinstiegsprogramme in
den Beruf für Alleinerziehende
anbieten.

Die Linke will alte Rollenbilder
in Bildung und Erziehung
aufbrechen und dafür
Lehr- und Lernmaterialien
überarbeiten.

Die Linken wollen
Frauenhäuser flächendeckend
finanziell absichern.

Die Linken wollen kostenlose
Verhütungsmittel für
Geringverdienerinnen.

**Fazit: Die Linke fordert viel,
hat aber keine konkreten
Konzepte anzubieten, wie sie
mehr Gleichstellung erreichen
will. Forderungen wie z.B.
Wiedereinstiegsprogramme
und Novellierung des LGG
sind überflüssig, denn sie
haben sich durch rot-grüne
Regierungspraxis längst
erledigt.**

AFD

Die AfD ist für die
Abschaffung der Stellen für
Gleichstellungsbeauftragte, da
dadurch Männer und Jungen
benachteiligt werden.

Sie tritt für die Gleichheit vor
dem Gesetz und tatsächliche
Gleichberechtigung ein
und fordert die Aufhebung
aller gesetzlichen
„Quotenregelungen“.

Die AfD will Fördermittel für
Männer- und Frauenforschung
paritätisch verteilen.

Die AfD setzt sich für
die Einführung eines
Erziehungsgehalts bis zur
Vollendung des 3. Lebensjahres
ein, wenn ein Elternteil auf die
Berufsausübung verzichtet,
um sich um die Kinder zu
kümmern.

**Fazit: Für die AfD ist eine
Ungleichbehandlung von
Frauen und Männern,
auf die „natürlichen
Geschlechterrollen“
zurückzuführen. Dies passt zu
einem Frauenbild, das die Frau
am Herd und bei den Kindern
statt im Beruf sieht. Diese
rückständige Perspektive zieht
sich als roter Faden durch die
Programmatik. Zusätzlich
wird der Mythos einer
„Männerdiskriminierung“
aufgebaut.**

HANDWERK

UNSERE POSITION

Die NRWSPD unterstützt die handwerklichen Betriebe beim Übergang in das digitale Zeitalter: Dazu werden wir unsere Technologieförderung in Richtung Handwerk 4.0 fortsetzen.

Wir wollen eine Förderung von Vermarktungsplattformen für das Handwerk im Internet etablieren und dort faire Arbeitsstandards sicherstellen.

Wir werden das Handwerk mit einer Image-Kampagne unterstützen: Handwerkliche Arbeit und ihre gesellschaftliche Bedeutung muss wieder eine höhere öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung erfahren.

Die Meisterausbildung soll – wie der Master an der Hochschule – kostenfrei werden. Mit der Einführung eines Azubitickets und der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums werden wir die soziale Lage von Azubis verbessern.

Fazit: Wir fördern neue digitale Geschäftsmodelle und erhalten die guten Arbeitsstandards im Handwerk. Unsere duale Ausbildung von Weltruf werden wir weiter stärken. Eine kostenfreie Meisterausbildung gibt es nur mit uns!

CDU

Die CDU will die Handwerksinitiative fortführen und verlässliche Beratungsstrukturen für den Technologietransfer schaffen. Eine konsequente Förderung von Handwerk 4.0 und digitalen Vermarktungsplattformen sieht anders aus!

Die CDU will Schülerinnen und Schüler für eine Berufsausbildung begeistern und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung betonen. Konkrete Maßnahmen? Fehlanzeige!

Die CDU will sich dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung praktisch umgesetzt wird. Dazu soll u.a. das Meister-Bafög ausgebaut werden. Damit ist jedoch keine Kostenfreiheit garantiert!

Fazit: Mit der CDU NRW gibt es keine umfassende Strategie für das Handwerk 4.0. Konkrete Maßnahmen um die öffentliche Wertschätzung des Handwerks zu verbessern, sucht man vergeblich. Mit der CDU wird es keine kostenfreie Meisterausbildung geben.

GRÜNE

Die Grünen wollen die Initiative „Smart Home and Living im Handwerk“ auflegen und Projekte fördern, die für die neue Rolle des Handwerks bei der Übertragung digitaler Technik in die jeweiligen Gewerke stehen; sie wollen digitale Geschäftsmodelle, Produkte und Verfahren für Handwerksbetriebe aufzeigen.

Die Grünen wollen Handwerksbetriebe auf dem Weg zur „Guten Arbeit 4.0“ unterstützen. Konkrete Maßnahmen/umfassende Strategien werden aber nicht erläutert.

Sie wollen Schülern und Eltern die Chancen beruflicher Karrieren durch duale berufliche Bildung stärker verdeutlichen. Wie genau, bleibt unklar.

Gemäß den Vorgaben des Europäischen Qualifizierungsrahmens wollen die Grünen das Ausbildungsniveau von Meister/-innenbrief und Fachhochschulabschluss weiter angleichen und die Durchlässigkeit der Systeme verbessern.

Fazit: Die Grünen setzen stark auf das Thema „Smart“. Fraglich nur, ob sich der Handwerksmeister darin wiederfindet. Die Gleichstellung von Master und Meister wird nur angerissen, die Frage nach Kostenfreiheit bleibt unbeantwortet.

FDP

Die FDP will die Digitalisierung im Handwerk unterstützen, v.a. durch den Ausbau betrieblicher Beratung. Förderungsangebote und Vermarktungsunterstützung sind scheinbar nicht in Planung.

Die duale Ausbildung soll auch für Jugendliche mit höheren Bildungsabschlüssen attraktiver werden. Dazu soll die Berufsausbildung als gleichwertige Säule neben der akademischen Ausbildung gestärkt werden.

Die FDP will das duale Ausbildungssystem mit dem Berufsa-bitur und den Meisterbrief erhalten und stärken.

Sie setzt sich für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein. Dazu soll ein Pakt für berufliche Bildung ins Leben gerufen werden.

Sie will die Schaffung von Auszubildendenwerken in Zusammenarbeit etwa mit HWK und IHK.

Fazit: Die FDP hängt sich gerne das Etikett der „Digitalisierungspartei“ ans Revers: Die Förderung und Vermarktung des Handwerks 4.0 findet programmatisch allerdings nicht statt. Erwartbar hingegen: Eine kostenfreie Meisterausbildung wird es mit der FDP nicht geben.

LINKE

Zum Thema Handwerk und Digitalisierung gibt es von der Linken keinerlei Aussagen.

Auch zum Stellenwert des Handwerks im Allgemeinen sowie zu dualer Ausbildung und Meisterbrief gibt es bei der Linken keine Positionierung. Stattdessen wird über eine mangelnde Ausbildungsqualität fabuliert.

Fazit: Bei der Linken NRW findet das Thema Handwerk schlicht nicht statt. Es gibt keine Verknüpfung von Digitalisierung und Handwerk, stattdessen wird unsere duale Ausbildung von Weltruf mit nicht nachgewiesenen Qualitätsmängeln diskreditiert.

AFD

Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik. Was damit genau gemeint ist, bleibt jedoch im Dunkeln.

Die AfD will sich für die Wertschätzung von nichtakademischer Ausbildung und handwerklichen Berufen einsetzen. Konkrete Vorschläge? Fehlanzeige!

Die AfD will das duale Ausbildungssystem stärken. Es bleibt jedoch gänzlich offen, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht dazu notwendig sind.

Fazit: Nach dem Motto „Viel geredet, aber nichts gesagt“ bekennt sich die AfD zum Handwerk und zum dualen Ausbildungssystem. Konkrete Maßnahmen fehlen aber völlig. Wie üblich: Handwerklich ganz schlecht gemacht!

UNSERE POSITION

Wir wollen finanzielle Hürden ab- statt neue aufbauen: Studiengebühren in NRW bleiben abgeschafft. Und wir wollen, dass mehr Studierende BAföG bekommen und genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Wir verbessern die Qualität: Mit einer stärkeren Förderung von guter Lehre und der Digitalisierung an Hochschulen. Dazu werden wir unsere Ausgaben für Hochschulen auf hohem Niveau halten. Und bedarfsgerecht ein ausreichendes Masterplatzangebot an allen Hochschulen schaffen.

Wir verbessern die Studierbarkeit an den Hochschulen. Wir wollen Studienabbrüche verhindern, Teilzeitstudiengänge weiter ausbauen und die Möglichkeiten der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen stärken.

Fazit: Mit der NRWSPD wird es keine Studiengebühren geben. Wir wollen die finanziellen Hürden für das Studieren senken und Studienbedingungen Schritt für Schritt weiter verbessern.

CDU

Die CDU möchte allen Studierenden einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung gewährleisten. Nach einem jahrelangen Eiertanz lehnt die CDU nun Studiengebühren ab. Das BAföG ist der CDU auch nicht so wichtig, dafür möchte sie mehr Stipendien, die – logisch – nur an „besonders kluge Köpfe“ gezahlt werden.

Es sollen ausreichend Grundmittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitgestellt werden. Und man will die Hochschulen effizienter machen. Das klingt eher nach Einsparungen.

Die Qualität der Studiengänge soll in einem Beratungsprozess gesteigert werden. Das klingt nach Einmischung, welche die CDU aber ablehnt. Wie so häufig unkonkret und widersprüchlich.

Fazit: Mit der CDU NRW wissen Studierende nicht, ob sie bald wieder Studiengebühren zahlen müssen. Im Gegenzug erhalten einige wenige ein Stipendium. Das schränkt den Hochschulzugang ein.

GRÜNE

Auch für die Grünen ist klar: Studiengebühren gehören weiter abgeschafft. Zum BAföG haben die Grünen nichts zu sagen.

Die Grünen möchten die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, einen rechtsverbindlichen Anspruch auf einen Masterplatz einführen sowie Mindestnoten oder ähnliche Zugangshürden zum Master abschaffen. Rechtsanspruch hört sich gut an, ist aber rechtlich und finanziell schwer umsetzbar.

Die Grünen wollen die Möglichkeiten eines Teilzeitstudiums und eines Studiums ohne Abitur stärker bewerben und fördern. Ebenso die Möglichkeit des berufsbegleitenden Studiums an staatlichen Hochschulen weiter ausbauen.

Fazit: Auch mit den Grünen NRW gibt es keine Studiengebühren. Dass ihnen zum BAföG nichts einfällt, ist bezeichnend. Aber: Es wird ein Rechtsanspruch auf Masterplätze versprochen, der nicht zu halten ist.

FDP

Die FDP sagt klarer als die CDU: Mit ihr gibt es wieder Studiengebühren. Damit sollen dann „exzellente Studienbedingungen“ sichergestellt werden. Das BAföG soll durch einen elternunabhängigen Zuschuss von 300 Euro monatlich ersetzt werden. Wer mehr braucht, bekommt ein Darlehen von 500 Euro. So erhält die Zahnarzttochter endlich auch staatliche Mittel – der Sohn der Krankenpflegerin hat nach dem Studium einen Haufen Schulden.

Die Studienbedingungen sollen verbessert werden, hierzu sollen die Mittel des Hochschulpaktes „treffsicher“ eingesetzt werden. Ansonsten setzt die FDP in Sachen Studierenerfolg ganz auf die Eigenverantwortung der Studierenden.

Fazit: Mit der FDP NRW müssen Studierende wieder Studiengebühren zahlen und sind für ihren Studierenerfolg eigenverantwortlich. Dafür sollen Kinder aus reicheren Familien mehr Geld bekommen. Und die aus ärmeren eben weniger – plus Schulden.

LINKE

Die Linke hat laut Programm zu Studiengebühren keine Meinung. Man darf davon ausgehen, dass sie eher dagegen sind. Dafür soll aber das „elternunabhängige BAföG“ wieder eingeführt und die Höhe der BAföG Sätze angepasst werden. Ein elternunabhängiges BAföG hat es aber noch nie gegeben.

Die Zahl der Studienplätze in NRW soll erhöht, der Numerus Clausus abgeschafft, die Betreuungsrelation verbessert und ein Rechtsanspruch auf Masterstudienplätze eingeführt werden. Versprochen wird damit vor allem viel Geld – und wenig Konkretes an Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Lehre oder zur Reduzierung von Studienabbrüchen.

Fazit: Mit der Linken NRW wird wie in nahezu allen Bereichen viel versprochen. Dabei bleiben sie in Phrasen der 90er Jahre stecken und haben wenig Konkretes für die Herausforderungen unserer Zeit zu bieten.

AFD

Die AfD möchte die Möglichkeit ohne klassisches Abitur zu studieren abschaffen.

Zu Studiengebühren und BAföG hat die AfD keine Meinung. Beides hat offenbar keine Priorität, es geht der AfD eher um das Elitendenken konservativer Professoren.

Dafür sollen Bachelor- und Masterstudiengänge abgeschafft werden und zu den „alten“ Studiengängen wie Magister zurückgekehrt werden. Die AfD möchte also einen jahrelangen Reformprozess zurückdrehen.

Aus Sicht der AfD ist die Mitgestaltung von Studierenden und anderen Gruppen bei der Gestaltung der Lehre abgeschafft werden.

Fazit: Die AfD NRW steht auch beim Thema Hochschule für die Rolle rückwärts – sie will am liebsten ein elitäres Hochschulsystem aus dem Kaiserreich. Zu grundlegenden Fragen hat die AfD wie üblich gar keine Position.

UNSERE POSITION

Wir werden NRW als Wirtschafts- und Industriestandort auf der Grundlage der Industriepolitischen Leitlinien Nordrhein-Westfalen stärken und entwickeln.

Unter dem Dach der Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 werden wir die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung aller Herausforderungen der Digitalisierung bündeln.

Mit unserem Leitmarkt-Ansatz werden wir die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslands weiterhin durch den Einsatz öffentlicher Fördermittel zur Stärkung von Innovationen und Investitionen dort vorantreiben, wo es gesellschaftlich erforderlich ist.

Wir wollen Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir werden dazu die Einführung einer „Turbogenehmigung“ für Betriebsansiedelungen oder -erweiterungen prüfen.

Fazit: Mit der NRWSPD wird unser Industriestandort gestärkt und fit für die Digitalisierung gemacht. Unseren zukunftsorientierten Leitmarkt-Ansatz, in dem die Unternehmen in NRW führend sind, setzen wir fort. Zudem sorgen wir konsequent für Bürokratieabbau.

CDU

Die CDU will die Industrie in NRW erhalten und ausbauen sowie zum Vorreiter der Digitalisierung machen. Selbstverständlich ohne dies mit Maßnahmen zu unterfüttern.

Die CDU will den Mittelstand für die Digitalisierung sensibilisieren und bei der Umsetzung unterstützen. Auch hier werden konkrete Instrumente nicht benannt.

Die CDU will eine umfassende Entbürokratisierung einleiten, u.a. durch Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes oder des Klimaschutzgesetzes. Zudem sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Fazit: Die Industriepolitik der CDU NRW bewegt sich im Ungefähren. Man will die Industrie erhalten und für die Digitalisierung sensibilisieren, bleibt konkrete Maßnahmen jedoch schuldig. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus will die CDU zudem das Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen und positioniert sich damit gegen faire Löhne, für Sozialdumping und gegen Umweltschutz.

GRÜNE

Ökologie und Klimaschutz sind die Leitideen der Industriepolitik der Grünen. Vor diesem Hintergrund wollen sie insbesondere die Umweltwirtschaft ausbauen. Eine Diversifizierung in verschiedene Leitmärkte und umfassende Förderung der gesamten Industrie ist dies sicher nicht!

Die Grünen streben eine ökologische Modernisierung des Industrielands NRW an. Hier besteht die Gefahr der Überbetonung umweltpolitischer Ziele zulasten unserer Industrie und Arbeitsplätze!

Die Grünen wollen kleine und mittelständische Unternehmen dabei begleiten, die Potenziale der Digitalisierung zu heben – insbesondere wenn dies zu mehr Klima- und Ressourcenschutz oder Datensicherheit führt.

Fazit: Eine verantwortungsvolle Industriepolitik schafft ein Gleichgewicht aus Ökologie und Ökonomie. Mit den Grünen NRW werden jedoch umweltpolitische Faktoren überbetont. Investitionen in verschiedene Leitmärkte und damit in eine breite industrielle Basis spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Das gefährdet den Wohlstand NRW.

FDP

Die FDP will den Industriestandort NRW attraktiver machen, indem sie den Unternehmen mehr Freiraum gewährt und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen setzt. Was das konkret bedeutet bleibt unklar. Eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie für die Industrie fehlt völlig.

Die FDP betont die Chancen der „Sharing Economy“ wie Mitfahrdienstleister oder Übernachtungsvermittler. Im Industrieland Nr. 1 ist dies ein völlig verfehelter Fokus!

Die FDP will den Mittelstand von Bürokratie entlasten und u.a. das Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen.

Fazit: Die FDP NRW will den Industriestandort zwar stärken, benennt aber keine konkreten Maßnahmen. Statt im Industrieland Nr.1 auf zukunftsorientierte Leitmärkte zu setzen, will die FDP lieber Mitfahrdienstleister fördern. Dieser industriepolitischen Bankrotterklärung setzen sie mit der Ablehnung des Tariftreue- und Vergabegesetzes und der Befürwortung von Sozialdumping die Krone auf.

LINKE

Die Linke will die industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Wenn die privaten Besitzer nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Produktion fortzuführen, sollen sie enteignet werden: Das heißt nichts anderes, als die Sozialisierung von Verlusten auf Kosten des Steuerzahlers.

Die Linke will unter Einbeziehung der Gewerkschaften auf die humane Ausgestaltung des Fertigungskonzepts „Industrie 4.0“ hinwirken.

Sie will neue Industriearbeitsplätze aufbauen, indem Innovationen und Investitionen in NRW erhöht werden. Dazu schlagen sie u.a. eine Industriestiftung vor. Ziel ist eine binnenwirtschaftliche Ausrichtung.

Fazit: Mit der Linken NRW droht die Vergesellschaftung von Unternehmensverlusten. Eine Idee, wie und wo neue Arbeitsplätze außerhalb des öffentlichen Dienstes entstehen können, haben sie nicht. Mit dem Ziel einer stärker binnenwirtschaftlichen Ausrichtung nimmt sie unserer Industrie mit dem Export eine ihrer größten Stärken und mindert unseren Wohlstand.

AFD

Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik. Was damit genau gemeint ist, wird jedoch nicht erläutert.

Die AfD setzt sich insbesondere für die Befreiung kleiner und mittelständischer Unternehmen von bürokratischen Vorgaben ein. Es bleibt unklar, welche Regeln sie konkret vereinfachen will.

Fazit: Konkrete Pläne zur Stärkung der industriellen Basis, auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung, sucht man bei der AfD NRW vergebens. Was bleibt, sind vage Forderungen nach einer mittelstandsorientierten Innovationspolitik und Bürokratieabbau, die aber nicht mit Maßnahmen untermauert werden.

INFRASTRUKTUR

UNSERE POSITION

Die Mittel des Bundesverkehrswegeplans nutzen wir zur Beseitigung von Stautrecken. Bei den Straßen gilt: Erhalt vor Neubau.

Wir werden Planstellungsverfahren harmonisieren und straffen, um die Planungszeiten bei Infrastrukturprojekten deutlich zu verkürzen.

Mit dem Rhein-Ruhr-Express und dem Eisernen Rhein fördern wir den Umstieg von der Straße auf die Schiene. Wir bauen das Schienennetz aus.

Mit dem Bündnis für Infrastruktur schaffen wir Akzeptanz für dringend benötigte Großprojekte und sorgen dafür, dass diese zügig umgesetzt werden.

Wir tragen dafür Sorge, dass die Kommunen ihre Investitionen in öffentliche Infrastruktur wieder deutlich erhöhen können.

Wir treiben die Forschung und Entwicklung im Bereich der E-Mobilität voran und fördern den Aufbau von Speichertechnologien.

Fazit: Die NRWSPD bleibt dem infrastrukturpolitischen Grundsatz Erhalt vor Neubau treu. Wir bekämpfen Staus auf den Straßen und fördern den Umstieg auf die Schiene. Wir unterstützen die Kommunen und sorgen für eine zügige Umsetzung verkehrspolitischer Großprojekte.

CDU

Die CDU will einen Masterplan zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans erstellen. Dafür will sie zusätzliche Ingenieure einstellen – deren Personalbestand sie in der eigenen Regierungszeit reduziert hatte.

Die CDU möchte einen „Vorrat an durchgeplanten Bauvorhaben“ und eine Prioritätenliste für die Sanierung von Straßenbaustellen vorlegen. Beides wird nicht konkretisiert.

Die CDU befürwortet öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung von Infrastruktur. Dieses Instrument begünstigt private Investoren zulasten der öffentlichen Hand.

Die CDU fordert ein Baustellen-Management – das gibt es allerdings in NRW schon lange.

Die CDU möchte neue Ladestationen für E-Bikes fördern. Mehr sagt sie zum Thema E-Mobilität nicht.

Fazit: Die CDU NRW befürwortet Finanzierungsinstrumente, die einzig und allein den Interessen privater Investoren dienen. Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern bleiben außen vor, die E-Mobilität auch. Das ist alles, außer fortschrittlich.

GRÜNE

Die Grünen bekennen sich zum Grundsatz Erhalt vor Neubau und zur Bekämpfung von Staus auf den Straßen.

Die Grünen sprechen sich wie wir für eine Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen aus.

Im Rahmen des Infrastrukturprojekts „Grüner Rhein“ wollen die Grünen dem Rhein mehr Raum geben, damit – Zitat – „Auenlandschaften entstehen können“.

Infrastrukturelle Erhaltungsmaßnahmen möchten sie nur unter Bürgerbeteiligung umsetzen. Wie die aussehen soll, wird nicht konkretisiert.

Die Grünen wollen den „Wachstumsmarkt“ E-Mobilität vor allem durch den Bau neuer Ladestationen fördern.

Fazit: Die Grünen schreiben viel über die Wichtigkeit von Infrastruktur, sagen aber nur wenig Konkretes über deren Weiterentwicklung in NRW. Wie bei der SPD gilt gleichwohl: Erhalt vor Neubau.

FDP

Die FDP fordert eine Offensive gegen den Verkehrsstau, unterlegt diese jedoch weder mit Zahlen noch mit einer Planung.

Statt den Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, fordert die FDP den Einsatz von Lang-LKWs und verstopft damit zusätzlich unsere Straßen.

Sie fordert die Verstärkung der Planungskapazitäten von Straßen.NRW, dessen Personalbestand sie in eigener Regierungsverantwortung abgebaut hatte.

Die FDP befürwortet die Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Investitionen, um die Interessen privater Investoren zulasten der öffentlichen Hand zu bedienen.

Die FDP fordert ein Baustellen-Management – das gibt es allerdings in NRW schon lange.

Fazit: Die FDP NRW hält unbelehrbar am Grundsatz „Privat-vor-Staat“ und an Finanzierungsinstrumenten fest, die lediglich die Interessen privater Investoren bedienen. Für die Verkehrsplanung liegt kein Konzept vor, entsprechende Bürgerbeteiligung spielt bei der FDP keine Rolle.

LINKE

Die Linke befürwortet zwar den Grundsatz Erhalt vor Neubau, unterlegt diesen jedoch nicht mit einem Konzept. Die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf Schiene und Wasserstraße verlagert werden. Beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr sollen Bürger frühzeitig beteiligt werden.

Die Linke hat kein Konzept für die zügige Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte, auch zur Beteiligung der Bürger gibt es dementsprechend keine Aussagen.

Fazit: Die Linken haben beim Thema Infrastruktur nur wenig zu bieten: Weder die Bundesverkehrswegeplanung noch ein anderes Konzept zur Infrastrukturplanung werden im Programm erwähnt. Kein Plan, nirgends.

AFD

Die AfD fordert den Erhalt und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, unterlegt dies jedoch nicht mit Zahlen oder einem ganzheitlichen Konzept, die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden, die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt bleiben unerwähnt.

Die AfD erläutert nicht, wie die Beteiligung der Bürger bei der Planung von Infrastrukturprojekten erfolgen soll.

Subventionen zum Ausbau der E-Mobilität lehnt die AfD ab. Eigene Ziele formuliert sie erst gar nicht. Es regiert die freie Kraft des Markts.

Fazit: Die AfD NRW hat kein Konzept für den Erhalt oder die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt. Auch die Art und Weise der Bürgerbeteiligung wird nicht näher erläutert – und das, wo ihr der „Volkswille“ doch so wichtig ist.

UNSERE POSITION

Die Mittel des Bundesverkehrswegeplans nutzen wir zur Beseitigung von Stautrecken. Bei den Straßen gilt: Erhalt vor Neubau.

Wir werden Planstellungsverfahren harmonisieren und straffen, um die Planungszeiten bei Infrastrukturprojekten deutlich zu verkürzen.

Mit dem Rhein-Ruhr-Express und dem Eisernen Rhein fördern wir den Umstieg von der Straße auf die Schiene. Wir bauen das Schienennetz aus.

Mit dem Bündnis für Infrastruktur schaffen wir Akzeptanz für dringend benötigte Großprojekte und sorgen dafür, dass diese zügig umgesetzt werden.

Wir tragen dafür Sorge, dass die Kommunen ihre Investitionen in öffentliche Infrastruktur wieder deutlich erhöhen können.

Wir treiben die Forschung und Entwicklung im Bereich der E-Mobilität voran und fördern den Aufbau von Speichertechnologien.

Fazit: Die NRWSPD bleibt dem infrastrukturpolitischen Grundsatz Erhalt vor Neubau treu. Wir bekämpfen Staus auf den Straßen und fördern den Umstieg auf die Schiene. Wir unterstützen die Kommunen und sorgen für eine zügige Umsetzung verkehrspolitischer Großprojekte.

CDU

Die CDU will einen Masterplan zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans erstellen. Dafür will sie zusätzliche Ingenieure einstellen – deren Personalbestand sie in der eigenen Regierungszeit reduziert hatte.

Die CDU möchte einen „Vorrat an durchgeplanten Bauvorhaben“ und eine Prioritätenliste für die Sanierung von Straßenbaustellen vorlegen. Beides wird nicht konkretisiert.

Die CDU befürwortet öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung von Infrastruktur. Dieses Instrument begünstigt private Investoren zulasten der öffentlichen Hand.

Die CDU fordert ein Baustellen-Management – das gibt es allerdings in NRW schon lange.

Die CDU möchte neue Ladestationen für E-Bikes fördern. Mehr sagt sie zum Thema E-Mobilität nicht.

Fazit: Die CDU NRW befürwortet Finanzierungsinstrumente, die einzig und allein den Interessen privater Investoren dienen. Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern bleiben außen vor, die E-Mobilität auch. Das ist alles, außer fortschrittlich.

GRÜNE

Die Grünen bekennen sich zum Grundsatz Erhalt vor Neubau und zur Bekämpfung von Staus auf den Straßen.

Die Grünen sprechen sich wie wir für eine Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen aus.

Im Rahmen des Infrastrukturprojekts „Grüner Rhein“ wollen die Grünen dem Rhein mehr Raum geben, damit – Zitat – „Auenlandschaften entstehen können“.

Infrastrukturelle Erhaltungsmaßnahmen möchten sie nur unter Bürgerbeteiligung umsetzen. Wie die aussehen soll, wird nicht konkretisiert.

Die Grünen wollen den „Wachstumsmarkt“ E-Mobilität vor allem durch den Bau neuer Ladestationen fördern.

Fazit: Die Grünen schreiben viel über die Wichtigkeit von Infrastruktur, sagen aber nur wenig Konkretes über deren Weiterentwicklung in NRW. Wie bei der SPD gilt gleichwohl: Erhalt vor Neubau.

FDP

Die FDP fordert eine Offensive gegen den Verkehrsstau, unterlegt diese jedoch weder mit Zahlen noch mit einer Planung.

Statt den Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, fordert die FDP den Einsatz von Lang-LKWs und verstopft damit zusätzlich unsere Straßen.

Sie fordert die Verstärkung der Planungskapazitäten von Straßen.NRW, dessen Personalbestand sie in eigener Regierungsverantwortung abgebaut hatte.

Die FDP befürwortet die Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Investitionen, um die Interessen privater Investoren zulasten der öffentlichen Hand zu bedienen.

Die FDP fordert ein Baustellen-Management – das gibt es allerdings in NRW schon lange.

Fazit: Die FDP NRW hält unbelehrbar am Grundsatz „Privat-vor-Staat“ und an Finanzierungsinstrumenten fest, die lediglich die Interessen privater Investoren bedienen. Für die Verkehrsplanung liegt kein Konzept vor, entsprechende Bürgerbeteiligung spielt bei der FDP keine Rolle.

LINKE

Die Linke befürwortet zwar den Grundsatz Erhalt vor Neubau, unterlegt diesen jedoch nicht mit einem Konzept. Die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf Schiene und Wasserstraße verlagert werden. Beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr sollen Bürger frühzeitig beteiligt werden.

Die Linke hat kein Konzept für die zügige Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte, auch zur Beteiligung der Bürger gibt es dementsprechend keine Aussagen.

Fazit: Die Linken haben beim Thema Infrastruktur nur wenig zu bieten: Weder die Bundesverkehrswegeplanung noch ein anderes Konzept zur Infrastrukturplanung werden im Programm erwähnt. Kein Plan, nirgends.

AFD

Die AfD fordert den Erhalt und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, unterlegt dies jedoch nicht mit Zahlen oder einem ganzheitlichen Konzept, die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden, die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt bleiben unerwähnt.

Die AfD erläutert nicht, wie die Beteiligung der Bürger bei der Planung von Infrastrukturprojekten erfolgen soll.

Subventionen zum Ausbau der E-Mobilität lehnt die AfD ab. Eigene Ziele formuliert sie erst gar nicht. Es regiert die freie Kraft des Markts.

Fazit: Die AfD NRW hat kein Konzept für den Erhalt oder die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, die Bundesverkehrswegeplanung wird nicht erwähnt. Auch die Art und Weise der Bürgerbeteiligung wird nicht näher erläutert – und das, wo ihr der „Volkswille“ doch so wichtig ist.

UNSERE POSITION

Wir verbessern weiterhin die rechtlichen Grundlagen der Inklusion in NRW und schaffen ein Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz.

Wir untersuchen die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in einem NRW-Teilhabebereicht.

Wir verbessern den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen durch den Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung und Integrationsbetriebe.

Wir bauen unabhängige Beratungsstrukturen aus und beziehen Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache ein.

Wir entwickeln behindertengerechte Quartiere und Wohnungen durch gezielte Förderpolitik fort.

Fazit: Für die NRWSPD gilt – Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt an allen Facetten des Lebens teilhaben können. Sie sollen ihr Leben selbstbestimmt und ohne Barrieren führen können. Inklusion heißt deshalb Teilhabe in allen Lebensbereichen.

CDU

Die CDU will Maßnahmen für einen inklusiven ersten Arbeitsmarkt ergreifen und geltende Landesgesetze auf den Gesichtspunkt der allgemeinen Barrierefreiheit hin überprüfen.

Die CDU will Familien mit behinderten Kindern in Familienberatungsstellen beraten und informieren.

Die CDU will die Bewilligung von Mitteln für Film-, Wohnungs-, Verkehrs- und Kulturförderung an die Einhaltung barrierefreier Standards knüpfen.

Sie will einen modernen, kostenlosen barrierefreien Notruf für Menschen mit Hörbehinderung einführen und die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr 2022 umsetzen.

Fazit: Die CDU wird nur da konkret, wo die Umsetzung bereits läuft (z.B. barrierefreier ÖPNV). Ansonsten verliert sie sich in vagen Ideen, die weder umfassend sind (was ist mit behinderten Eltern?) noch die Lebenswirklichkeit von Behinderten treffen.

GRÜNE

Die Grünen wollen Quartiere und Wohnungen alters- und behindertengerecht weiterentwickeln und den barrierefreien Nahverkehr verbessern.

Sie wollen Menschen mit Behinderungen keinen Lebensweg vorgeben, sondern Nachteile ausgleichen und damit ihr Recht auf Familie und Beschäftigung stärken.

Die Grünen wollen Angebote und Einrichtungen gezielt fördern, die Mädchen und Frauen mit Behinderungen mehr Teilhabe ermöglichen.

Sie wollen durch Beratungs- und Beteiligungsgremien die Inklusion vor Ort unterstützen.

Die Grünen wollen Integrationsunternehmen als Alternative zu den Behindertenwerkstätten weiterausbauen und das „Budget für Arbeit“ öffnen, um die Anzahl der Menschen mit Behinderung in öffentlichen und privaten Betrieben zu erhöhen.

Fazit: Die Mehrzahl der Forderungen knüpft an die Positionen der NRWSPD an. Ansonsten bleiben die Grünen aber hinreichend unkonkret, um bloß keiner Interessensvertretung auf die Füße zu treten.

FDP

Die FDP schätzt den Beitrag der Vereine beim Thema Inklusion und will daher das Ehrenamt entbürokratisieren.

Sie will Inklusion durch altersgerechte Planung von Quartieren und Wohnformen sichern.

Die FDP will das Selbstbestimmungsrecht von behinderten Menschen durch das Instrument des persönlichen Budgets verbreitern und die Inanspruchnahme durch vereinfachte Verfahren und qualifizierte Beratung steigern.

Die FDP will erreichen, dass Menschen mit Behinderungen Mittel aus dem Budget für Arbeit eigenverantwortlich zur Arbeitsmarktintegration nutzen können.

Die FDP will Inklusion durch Sport durch eine bessere Kooperation von Vereinen und sozialen Einrichtungen fördern.

Fazit: Auch in puncto Inklusion gilt für die FDP einmal mehr Privat vor Staat. Für Teilhabe und Inklusion sollen Menschen mit Behinderungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bitte selbst sorgen.

LINKE

Die Linke will eine Überprüfung aller Gesetze und Verordnungen auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Linke will Behindertenvertretungen und -vertreter durch Änderungen in Gemeinde-, Kreis- und Landschaftsverbandsverordnung stärken. In welcher Weise, sagt sie nicht.

Sie will ein Förderprogramm des Landes für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV und mehr Fördermittel für den barrierefreien Wohnungsumbau.

Sie will die Anwendung des persönlichen Budgets für Arbeit als Instrument regulärer Beschäftigung für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Die Linke will das Tariftreue- und Vergabegesetz ändern, um öffentliche Aufträge bevorzugt an Integrationsunternehmen zu vergeben.

Fazit: Die Linke offenbart, dass sie geltendes Bundes- und Landesrecht nicht kennt und wirft mit zum Teil überholten – da von der SPD-geführten Landesregierung längst auf den Weg gebrachten – Forderungen um sich.

AFD

Die AfD will öffentliche Gebäude und Einrichtungen des Bundes, Landes und der Kommunen beflaggen und kenntlicher machen. So will die AfD sicherstellen, dass sich ältere und behinderte Menschen orientieren können. Immerhin...

Fazit: Inklusion? Nie gehört. Die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen findet bei der AfD schlicht nicht statt. Das passt ins dort vorherrschende Menschenbild.

UNSERE POSITION

Wir treten für mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen ein.

Wir senken das Wahlalter im Land auf 16 Jahre und sorgen für mehr Mitwirkung auf kommunaler Ebene.

Wir bauen gemeinsam mit Jugendlichen eine landesweitere Interessensvertretung der Jugendlichen auf.

Wir entwickeln eine eigenständige Jugendpolitik gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und Verbänden.

Wir untersuchen die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen als Grundlage für unsere Jugendpolitik.

Wir erhöhen die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans um weitere 20 Millionen Euro, um Träger der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt zu fördern.

Wir sorgen dafür, dass niemand ohne Schulabschluss bleibt und fordern eine bundesweite Ausbildungsplatzgarantie.

Fazit: Wir entwickeln Jugendpolitik gemeinsam mit den Jugendlichen, sorgen für Mitwirkung in Land und Kommune und für eine auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit.

CDU

Die CDU erkennt Kinder- und Jugendarbeit als „eigenständiges Politikfeld“ an. Immerhin etwas, das war zu ihrer Regierungszeit noch anders.

Die CDU setzt sich für verbindliche Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf Landesebene ein und unterstützt die Einrichtung eines Landesjugendparlaments.

Die CDU will die Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft erhöhen und die Mittelansätze dynamisieren. Was das konkret heißt? Keine Angabe.

Die CDU will, dass Verfassungsschutzämter bereits bei Jugendlichen ab 14 Jahren tätig werden können.

Fazit: Die Forderung nach einem Jugendparlament ist lobenswert, es fehlen aber Aussagen zu dessen Rechten. So erweckt es den Eindruck von Alibi-Beteiligung. Dies umso mehr, als die CDU das Wahlalter bei Landtagswahlen nicht senken will und so echter und verbindlicher Partizipation einen Riegel vorschiebt.

GRÜNE

Die Grünen wollen für Jugendliche Erfahrungs- und Bewegungsräume schaffen, die sie frei gestalten können.

Sie wollen das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre senken und das Recht auf Beteiligung für Jugendliche im Sozialraum in der Gemeindeordnung festlegen.

Die Grünen wollen einen Jugendcheck für alle Gesetzesinitiativen, der prüft, ob Interessen von Jugendlichen betroffen und ausreichend berücksichtigt sind.

Die Grünen wollen die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans um 20 Millionen Euro aufstocken und eine Beschwerdestelle für Jugendliche in die Regelfinanzierung aufnehmen.

Die Grünen wollen eine Ausbildungsplatzabgabe einführen.

Fazit: Die Grünen versuchen, in der Jugendpolitik allen Interessensvertretungen gerecht zu werden und verwickeln sich so in Widersprüche.

FDP

Die FDP will Jugendliche stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse einbinden und setzt sich für ein unabhängiges und direktgewähltes Landesjugendparlament ein.

Sie will verpflichtend auf kommunaler Ebene Kinder und Jugendliche durch Kinder- und Jugendräte beteiligen.

Die FDP will die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans jährlich unter Berücksichtigung der zu erfüllenden Aufgaben sowie der Sach- und Personalkosten anpassen. Das ist reichlich vage.

Fazit: Die FDP fordert ein Jugendparlament, allerdings ohne konkrete Aussagen zu dessen Rechten. Gleiches gilt für Kinder- und Jugendräte auf kommunaler Ebene, die ohne entsprechende Rechte und eigene finanzielle Mittel Rohrkrepierer sind. Während alle anderen Parteien die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan erhöhen wollen, spricht die FDP von einer „Anpassung“.

LINKE

Die Linke will Kinder und Jugendliche zwingend beteiligen, wenn ihre Interessen bei kommunalen Planungen oder Vorhaben berührt werden.

Die Linke will das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.

Sie will eine Landesförderung für bestehende und die Schaffung neuer selbstverwalteter Kinder- und Jugendtreffs.

Sie will Kindern und Jugendlichen Freiflächen zur Verfügung stellen, z.B. öffentliche Bolzplätze, Graffitiplätze etc. Die Linke will auf Bundesebene eine Ausbildungsplatzumlage einführen.

Sie will die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans bedarfsorientiert aufstocken.

Fazit: Die Linke will Jugendliche „zwingend“ an Planungs- und Bauvorhaben beteiligen. Das klingt gut, könnte aber zur Überforderung der Jugendlichen führen. Die Umsetzung steht dazumal in den Sternen.

AFD

Die AfD lehnt eine Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen in ihrer sexuellen Identität ab und steht daher für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne (Gender-)Ideologie.

Da Sport Selbstbewusstsein und Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen stärkt, muss er laut AfD im normalen Unterricht mehr Bedeutung erhalten. Hierzu soll eine verstärkte Kooperation von Schule, Ganzttag und Sportvereinen erfolgen.

Fazit: Das Thema Jugend, Jugendbeteiligung etc. spielt für AfD keine Rolle. Jugend ist für die AfD allenfalls eine weitere Projektionsfläche ihres ideologischen Geschlechter- und Menschenbilds. Aber: Die deutsche Jugend leidet weder unter sexueller Identitätsverwirrung noch unter einer mangelnden Begeisterung für Sport.

UNSERE POSITION

Wir sorgen für ausreichend Betreuungsplätze: wir finanzieren jeden zusätzlichen Kitaplatz, den Eltern brauchen und Kommunen beantragen.

Wir verbessern die Qualität: NRW hat im Ländervergleich einen der besten Personalschlüssel (Kinder pro Erzieher/in) für U3-Kinder. Das wird bald auch bei den Ü3-Kindern der Fall sein.

Wir sorgen für die Öffnungszeiten, die Eltern brauchen: In der Regel wird jede Kita 45 Stunden pro Woche geöffnet sein (mindestens aber 35 Stunden). Flexiblere Öffnungszeiten ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir senken die Gebühren deutlich: Künftig werden 30 Kita-Stunden pro Woche für alle Kinder beitragsfrei sein. Landesweit wird es einheitliche und gerechte Gebühren für die noch verbleibenden Zeiten geben.

Fazit: Mit der NRWSPD gibt es eine große Kita-Reform, die vier Punkte umfasst: Ausreichend Plätze, mehr Personal, flexible Öffnungszeiten und weitgehende Gebührenfreiheit. Wir fördern und entlasten gerade Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.

CDU

Die CDU will die Kita-Finanzierung in „einem transparenten Verfahren mit allen Akteuren der Kindertagesbetreuung konstruktiv angehen.“ Im eigenen Wahlprogramm könnte man auch einfach sagen, was man will.

Eine Qualitätsverbesserung soll durch Beteiligung von Land, Kommunen, Trägern und Eltern finanziert werden.

Die CDU verspricht eine Randzeitenbetreuung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Familien, bei denen ein Elternteil Kinder zu Hause betreut, sollen „aktive Unterstützung“ erfahren.

Beitragsfreiheit wird auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Sie soll es nur geben, wenn der Landeshaushalt das ermöglicht. Im Landtag hat die CDU übrigens mehrfach die Rücknahme der Beitragsbefreiung für das letzte Kita-Jahr beantragt.

Fazit: Die CDU NRW bleibt schwammig und hat keine konkreten Vorschläge. Sie will die Kita-Gebühren nicht senken, selbst eine Erhöhung (4. Jahr) wird nicht ausgeschlossen. Und vielleicht möchte sie auch das Betreuungsgeld. Aber auch das bleibt offen.

GRÜNE

Die Grünen stehen für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze.

Die Grünen wollen um die Qualität zu verbessern einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Schlüssel festlegen und finanzieren. Eine Gruppengrößenbeschränkung soll festgelegt werden und Kitas sollen ein Fortbildungsbudget erhalten. Ein neues Kitagesetz soll Trägervielfalt erhalten und fördern.

Ziel bleibt, dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird. Allerdings haben Platzausbau, Qualitätsausbau durch verbesserte Fachkraft-Kind-Relation, flexible und bedarfsorientierte Öffnungszeiten sowie Entlastung des Personals Priorität. Kita-Beiträge werden also – wie bei der CDU – erst dann gesenkt, wenn noch Geld übrig ist.

Fazit: Für die Grünen NRW ist Gebührenfreiheit nur ein untergeordnetes Ziel und wird auf die lange Bank geschoben. Öffnungszeiten sind scheinbar auch nicht so wichtig. Die Bedarfe der Eltern stehen also hinter dem Qualitätsaspekt zurück.

FDP

Die FDP verspricht den Ausbau von U3- und Ü3-Plätzen.

Die FDP will eine Qualitätsoffensive für Kitas und Kindertagespflege durch eine bessere finanzielle Ausstattung (an Kostensteigerungen orientierte Pauschalen pro Kind).

Sie fordert bedarfsorientierte Betreuungszeiten durch mehr Flexibilität und 24-Stunden-Kitas. Die Familien sollen sich an den Bedürfnissen der Arbeitgeber orientieren und nicht umgekehrt.

„Langfristig“ werden beitragsfreie Kitas angestrebt, der Qualitätsausbau hat jedoch oberste Priorität. Bis zur Umsetzung der Gebührenfreiheit soll es eine landesweite „Höchstgrenze“ für Gebühren geben.

Fazit: Mit der FDP NRW steht der Wunsch von Unternehmen nach absolut flexiblen Arbeitnehmern im Vordergrund. Um dies zu gewährleisten, sollen die Eltern weiter selbst zahlen. Gebührenfreiheit wird auf die lange Bank geschoben. Und das Kindeswohl ist anscheinend auch nicht so wichtig.

LINKE

Die Linke fordert den Ausbau öffentlicher und nicht privatgewerblicher Kitas. Tagespflegeplätze sollen schrittweise in Kitaplätze umgewandelt werden.

Die Kitafinanzierung soll zur Qualitätsverbesserung ausgebaut werden. Das Ziel: kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal. Dazu soll ein neues Kita-Gesetz erarbeitet werden.

Die Linke fordert ein bedarfsgerechtes Angebot durch flächendeckende Öffnungszeiten von 6 bis 18 Uhr. Sonderschließzeiten sollen durch flexible Urlaubszeiten ersetzt werden

Kitagebühren sollen für alle Kinder abgeschafft werden. Die Kommunen sollen einen Finanzausgleich erhalten.

Fazit: Die Linke sieht öffentliche Kitas in der alleinigen Verantwortung für die frühkindliche Bildung. Staat-vor-Privat wird als Prinzip überstrapaziert. Randzeitenbedarfe werden als Not- und Sonderfälle verharmlost. Das versprochene Gesamtpaket ist zudem nicht sofort finanzierbar.

AFD

Die AfD sieht in Kitas eine Fremdbetreuung, die klassische Familienkonstellationen entwertet.

Der Kita wird abgesprochen, die Bildung von Kindern fördern zu können. Dies sei nur in der Familie möglich.

Die Fremdbetreuung sorgt laut AfD für beziehungsunfähige sowie geistig und körperlich kranke Kinder. Über diese Konsequenzen sind Eltern zu informieren. Auf solche Gedanken muss man erstmal kommen.

Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen einen materiellen Ausgleich erhalten: ein Erziehungsgehalt bis zum Ende des 3. Lebensjahres, das im Zuge des Familienlastenausgleichs finanziert wird. Dabei wurde das Betreuungsgeld gerade erst abgeschafft.

Fazit: Die AfD nährt die Mär von negativen Folgen frühkindlicher Bildung in Kitas und will lieber das Betreuungsgeld. Mit den realen Herausforderungen frühkindlicher Bildung setzt sie sich nicht auseinander, sondern wünscht sich die Frau am Herd zurück.

HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

UNSERE POSITION

Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder aus eigener Kraft kommunale Spielplätze sanieren, Schwimmbäder erhalten und Schulgebäude auf Vordermann bringen können.

Dazu werden wir im Land die Kommunen bei Investitionen unterstützen, den Gemeindefinanzausgleich fortentwickeln, den Stärkungspakt zum Erfolg führen und uns im Bund für weitere Entlastungen der Kommunen sowie einen Altschuldenfonds einsetzen. Kurz: Wir tragen zur Sanierung der kommunalen Haushalte bei.

Wir stehen zur Gewerbesteuer als wichtige kommunale Einnahmequelle und wollen sie zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln.

Fazit: Wir sorgen durch Entlastungen über den Bund, Unterstützung vom Land und Stärkung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort für einen kommunalfreundlichen Kurs. Denn eine bessere Infrastruktur, eine bürgerfreundliche Verwaltung und mehr Lebensqualität gibt es nicht umsonst.

CDU

Die CDU möchte das Gemeindefinanzierungsgesetz gerecht, transparent und verlässlich ausgestalten. Wer möchte das nicht?

Auch der Stärkungspakt soll reformiert werden, am Ende sollen alle mehr haben. Und irgendeine Lösung für die Altschulden soll es auch geben. Wie die konkret aussieht? Erfährt man nicht.

Die CDU setzt sich für eine Pauschalierung der bestehenden Investitionspauschalen ein. Heißt konkret: Die Sport- und die Schulpauschale werden abgeschafft. Insbesondere für den Sport gibt es keine Planungssicherheit.

Sie will die „Steuererhöhungsspirale“ bei Grund- und Gewerbesteuer stoppen – dies berührt allerdings die kommunale Finanzhoheit und damit einen Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts.

Fazit: Die CDU verspricht allen irgendwie alles, ohne sich wirklich festlegen zu wollen. Das schafft zwar Flexibilität, ehrlich und seriös ist es aber nicht. Wo sie sich allerdings festlegt ist, dem Vereinssport die Planungsgrundlagen zu nehmen. Da wissen wenigstens Sportler woran sie sind.

GRÜNE

Die Grünen stehen für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze.

Die Grünen wollen um die Qualität zu verbessern einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Schlüssel festlegen und finanzieren. Eine Gruppengrößenbeschränkung soll festgelegt werden und Kitas sollen ein Fortbildungsbudget erhalten. Ein neues Kitagesetz soll Trägervielfalt erhalten und fördern.

Ziel bleibt, dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird. Allerdings haben Platzausbau, Qualitätsausbau durch verbesserte Fachkraft-Kind-Relation, flexible und bedarfsorientierte Öffnungszeiten sowie Entlastung des Personals Priorität. Kita-Beiträge werden also – wie bei der CDU – erst dann gesenkt, wenn noch Geld übrig ist.

Fazit: Für die Grünen NRW ist Gebührenfreiheit nur ein untergeordnetes Ziel und wird auf die lange Bank geschoben. Öffnungszeiten sind scheinbar auch nicht so wichtig. Die Bedarfe der Eltern stehen also hinter dem Qualitätsaspekt zurück.

FDP

Die FDP verspricht den Ausbau von U3- und Ü3-Plätzen.

Die FDP will eine Qualitätsoffensive für Kitas und Kindertagespflege durch eine bessere finanzielle Ausstattung (an Kostensteigerungen orientierte Pauschalen pro Kind).

Sie fordert bedarfsorientierte Betreuungszeiten durch mehr Flexibilität und 24-Stunden-Kitas. Die Familien sollen sich an den Bedürfnissen der Arbeitgeber orientieren und nicht umgekehrt.

„Langfristig“ werden beitragsfreie Kitas angestrebt, der Qualitätsausbau hat jedoch oberste Priorität. Bis zur Umsetzung der Gebührenfreiheit soll es eine landesweite „Höchstgrenze“ für Gebühren geben.

Fazit: Mit der FDP NRW steht der Wunsch von Unternehmen nach absolut flexiblen Arbeitnehmern im Vordergrund. Um dies zu gewährleisten, sollen die Eltern weiter selbst zahlen. Gebührenfreiheit wird auf die lange Bank geschoben. Und das Kindeswohl ist anscheinend auch nicht so wichtig.

LINKE

Die Linke fordert den Ausbau öffentlicher und nicht privatgewerblicher Kitas. Tagespflegeplätze sollen schrittweise in Kitaplätze umgewandelt werden.

Die Kitafinanzierung soll zur Qualitätsverbesserung ausgebaut werden. Das Ziel: kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal. Dazu soll ein neues Kita-Gesetz erarbeitet werden.

Die Linke fordert ein bedarfsgerechtes Angebot durch flächendeckende Öffnungszeiten von 6 bis 18 Uhr. Sonderschließzeiten sollen durch flexible Urlaubszeiten ersetzt werden

Kitagebühren sollen für alle Kinder abgeschafft werden. Die Kommunen sollen einen Finanzausgleich erhalten.

Fazit: Die Linke sieht öffentliche Kitas in der alleinigen Verantwortung für die frühkindliche Bildung. Staat-vor-Privat wird als Prinzip überstrapaziert. Randzeitenbedarfe werden als Not- und Sonderfälle verharmlost. Das versprochene Gesamtpaket ist zudem nicht sofort finanzierbar.

AFD

Die AfD sieht in Kitas eine Fremdbetreuung, die klassische Familienkonstellationen entwertet.

Der Kita wird abgesprochen, die Bildung von Kindern fördern zu können. Dies sei nur in der Familie möglich.

Die Fremdbetreuung sorgt laut AfD für beziehungsunfähige sowie geistig und körperlich kranke Kinder. Über diese Konsequenzen sind Eltern zu informieren. Auf solche Gedanken muss man erstmal kommen.

Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen einen materiellen Ausgleich erhalten: ein Erziehungsgehalt bis zum Ende des 3. Lebensjahres, das im Zuge des Familienlastenausgleichs finanziert wird. Dabei wurde das Betreuungsgeld gerade erst abgeschafft.

Fazit: Die AfD nährt die Mär von negativen Folgen frühkindlicher Bildung in Kitas und will lieber das Betreuungsgeld. Mit den realen Herausforderungen frühkindlicher Bildung setzt sie sich nicht auseinander, sondern wünscht sich die Frau am Herd zurück.

KULTUR

UNSERE POSITION

Wir werden weiterhin ein flächendeckendes Kulturangebot zu erschwinglichen Preisen sichern. Handlungsleitend ist unser Kulturfördergesetz. Es ist das erste Gesetz dieser Art in der Bundesrepublik. Einen Fokus werden wir künftig auf die Herausforderungen der Digitalisierung setzen.

Im Rahmen eines Pakts für die Kultur werden wir im Zeitraum 2018 bis 2023 eine Steigerung des Landeskulturetats um 50 Millionen realisieren.

Wir fördern die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am kulturellen Angebot und den Dialog der Kulturen auch als Beitrag zur sozialen Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. Insbesondere ermöglichen wir Kindern und Jugendlichen einen besseren Zugang zu kulturellen Angeboten.

Wir werden die verschiedenen Angebote der Künstlerförderung zu einem Programm zur individuellen Künstlerförderung bündeln.

Fazit: Mit der NRWSPD ist die Förderung von Kultur gesetzlich festgeschrieben. Der Kulturetat wird sukzessive angehoben. Wir werden die individuelle Künstlerförderung verbessern und die integrative Funktion kultureller Angebote weiter stärken.

CDU

Die CDU will an ihre Kulturpolitik von 2005 bis 2010 anknüpfen und einen kulturpolitischen Aufbruch wagen. Konkrete Maßnahmen oder Zahlen zu diesem Aufbruch gibt es leider nicht.

Die CDU will verschiedene landesgesetzliche Regelungen zur Kultur in einem „Kulturgesetzbuch“ zusammenfassen. Vom bestehenden Kulturfördergesetz oder dem Kulturförderplan hat man bei der CDU offenbar noch nicht gehört.

Die Herausforderungen der Digitalisierung werden von der CDU nicht erkannt.

Auch zur individuellen Künstlerförderung steht im CDU-Programm nichts zu lesen.

Fazit: Mit der CDU NRW gibt es weder verbindliche kulturpolitische Ziele noch finanzielle Mittel. Zentrale Herausforderungen wie Digitalisierung oder Künstlerförderung werden gar nicht erst erkannt. Stattdessen will die CDU gesetzliche Regelungen, für die die NRWSPD längst gesorgt hat.

GRÜNE

Die Grünen stehen für die Realisierung der UN-Charta „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur.

Die Grünen wollen mehr Förderverlässlichkeit, Übertragbarkeit der Mittel und Rücklagenbildung und insgesamt mehr Förderung bei weniger Bürokratie, wie im NRW-Kulturfördergesetz bereits angelegt.

Sie wollen Kunst und Kultur integrativ und inklusiv ausgestalten.

Die Grünen setzen sich für unterstützende Rahmenbedingungen für Kulturschaffende ein. Konkrete Maßnahmen fehlen allerdings.

Fazit: Die Grünen NRW wollen kulturelle Teilhabe und Vielfalt fördern, genaue Zahlen nennen sie jedoch nicht. Die Herausforderungen der Digitalisierung werden nicht aufgegriffen. Darüber hinaus fehlen konkrete Maßnahmen zur Künstlerförderung.

FDP

Die FDP fordert ausreichende finanzielle Mittel für den Erhalt und den Ausbau einer vielfältigen Breiten- und Spitzenkulturlandschaft – so, wie es bereits jetzt im Kulturfördergesetz vorgesehen ist.

Sie will weniger bürokratische Vorgaben im Kulturfördergesetz. Auf welche Regelungen die FDP konkret abzielt bleibt jedoch unklar.

Die Herausforderungen der Digitalisierung, die integrative Wirkung von Kultur sowie die individuelle Künstlerförderung werden von der FDP nicht thematisiert.

Fazit: Die FDP NRW will eine vielfältige Breiten- und Spitzenkultur zwar fördern – wie genau bleibt jedoch völlig im Dunkeln. Der Abbau vermeintlicher bürokratischer Hürden wird nicht näher erläutert. Zudem ignoriert sie die integrativen Chancen von Kultur und verschläft Herausforderungen wie die Digitalisierung.

LINKE

Die Linke will den Kulturetat des Landes auf 200 Millionen Euro und dann schrittweise auf 0,5 Prozent des Gesamteats des Landes erhöhen.

Sie will mit dem Anspruch „Kultur für alle“ kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Die Linke will antirassistische, interkulturelle Angebote gezielt fördern, um Respekt und Toleranz zu stärken.

Sie will verschiedene Programme konzentrieren, Antragstellung und Förderungsmöglichkeiten für alle kulturellen Ebenen ermöglichen sowie den Zugang zur Förderung erleichtern.

Die Kulturförderung soll so ausgebaut werden, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können.

Fazit: Im Sinne von Förderung, Teilhabe und Integration setzt die Linke NRW ähnliche Schwerpunkte wie die NRWSPD. Allerdings fordert sie einen Etat von 200 Millionen Euro, der in dieser Höhe in NRW längst zur Verfügung steht. Die Herausforderung der Digitalisierung wird nicht aufgegriffen.

AFD

Die AfD bezieht keine Stellung zur kulturellen Förderung im Allgemeinen und Speziellen sowie zur Sicherstellung der Teilhabe an kulturellen Angeboten und deren integrativer Wirkung.

Fazit: Die Kulturpolitik der AfD NRW ist schlichtweg nicht existent. Es gibt keine Aussagen zur Sicherstellung und Förderung kultureller Angebote. Die sogenannte „Leitkultur“ der AfD ist in erster Linie also eines – besonders arm.

UNSERE POSITION

Wir werden die Infrastruktur zusammen mit den Kommunen weiter ausbauen und fördern, u.a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Schulen, digitale und mobile Infrastruktur.

Durch ein Wirtschaftsprogramm Ländlicher Raum wollen wir die heute schon starke mittelständische Industrie weiter fördern.

Durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stärken wir die Selbstverwaltung.

Wir werden die Landwirtschaft stärken und gleichzeitig den Naturschutz und die Bewahrung von Kulturlandschaft sicherstellen.

Wir werden die Kommunen in ihrer Integrationsarbeit unterstützen (z.B. in den Feldern Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Engagement und politische Teilhabe).

Fazit: Wir stärken den ländlichen Raum als Lebens und Wirtschaftsraum auf allen wichtigen Feldern. In Kooperation mit den Kommunen sorgen wir dafür, dass er für sechs Millionen Menschen eine gute Heimat mit Zukunft bleibt – und für alle anderen ein wertvoller Rückzugs- und Erholungsraum.

CDU

Die CDU will eine Politik, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum stärkt und gleichzeitig den Erfordernissen eines modernen Umwelt- und Naturschutzes sowie den Erwartungen aufgeklärter Verbraucher Rechnung trägt. Klingt toll.

Sie will die Infrastruktur des ländlichen Raums stärken – u.a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Schulen, digitale und mobile Infrastruktur

Die Kultur auf dem Land soll – z.B. durch Aufstocken der Bibliotheken – gefördert werden.

Fazit: Wirtschaft im ländlichen Raum besteht für die CDU aus ihrer Klientel der Landwirte und Rechtsanwälte. Unsere industriellen Weltmarktführer im ländlichen Raum werden vergessen. Insgesamt bringt die CDU bringt kaum neue Vorschläge bei der Förderung des ländlichen Raums.

GRÜNE

Die Grünen sprechen sich für eine kooperative Gestaltung des ländlichen Raums aus. Dafür seien bürgerliches Engagement, Mitwirkung durch Kinder und Jugendliche und bessere Vereinbarkeit von Familie und Kinder unverzichtbar.

Durch den Breitbandausbau, die Sicherung der öffentlichen Grundversorgung und wohnortnahe Bildungsangebote soll die Infrastruktur verbessert werden. Die Grünen wollen die Agrarwirtschaft vor der globalen Konkurrenz durch neue und innovative Organisationsformen geschützt werden. Doch wie genau?

Priorität hat die Nachhaltigkeit im Naturschutz, beim Flächenerhalt (Stichwort Erholungsraum), im Tourismus sowie in der Landwirtschaft.

Fazit: Die Politik des ländlichen Raums bleibt bei den Grünen vor allem auf grüne Erholungsräume, ÖPNV und Bio-Landwirtschaft beschränkt. Das allein aber ist zu wenig. Es fehlt an Präzisierungen, z.B. wie Industriearbeitsplätze nachhaltig geschützt werden sollen.

FDP

Die CDU will die Gesundheitsversorgung auf dem Land durch hausärztliche Präsenz stärken, die ortsgebundene Mobilität durch Taxi- und Bürgerbusse verbessern und das Glasfasernetz in ländlichen Ortschaften und Gewerbegebieten ausbauen.

Landwirte sollen durch Abbau von Bürokratie, Verbesserung von Vermarktungsstrukturen und Sensibilisierung der Verbraucher unterstützt werden. Land- und Forstwirtschaft soll wirtschaftlich gefördert werden – bei gleichzeitiger Ressourcenschonung.

Im Naturschutz will die FDP eher marktwirtschaftliche Aspekte berücksichtigen und staatliche Regulierung verhindern.

Fazit: Wie bei der CDU ist auch für die FDP der ländliche Raum kein großes Thema. Passend zur ideologischen Ausrichtung der sollen neoliberale Maßnahmen im ländlichen Raum ergriffen werden, z.B. Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Anreizen.

LINKE

Im Bereich Gesundheit will die LINKE die örtliche Vernetzung ausbauen, mit mobilen Arztpraxen, Hausarztunterstützung, wohnortnaher Apothekenversorgung und einem bedarfsorientierten Krankenhausplan. Die Kommunen sollen bei der Finanzierung durch das Land entlastet werden.

Die Anbindung an den ÖPNV auf dem Land soll verbessert werden.

Dem Rückgang der Schülerschaft soll durch die Einführung von Oberstufenzentren, die auch Berufsschulen einbinden, begegnet werden.

In der Landwirtschaft stehen sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund. Regionale Vermarktung und Wirtschaftskreisläufe sollen gestärkt werden.

Bei der Kulturförderung soll das Land stärker einbezogen werden.

Fazit: Die LINKE votiert vor allem für zentralisierte Lösungen und die Übernahme von Aufgaben durch das Land. Auf wichtige Themen wie Integration oder den Erhalt wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze auf dem Land geht sie nicht ein.

AFD

Die deutsche Landwirtschaft soll gestärkt werden. Dabei stehen bäuerliche Familienbetriebe, regionale Milch- und Schlachthöfe und mittelständische Unternehmen im Fokus. Die AfD will hin zu mehr Regionalität; Bürokratie und Auflagen sollen abgebaut werden.

Um den ländlichen Bedarf an Hausärzten zu decken sollen Ausbildungen in der Allgemeinmedizin an jeder medizinischen Fakultät in NRW gefördert werden. Außerdem will die AfD Vergütungsanreize für Weiterbildungsstellen und zum Ausgleich des Strukturgefälles zu städtischen Regionen.

Die Selbstverwaltung des ländlichen Raums durch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden bei gleichzeitiger finanzieller Unterstützung durch Bund und Land.

Fazit: Getreu ihrem traditionalistischem Leitbild strebt die AfD nach mehr Regionalität an, wobei sie erkennt, dass der ländliche Raum auch Industrie-Standort ist. Auch die Vielfalt von Lebensformen kommt zur kurz, da u.a. die Integration auf dem Land nicht erwähnt wird.

UNSERE POSITION

Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft ein. Die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft wollen wir ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher aus einem hochwertigen regionalen Lebensmittelangebot auswählen können.

Wir wollen, dass die Landwirtschaft in NRW weiterhin gentechnikfrei bleibt.

Wir wollen die EU-Agrarsubventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums sowie für den ökologischen Landbau nutzen.

Wir setzen uns für den Tierschutz ein. Gerade in der Nutztierhaltung müssen die Haltungsbedingungen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht umgekehrt.

Fazit: Mit der NRWSPD gibt es auch in Zukunft eine starke (regionale) Landwirtschaft, die ökologisch und frei von Gentechnik ist. Dabei legen wir auch auf den Natur- und Tierschutz einen besonderen Wert und stärken den ländlichen Raum.

CDU

Für die CDU besteht Landwirtschaftspolitik fast ausschließlich in der Reduzierung von Flächenverbrauch und der Entsiegelung nicht mehr benötigter Gewerbeflächen. Dazu hat die NRWSPD mit dem Landesentwicklungsplan bereits Antworten vorgelegt.

Ein Konzept zur Förderung ökologischer, regional verankerter Landwirtschaft sucht man bei der CDU vergebens. Sie distanziert sich zudem nicht von der Gentechnik.

Sie fordert eine unkompliziertere Neuregelung der europäischen Agrarförderung. Die beiden Säulen der europäischen Landwirtschaftsförderung sollen sowohl zur Stützung der Einkommen und zur Begrenzung des Risikos als auch zur Finanzierung von Förderprogrammen beibehalten werden.

Die CDU setzt sich für die artgerechte Haltung von Tieren ein.

Fazit: Mit der CDU NRW wird Landwirtschaftspolitik auf den Flächenverbrauch reduziert. Ein umfassendes Förderkonzept für regionale, ökologische Landwirtschaft, die frei von Gentechnik ist, sucht man vergebens.

GRÜNE

Die Grünen treten für eine ökologische, regionale und nachhaltige Landwirtschaft in NRW ein.

Sie setzen sich für gentechnikfreie Lebensmittel und eine gentechnik-freie Landwirtschaft ein.

Auch die Grünen unterstützen die weitere Umschichtung von EU-Finanzmitteln in die zweite Säule zum Ausbau von Agrarumweltprogrammen, von klimaschonender Landbewirtschaftung und des ökologischen Landbaus.

Sie wollen die Nutztierhaltung an Tierschutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz ausrichten.

Fazit: Die Grünen NRW setzen ähnliche Schwerpunkte wie die NRWSPD. Sowohl bei der Förderung ökologischer und regionaler Landwirtschaft als auch bei der Ablehnung von Gentechnik und die Umschichtung von EU-Agrar-Direktzahlungen.

FDP

Die FDP setzt sich für eine marktorientierte Landwirtschaftspolitik ein, die unternehmerische Freiheit und ein auskömmliches Einkommen gewährleistet, z.B. durch den Abbau von Bürokratie. Die FDP bleibt jedoch Antworten schuldig, wie dies genau funktionieren soll. Eine Förderung ökologischer und regionaler Landwirtschaft wird nicht erwähnt.

Pauschale Forschungsverbote in der grünen Gentechnik lehnt sie ab.

Die EU-Agrarförderung wird von der FDP nicht aufgegriffen.

Auch zur artgerechten Haltung von Nutztieren wird von der FDP keine Aussage gemacht.

Fazit: Mit der FDP NRW werden die Landwirte den Fliehkräften des Marktes ausgesetzt, in der die Agrarförderung offenbar keine Rolle spielt. Zur Förderung regionaler Landwirtschaft oder dem Tierschutz werden keine Aussagen gemacht, zudem distanziert sich die FDP nicht von der Gentechnik.

LINKE

Die Linke setzt sich für die Förderung ökologischer Landwirtschaftsbetriebe ein.

Auch die regionale Vermarktung soll gefördert werden.

Sie fordert den Verzicht auf Gentechnik.

Von Agrarsubventionen sollen auch kleinere Betriebe profitieren. Wie genau wird jedoch nicht erläutert.

Die Linke setzt sich für eine artgerechte Haltung von Nutztieren ein.

Fazit: Hinsichtlich der Förderung ökologischer und regional verankerter Landwirtschaft setzt die Linke NRW ähnliche Schwerpunkte wie die NRWSPD. Eine Erläuterung hinsichtlich der Verteilung der Agrarsubventionen bleibt die Linke jedoch schuldig.

AFD

Die AfD setzt sich für eine Stärkung regionaler Strukturen mit bäuerlichen Familienbetrieben, regionalen Milch- und Schlachthöfen sowie mittelständischen Händlern ein.

Die AfD setzt auf die Wettbewerbsvorteile einer gentechnikfreien Landwirtschaft.

Sie lehnt Subventionen für die Landwirtschaft ab.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Massentierhaltung in der Landwirtschaft einzuschränken.

Fazit: Die AfD NRW setzt sich für eine regional verankerte Landwirtschaft ein, die frei von Gentechnik ist. Die artgerechte Haltung von Nutztieren wird jedoch nicht mit letzter Konsequenz vertreten. Und: Der Wegfall von Agrarsubventionen kann existenzielle Folgen für Landwirtschaftsbetriebe haben.

UNSERE POSITION

Wir wollen einen guten Rahmen schaffen für ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot und Medienland Nr. 1 bleiben. Auch der NRW-Lokalfunk und die Bürgermedien bleiben unverzichtbar für lokale und regionale Informationen. Zudem bedarf es einer regulatorischen Anpassung an die digitale, konvergierte Medien- und Netzwelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass öffentlich-rechtliche Fernsehangebote weitgehend werbefrei werden und bundesweit einheitliche Werberegulungen für alle öffentlich-rechtlichen Hörfunkangebote gelten.

Wir wollen den respektvollen Umgang miteinander im Internet fördern und Problemen wie „Hatespeech“ und Fake-News entschlossen entgegenreten.

Fazit: Mit der NRWSPD gibt es ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot, das für den digitalen Wandel gewappnet ist.

Wir wollen ein werbefreies öffentlich-rechtliches Fernsehangebot und setzen uns für einen respektvollen Umgang miteinander in den sozialen Medien ein.

CDU

Auch die CDU setzt sich für kritische Medien als Teil einer Demokratie ein, lässt dabei jedoch die Bürgermedien außen vor. Regeln und Grenzen, die das Miteinander von Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk im Online-Bereich bestimmen, will sie lediglich beobachten. Eine proaktive Gestaltung des regulatorischen Rahmens sieht anders aus!

Mittelfristig soll der WDR weitgehend werbefrei sein.

Die CDU will Regeln für soziale Medien, die im Sinne von Jugendschutz und Menschenwürde gegen Diskriminierung und Hass arbeiten.

Fazit: Die Medienpolitik der CDU NRW berücksichtigt die Medienvielfalt nicht in voller Breite. Den vielfaltssichernden Rahmen im Online Bereich will die CDU zunächst lediglich beobachten, statt ihn aktiv an die digitale Medien- und Netzwelt anzupassen, wie es die NRWSPD als Aufgabe erkannt hat.

GRÜNE

Die Grünen setzen sich für ein unabhängiges Medienangebot ein und betonen in diesem Zusammenhang auch die Relevanz von Lokalfunk und Bürgermedien. Sie erkennen zwar einen Anpassungsbedarf an die Digitalisierung, wie dieser konkret aussieht, wird allerdings nicht erläutert.

Die Grünen erwähnen zwar die Reduzierung der Werbezeit, ein explizites Bekenntnis zu einem werbefreien öffentlich-rechtlichen Fernsehangebot fehlt jedoch.

Die Notwendigkeit, einen respektvollen Umgang im Internet zu fördern, wird seitens der Grünen nicht explizit benannt.

Fazit: Mit den Grünen NRW bleibt medienpolitisch insbesondere das Thema Digitalisierung auf der Strecke. Ein Anpassungsbedarf an die digitale Medienwelt wird zwar erkannt – mehr aber auch nicht. Zudem fehlt eine klare Position zu respektvollem Umgang in den sozialen Medien.

FDP

Die FDP setzt sich für eine freie und vielfältige Presse- und Medienlandschaft ein, zu der auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört. Dieser soll private Angebote und die Entwicklung neuer Medienformen jedoch nicht durch übermäßige beitragsfinanzierte Konkurrenz „abwürgen“.

Die FDP will das Landesmediengesetz NRW reformieren, um die digitale Entwicklung stärker abzubilden.

Zu einem werbefreien öffentlich-rechtlichen Fernsehangebot und respektvollem Umgang im Netz macht die FDP sich keine expliziten Gedanken.

Fazit: Auch in der Medienpolitik fällt der FDP NRW nicht mehr als „Privat-vor-Staat“ ein. Ein starker, dem Gemeinwohl dienender öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie Lokalfunk und Bürgermedien passen da natürlich nicht ins Bild. Lieber ist der FDP das werbefinanzierte Privatfernsehen – dessen Qualität ja unbestritten ist...

LINKE

Die Linke will das qualitativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in NRW erhalten. Freie Radio- und Fernsehprogramme, die von Bürgern selbst gestaltet werden, sind für sie ebenso unverzichtbar in der Medienlandschaft. Angaben zur Anpassung an die Digitalisierung fehlen allerdings.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen auf Sponsoring und Werbung verzichten.

Auch die Linke setzt sich für einen respektvollen Umgang miteinander im Netz ein.

Fazit: Die Linke NRW setzt ähnliche medienpolitische Schwerpunkte wie die NRWSPD. Die Notwendigkeit einer Anpassung des regulatorischen Rahmens an die digitale Medienwelt wird von ihr allerdings nicht erkannt.

AfD

Die AfD will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen und entsprechende finanzielle Beiträge abschaffen. Maßnahmen zur Gegenfinanzierung? Fehlanzeige!

Sie fordert eine sachliche und diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Medien, die es Dank unseres unabhängigen Medienangebots ja auch gibt.

Zum respektvollen Umgang im Netz sagt die AfD: nichts. Was auch etwas sagt.

Fazit: Mit der AfD NRW gibt es kein Bekenntnis zu einer vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft. Und: Wessen Kernkompetenz billige Hetze im Netz ist, kann sich natürlich auch nicht für einen respektvollen Umgang in den sozialen Medien aussprechen.

UNSERE POSITION

Ein starker Staat braucht einen gut ausgestatteten Öffentlichen Dienst: Wir investieren in zusätzliches Personal für Schulen und Polizei. Und wir stärken die Finanzverwaltungen unseres Landes.

Bei Lehrerinnen und Lehrern gilt für uns: gleiche Ausbildung, gleiche Besoldung, gleiche Arbeitsbedingungen in der Schule.

Die Öffentliche Verwaltung steht für Gute Arbeit: Die sachgrundlose Befristung in der Landesverwaltung werden wir Schritt für Schritt abschaffen. Die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben fördern wir mit der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

Wir stärken Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte: mit einem Dialog über die Durchsetzung von Mitbestimmung, fairen Arbeitsbedingungen und sozialen Standards in allen Bereichen der Öffentlichen Verwaltung.

Fazit: Mit der NRWSPD bleibt die Öffentliche Verwaltung ein attraktiver Arbeitgeber mit attraktiven Rahmenbedingungen. Wir bauen Personal aus – und nicht ab.

CDU

Die CDU möchte eine „zentrale und flexible Personalsteuerung“ für den öffentlichen Dienst. Personal soll flexibler eingesetzt werden können. Das schafft Unsicherheit und unklare Perspektiven. Schwierig für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Neue Stellen möchte die CDU vor allem bei der Polizei schaffen. Wie viele, entscheidet sich nach Kassenlage.

Die CDU möchte mit einer Attraktivitätsoffensive für ein flexibles öffentliches Dienstrecht werben. Was diese Offensive beinhalten und inwiefern das Dienstrecht „flexibilisiert“ werden soll, bleibt eine programmatische Leerstelle. Außer „Bürokratieabbau“ wird keine Maßnahme benannt.

Die CDU NRW fordert verpflichtende „Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte“ für die öffentlichen Verwaltung.

Fazit: Die CDU NRW möchte im öffentlichen Dienst „Mehr Flexibilität wagen.“ Das bleibt inhaltlich unkonkret und schafft Unsicherheiten für die Beschäftigten.

GRÜNE

Neue Stellen wollen die Grünen zuallererst in der Umweltverwaltung schaffen – hier in einer nicht bezifferten Größenordnung zum Beispiel im „technischen Umweltschutz“. Warum gerade dieser Bereich prioritär behandelt werden soll? Fragezeichen.

Im Rahmen eines „New Green Deal“ wollen die Grünen bis 2025 100.000 neue Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft schaffen. Nicht beantwortet wird dabei, wie viele dieser Stellen in der Wirtschaft oder im Öffentlichen Dienst geschaffen werden – und wie dies gegenfinanziert werden könnte.

Auch die Grünen wollen Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 besser bezahlen. Lehrerinnen und Lehrer sollen unabhängig von der Schulform bezahlt werden.

Fazit: Ein starker Staat ist bei den Grünen in erster Linie ein „grüner Staat“. Stellen sollen vor allem im Bereich des Umweltschutzes geschaffen werden. Bei der Anzahl der Stellen und den damit verbundenen Kosten bleiben die Grünen vage.

FDP

Ziel der FDP bleibt der schlanke Staat: Öffentliche Ausgaben, Subventionen, Landesprogramme und Staatsbetriebe sollen auf den Prüfstand gestellt und wenn nötig gekürzt oder ganz gestrichen werden. Welche Indikatoren zugrunde gelegt werden, bleibt unklar.

Die FDP will die Lehrerbezahlung neu regeln. Wie genau, bleibt unklar. Käme dies zum Beispiel auch den Grundschullehrerinnen zugute?

Die FDP setzt sich für einen Kahlschlag im Öffentlichen Dienst ein: Die Verwaltung soll verkleinert, deren Ausgaben zusammengestrichen werden. Konkret heißt das: Stellenstreichungen.

Die FDP fordert von den Verwaltungen mehr Transparenz und schnellere sowie papierlose Antrags- und Genehmigungsverfahren. Mit dem E-Government Gesetz NRW wurde das von der rot-grünen Landesregierung 2016 aber schon längst auf den Weg gebracht.

Fazit: Die FDP will eine Melange aus „Kürzen“ und „Streichen“ und bleibt ihrem marktliberalen Mantra treu. Konkrete Vorschläge gibt es nur, wo es um das „gefährdete“ Wohlergehen der Unternehmen geht.

LINKE

Die Linke setzt in ihrem Programm auf den Ausbau öffentlicher Beteiligungen bzw. Verstaatlichungen (z.B. der Industrieproduktion). Wieviele Stellen hierfür im Öffentlichen Dienst geschaffen werden müssten und mit welchen Kosten, wird nicht dargelegt.

Die Linke bekennt sich zum schwachen Staat bei der öffentlichen Sicherheit: Die Neueinstellung von Polizistinnen und Polizisten wird im Programm mit keiner Silbe erwähnt. Dies unterstreicht die negative Grundhaltung gegenüber den Ordnungshüterinnen und Ordnungshütern unseres Landes.

Die Linke spricht sich grundlegend gegen jede Form von Stellenstreichung oder Privatisierung aus – beides sei in keinem Fall mit der Linken durchzuführen. Möglichen Ausnahmen wird vornehmlich ein unüberbrückbarer Riegel vorgeschoben.

Fazit: Die Position der NRW-Linken gegenüber dem Öffentlichen Dienst ist eindeutig uneindeutig: Nichts Genaues weiß man nicht. Dass verstaatlichte Betriebe personell ausgestattet und finanziert werden müssen, wird verschwiegen.

AFD

Die AfD NRW setzt sich für eine Straffung der Verwaltungen des Landes ein. Konkret heißt das: Privatisierung von Gesellschaften und Betrieben – also Stellenabbau.

Die AfD hat ein konkretes Sparziel identifiziert: Die jährlichen Aufwendungen für die NRW-Landesvertretung in Brüssel sollen um mindestens 3 Mio. gekürzt werden. Warum NRWs starke Stimme in Brüssel geschwächt und diese Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll, ist der AfD keine Silbe wert.

Öffentliche Gebäude und Einrichtungen des Landes sollen u.a. mit einer Deutschland- und NRW-Flagge verziert werden – damit sich „auch nicht ortsansässige sowie ältere und behinderte Menschen orientieren können.“ Einziger und scheinbar wichtigster Beitrag, den die Verwaltungen in NRW wahrnehmen sollen.

Fazit: Der AfD fällt außer rechtspopulistischen Plattitüden zum Thema Öffentlicher Dienst nichts ein. Klar ist nur: Die öffentliche Verwaltung hat für sie keinen Wert und soll personell ausgeblutet werden.

PFLEGE

UNSERE POSITION

Wir sind dem drohenden Pflegenotstand bereits entgegengetreten. Darauf ruhen wir uns nicht aus: Wir werden weiter Anreize setzen, um mehr Pflegefachkräfte auszubilden. Dazu gehören eine gerechte Bezahlung, mehr Flexibilität und Aufstiegschancen.

Dort, wo Pflegeleistungen notwendig werden, wollen wir ambulante und stationäre Leistungen stärker als bisher bedarfsgerecht verbinden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die stationäre Pflege mit einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird.

Wir entlasten pflegende Angehörige durch eine Verlängerung und Erhöhung des Pflegeunterstützungsgelds. Auch die Familienpflegezeit muss noch stärker an die Bedürfnisse pflegender Angehöriger angepasst werden.

Fazit: Mit der NRWSPD wird der Pflegeberuf gestärkt. Wir sorgen für eine bedarfsgerechte Verbindung ambulanter und stationärer Leistungen und gewährleisten einen belastbaren Personalschlüssel. Pflegende Angehörige erhalten von uns die Anerkennung und Unterstützung, die sie verdienen.

CDU

Die CDU will den Pflegeberuf für jüngere Leute attraktiver machen. Aber wie? Konkrete Maßnahmen fehlen, wie so oft.

Sie will ambulante und stationäre Versorgung besser vernetzen und Trennungslinien abschaffen.

Die CDU will eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege sicherstellen. Auch hier bleibt sie im Ungefähren, einen belastbaren Personalschlüssel strebt sie gar nicht erst an.

Sie will die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit verbessern. Dies beinhaltet unter anderem die Vorhaltung einer ausreichenden Zahl von Kurzzeitpflegeplätzen. Statt direkter Unterstützung der Angehörigen will die CDU also lieber dazu animieren die Pflegebedürftigen „abzuschieben“.

Fazit: Mit der CDU NRW droht ein Pflegenotstand. Konkrete Anreize zur Ausbildung von Pflegefachkräften fehlen ebenso wie die Verbesserung des Personalschlüssels. Pflegende Angehörige erhalten keine Unterstützung, stattdessen sollen Pflegebedürftige in Kurzzeitpflege „abgeschoben“ werden.

GRÜNE

Die Grünen wollen in den nächsten Jahren für einen weiteren Ausbau der Ausbildungskapazitäten, aber auch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Entlohnung in der Pflege kämpfen.

Sie wollen ambulante und stationäre Pflege besser miteinander verbinden.

Die Verbesserung des Personalschlüssels wird im Programm der Grünen nicht benannt.

Die Grünen wollen die Beratungsangebote für alle sichtbar machen, damit Pflegebedürftige und Angehörige schnell Unterstützung erhalten. Allerdings bedeutet dies nicht, dass bestehende Unterstützungsangebote verbessert werden!

Fazit: Die Grünen NRW setzen wie die NRWSPD auf den Ausbau der Ausbildungskapazitäten und die Verbindung von ambulanter und stationärer Pflege. Sie versäumen es aber, Verbesserungen des Personalschlüssels und der Unterstützung von pflegenden Angehörigen klar zu benennen.

FDP

Die FDP will das Berufsbild und die Rahmenbedingungen für die Pflege attraktiver gestalten. Dazu sollen die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und Einrichtungsträger durch Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütung und einen für alle Beteiligten akzeptablen Personalschlüssel verbessert werden.

Sie will Wahlmöglichkeiten bei der Pflege zwischen ambulanter Betreuung in der häuslichen Umgebung, Pflege-Wohngruppen und stationären Pflegeheimen sichern. Eine bedarfsgerechte Verbindung der Angebote ist dies allerdings nicht!

Zu pflegenden Angehörigen gibt es im Programm der FDP keine Aussage.

Fazit: Die FDP NRW will den Pflegeberuf attraktiver gestalten und den Personalschlüssel verbessern. Pflegende Angehörige erhalten aber keinerlei Wertschätzung oder konkrete Unterstützung. Privates Engagement wird von der FDP offenbar nur dann gestärkt, wenn es wirtschaftlichen Interessen dient!

LINKE

Die Linke will mehr Pflegekräfte ausbilden und einstellen sowie eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung sowie gesetzlich geregelte, ausreichende Personalbemessung.

Eine Verbindung von ambulanter und stationärer Pflege wird im Programm der Linken nicht benannt.

Die Linke will eine bessere Unterstützung und Absicherung für pflegende Angehörige. Konkrete Maßnahmen? Nichts Genaueres weiß man nicht.

Fazit: Mit der Linken NRW soll es zwar mehr Pflegekräfte und eine bessere Personalbemessung geben, die bedarfsgerechte Verbindung stationärer und ambulanter Pflege fehlt jedoch. Zudem wird pflegenden Angehörigen zwar Unterstützung versprochen, konkrete Maßnahmen sucht man jedoch vergebens!

AFD

Die AfD will den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel durch innovative Modelle begegnen. Diese sind aber offenbar so innovativ, dass die AfD sie selbst noch nicht kennt.

Im Programm der AfD werden keine Angaben zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, zur Verbindung ambulanter und stationärer Pflegeleistungen, zur Verbesserung des Personalschlüssels oder zur Unterstützung pflegender Angehöriger gemacht.

Fazit: Die AfD NRW fordert innovative Modelle, die sie selbst noch nicht kennt. Dabei bleiben sämtliche Themen zur Verbesserung ambulanter und stationärer Pflege auf der Strecke. Mit der AfD ist ein Pflegenotstand vorprogrammiert!

UNSERE POSITION

Wir sorgen für nachhaltige Präventionspolitik, die Chancengleichheit und Teilhabe für alle Kinder sichert. Dazu gehören für uns gebührenfreie Kitas, Familienzentren, plusKitas, Beratungs- und Hilfsangebote sowie gute Ganztagschulen als Teile von Präventionsketten vor Ort in ganz NRW

Das Modellprojekt Kein Kind Zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor hat sich bewährt. Wir setzen es fort.

Mit unserem Handlungskonzept Gegen Armut und soziale Ausgrenzung beugen wir Armut in den Kommunen vor.

Wir stärken den Arbeits- und Gesundheitsschutz durch ein wirksames Präventionsgesetz.

Mit vorbeugender Politik verhindern wir das Entstehen von Kriminalität. Auch bei der Verhinderung von Einbruchsdiebstählen entfaltet Prävention ihre Wirkung, z.B. durch unser Programm Riegel vor! Sicher ist sicherer.

Fazit: Die NRWSPD steht für Präventionspolitik aus einem Guss. Wir bekämpfen Armut und sorgen für Gesundheitsschutz. Für uns gilt außerdem: Früh investieren spart später Reparaturkosten. Kein Kind zurücklassen!

CDU

Die CDU will durch gezielte Förderung an Grundschulen zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. Prävention beginnt jedoch viel früher und braucht ein umfassendes Konzept! Teilhabe für Familien will sie über einen Familienpass NRW ermöglichen, mit dem öffentliche Einrichtungen kostenlos besucht werden können. Viele Kommunen haben jedoch bereits ähnliche Angebote – zielführender wäre es, diese weiterzuentwickeln.

Ein Konzept zur Armutsprävention sucht man bei der CDU vergeblich.

Für die CDU sind Gesundheitsschutz und Prävention wesentliche Pfeiler einer guten Arbeit. Gesetzlich untermauern wollen sie diese jedoch nicht.

Statt Prävention fällt der CDU beim Thema Kriminalität nur Law and Order ein. Gestrig!

Fazit: Die CDU negiert den Sinn präventiver Politik. Für sie sind Einsparungen wichtiger als nachhaltige Politik. Statt ein umfassendes Konzept für Chancengerechtigkeit zu entwickeln, steigt die CDU viel zu spät ein oder schafft unnötige Parallelangebote. Darüber hinaus? Sehr, sehr wenig.

GRÜNE

Die Grünen setzen auch künftig auf Prävention und werden sich für ein umfassendes Kinderpräventionsgesetz starkmachen. Aufbauend auf dem Modellprojekt Kein Kind zurücklassen sollen Präventionsketten gestärkt und Präventionskonzepte umgesetzt werden. Die unsozialen Kitagebühren sind für die Grünen jedoch kein vordringliches Thema.

Sie wollen in Prävention und Gesundheitsvorsorge investieren. Ein Präventionsgesetz streben sie aber nicht an.

Die Grünen stehen für präventive und soziale Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität.

Sie wollen Armut in allen Lebenslagen vermeiden. Aus diesem Grund wollen sie in der nächsten Legislaturperiode Angebote und Maßnahmen zur Armutsvermeidung weiter ausbauen und zielgruppengerecht ausrichten.

Fazit: Die Präventionspolitik der Grünen NRW deckt sich in vielerlei Hinsicht mit jener der NRWSPD. Sie haben allerdings nichts gegen unsoziale Kitagebühren und bei der Gesundheitsvorsorge streben sie kein Präventionsgesetz an.

FDP

Chancengerechtigkeit taucht im Programm der FDP nicht auf.

Auch ein Konzept zur Bekämpfung von Armut gibt es mit der FDP nicht.

Die FDP fordert Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung, die auf die spezifische Gesundheitssituation von Männern ausgerichtet sind.

Statt Prävention fällt der FDP, genau wie der CDU, beim Thema Kriminalität nur Law and Order ein.

Fazit: Von Prävention hat man bei der FDP NRW offenbar noch nichts gehört. Konzepte zur Sicherstellung von Chancengerechtigkeit oder zur Bekämpfung von Armut sucht man vergebens, auch bei der Verhinderung von Kriminalität vertritt man rückwärtsgewandte Positionen.

LINKE

Die Linke will Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien bekämpfen. Sie schlägt ein landesweites Konzept vor, um Kinder und Familien direkt vor Ort zu unterstützen. Inwiefern sich dies von der Präventionspolitik der NRWSPD unterscheiden soll bleibt jedoch völlig unklar.

In der Gesundheitspolitik fordert die Linke kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote.

Die Linke will statt Jugendgefängnissen mehr finanzielle Mittel für Prävention und Jugendarbeit.

Fazit: Die Präventionspolitik der Linken NRW ist geprägt von Forderungen, die in vielerlei Hinsicht bereits umgesetzt sind. Darüber hinaus gilt wie so häufig bei den Linken: Es fehlen Vorschläge, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen.

AFD

Die AfD steht für Zementierung sozialer Ungleichheit und für den Ausschluss ganzer Gruppen von Teilhabe. Ein Konzept zur Sicherstellung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe gibt es dementsprechend bei der AfD nicht.

Auch ein Konzept zur Armutsprävention gibt es im Programm der AfD nicht.

Die AfD will eine starke Prävention bereits vor einer Erkrankung. Konkrete Maßnahmen oder Rahmenbedingungen werden jedoch nicht benannt.

Statt Prävention fällt der AfD, wie CDU und FDP, beim Thema Kriminalität nur Law and Order ein.

Fazit: Die AfD NRW hat von Prävention bisher wohl nur im Zusammenhang mit Gesundheit gehört. Offenbar misst man der Sicherung von Chancengerechtigkeit oder der Bekämpfung von Armut keine Bedeutung bei.

UNSERE POSITION

Wir führen die Justiz in NRW in die digitale Zukunft. Unser Recht darf sich auch der digitalen Zukunft nicht verschließen, wir brauchen auch im Zivilrecht ein digitales Update.

Wir streiten weiter dafür, dass auch große Unternehmen und Konzerne die geltenden Regeln nicht umgehen dürfen. Deshalb setzen wir uns beständig für ein eigenständiges Wirtschaftsstrafrecht ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ehepartner ein gesetzliches Vertretungsrecht für den Betreuungsfall haben.

Wir machen uns dafür stark, dass Whistleblower, die Schaden von der Allgemeinheit abwenden oder durch ihre Veröffentlichungen demokratische und freiheitsrechtliche Interessen schützen, gesetzlichen Schutz erhalten.

Fazit: Mit der NRWSPD gilt die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Unsere Rechtspolitik ist Vorkämpfer für Freiheits- und Bürgerrechte. Wir sorgen für eine leistungsfähige Justiz, die für das digitale Zeitalter gewappnet ist. Wir wollen ein eigenständiges Wirtschaftsstrafrecht und Schutz für Whistleblower.

CDU

Die CDU will Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Gefahren aus dem Cyberraum die erforderlichen Befugnisse sowie ausreichende technische und personelle Ausstattung zur Verfügung stellen. Dabei vergisst sie jedoch die Anpassung des Zivilrechts an die Herausforderungen der Digitalisierung.

Zu einem Wirtschaftsstrafrecht gibt es im Programm der CDU keine Aussagen.

Auch zu einem gesetzlichen Vertretungsrecht für Ehepartner macht die CDU keine Angaben.

Der Schutz von Whistleblowern wird im Programm der CDU nicht benannt.

Fazit: Die CDU NRW versäumt es, sich zu drängenden rechtspolitischen Themen klar zu positionieren. Insbesondere die fehlende Aussage zum Wirtschaftsstrafrecht ist alarmierend und wirft die Frage auf, ob die CDU der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität keine Bedeutung beimisst.

GRÜNE

Die Grünen wollen eine unabhängige und funktionsfähige Justiz, versäumen es aber, die Herausforderungen der Digitalisierung damit zu verknüpfen.

Zu einem Wirtschaftsstrafrecht gibt es im Programm der Grünen keine Aussagen.

Auch zu einem gesetzlichen Vertretungsrecht für Ehepartner machen die Grünen keine Angaben.

Die Grünen wollen den Schutz von Whistleblowern im Dienstrecht des Landes verankern.

Fazit: Die Grünen NRW versäumen es, die Justiz in NRW für die Digitalisierung zu wappnen. Auch die Frage nach einem Wirtschaftsstrafrecht bleibt unbeantwortet. Lediglich der Schutz von Whistleblowern wird benannt, allerdings weniger umfassend als im Programm der NRWSPD.

FDP

Die FDP will spezialisierte Internetermittler, die im Netz präsent sind und Straftaten wie Diebstahl und Nutzung fremder Daten gezielt aufdecken. Hierzu sollen flächendeckend Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Internetkriminalität aufgebaut werden. Dabei vergisst die FDP jedoch die Anpassung des Zivilrechts an die Herausforderungen der Digitalisierung.

Zu einem Wirtschaftsstrafrecht gibt es im Programm der FDP keine Aussagen.

Auch zu einem gesetzlichen Vertretungsrecht für Ehepartner macht die FDP keine Angaben.

Der Schutz von Whistleblowern wird im Programm der FDP nicht benannt.

Fazit: Genau wie die CDU versäumt es die FDP NRW sich in wichtigen rechtspolitischen Fragen zu positionieren. Auch sie misst der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität oder dem Schutz von Whistleblowern offenbar keine Bedeutung bei.

LINKE

Die Linke will eine gute personelle und materielle Ausstattung der Justiz, versäumt aber die Nennung der Herausforderungen der Digitalisierung.

Sie will mehr Personal zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung, das Wirtschaftsstrafrecht wird jedoch nicht erwähnt.

Zu einem gesetzlichen Vertretungsrecht für Ehepartner macht die Linke keine Angaben.

Die Linke fordert den umfassenden gesetzlichen Schutz von Whistleblowern.

Fazit: Gute Ansätze, aber letztlich lückenhaft – so lässt sich die Rechtspolitik der Linken NRW zusammenfassen. Die Stärkung der Justiz versäumt die digitalen Herausforderungen, die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität unterlässt eine Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts. Inkonsequent!

AFD

Die AfD fordert die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Dabei vergisst sie jedoch die Anpassung des Zivilrechts an die Herausforderungen der Digitalisierung.

Zu einem Wirtschaftsstrafrecht gibt es im Programm der AfD keine Aussagen.

Auch zu einem gesetzlichen Vertretungsrecht für Ehepartner macht die AfD keine Angaben.

Der Schutz von Whistleblowern wird im Programm der AfD nicht benannt.

Fazit: Auch in der Rechtspolitik beweist die AfD NRW wieder mal ihre geballte Inkompetenz. Bei der Bekämpfung von Internetkriminalität vergisst sie die Anpassung des Rechtsrahmens, andere Fragestellungen, wie eine Verschärfung des Wirtschaftsrechts, beantwortet sie erst gar nicht.

UNSERE POSITION

Dem Rechtsextremismus in unserem Land treten wir mit unserem integrierten Handlungskonzept entschieden entgegen. Die Ausweitung der Förderung kommunaler Initiativen gehört genauso dazu wie die Stärkung der Opferberatungsstellen sowie des Ausstiegsprogramms NINA NRW und des Verfassungsschutzes.

Wir sorgen für eine umfassende Demokratieerziehung. Dazu werden wir die Landeszentrale für politische Bildung weiter aufwerten.

Wir wollen die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten.

Um weitere Ansätze von Deradikalisierung und neue Ansätze für Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, wollen wir auch die interdisziplinäre Extremismusforschung intensiver fördern.

Fazit: Mit der NRWSPD hat der Rechtsextremismus keine Chance. Unser integriertes Handlungskonzept tritt Rechtsextremismus entgegen, gleichzeitig fördern wir Ausstiegsprogramme. Durch Demokratieerziehung und Prävention geben wir rechtsextremistischem Gedankengut keinen neuen Nährboden.

CDU

Die CDU will gegen rechtsextreme, antisemitische und fremdenfeindliche Strukturen gezielt vorgehen. Ein ganzheitliches Handlungskonzept hat man jedoch nicht.

Die CDU will konkrete Hilfsangebote für Betroffene, die aus einer extremistischen Szene aussteigen wollen, verstärken.

Insbesondere in Schulen will sie durch Förderprogramme zur Aufklärung über geschichtliche Zusammenhänge und die besondere historische Verantwortung Deutschlands beitragen.

Sie will die finanzielle Förderung für Initiativen, die sich dem gemeinsamen demokratischen Wertekonsens als Basis für das tägliche Miteinander verschrieben haben, stärker ausbauen. Es fehlt jedoch ein Bekenntnis zur Förderung der Extremismusforschung.

Fazit: Die CDU NRW tritt Rechtsextremismus zwar entgegen, hat dafür aber kein umfassendes Handlungskonzept. Der Entwicklung neuer Ansätze zur Deradikalisierung und Präventionsmaßnahmen scheint sie zudem keine Bedeutung beizumessen!

GRÜNE

Die Grünen bekennen sich zum integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus sowie zur Förderung entsprechender kommunaler Konzepte und zu den verschiedenen Ausstiegsprogrammen.

Sie wollen das integrierte Handlungskonzept des Landes zu einem Landesförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte weiterentwickeln. Welchen Mehrwert sich die Grünen davon versprechen, bleibt jedoch unklar.

Sie wollen das Landeskonzept Erinnerungskultur weiterentwickeln.

Die Grünen wollen ein regelmäßiges wissenschaftliches Monitoring zu Rassismus und Rechtsextremismus in NRW einführen, das die Entwicklung von Handlungsansätzen für wirksame Konzepte unterstützen soll.

Fazit: Die Grünen NRW setzen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus ähnliche Schwerpunkte wie die NRWSPD. Es ist aber unklar, welchen Mehrwert die Umstrukturierung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus haben soll. Hier besteht die Gefahr der „Verschlimmbesserung“.

FDP

Die FDP will gegen den politischen Extremismus und Rassismus konsequent vorgehen. Maßnahmen oder Konzepte? Fehlzanzeige!

Sowohl zur Demokratieerziehung als auch zur Förderung von Erinnerungskultur macht die FDP keine Angaben.

Auch zur Extremismusforschung positioniert sich die FDP nicht.

Fazit: Die FDP NRW positioniert sich zwar gegen politischen Extremismus – abgesehen von diesem Bekenntnis bleibt sie aber konkrete Maßnahmen und Konzepte schuldig. Ein solch halbherziges Vorgehen gegen Rechtsextremismus ist schlichtweg unverantwortlich!

LINKE

Die Linke setzt sich dafür ein, rechtsextremistischen Organisationen den Nährboden zu entziehen und diese inhaltlich zu stellen. Ein ganzheitliches Konzept hat sie jedoch nicht.

Sie fordert breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen – diese gibt es jedoch bereits in großer Zahl.

Sie will Projekte und Initiativen gegen Neofaschismus unterstützen und die Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratieerziehung.

Die Linke will den NRW-Verfassungsschutz abschaffen, kein Scherz.

Zu Präventionsmaßnahmen positioniert sich die Linke nicht.

Fazit: Die Linke NRW stellt sich Rechtsextremismus zwar entgegen, hat aber kein ganzheitliches Konzept. Es dominiert blinder Aktionismus, der in der Forderung nach der Abschaffung des NRW-Verfassungsschutzes gipfelt. Die Kampfrhetorik (ziviler Ungehorsam) dient außerdem nicht einer Deeskalation, sondern führt zum Gegenteil.

AFD

Im Programm der AfD wird das Thema Rechtsextremismus nicht behandelt.

Fazit: Wer hätte das gedacht? Die AfD NRW positioniert sich nicht gegen Rechtsextremismus...

RENTE UND LEBEN IM ALTER

UNSERE POSITION

Wir werden uns im Bund für den Erhalt und Ausbau des gesetzlichen Rentenniveaus einsetzen. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns die tragende Säule der Alterssicherung.

Wir setzen uns für die Ausweitung des Versichertenkreises und eine bessere Absicherung von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung ein.

Wir führen eine Solidarrente für langjährige Beitragszahler mit geringem Einkommen ein, damit ihre Rente höher als die Grundsicherung ausfällt.

Wir bauen Wohn- und Lebensraum senioren- und pflegegerecht aus. Die generationengerechte Fortentwicklung des Wohnungsbestands werden wir durch soziale Wohnraumförderung unterstützen. Den Zugang zum ambulant betreuten Wohnen vereinfachen wir ebenso wie die Gründung von Senioren-WGs, und wir fördern den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern.

Fazit: Für uns gilt, dass die Rente der Lohn für eine Lebensleistung ist und bleiben muss. Genauso wichtig ist eine seniorengerechte Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht. Für beides werden wir sorgen.

CDU

Im CDU-Programm finden sich keine Aussagen über eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung oder die Schaffung einer Solidarrente für langjährige Beitragszahler. Eine Programmatische Leerstelle.

Die CDU will Barrieren abbauen, die einer längeren Erwerbstätigkeit auf freiwilliger Basis im Wege stehen.

Die CDU sieht in der Bildung von Wohneigentum die beste Altersvorsorge und will daher die Grunderwerbsteuererhöhung zurücknehmen.

Die CDU will soziale Wohnungsbauförderung quantitativ ausweiten und stärker auf die Bedürfnisse von Senioren zuschneiden.

Die CDU will ehrenamtliche Sicherheitsberater etablieren, damit sich Senioren besser vor Straftaten schützen können.

Fazit: Die CDU betreibt Klientelpolitik für Besserverdienende, die Eigentum erwerben und länger arbeiten wollen. Armutsrenten kommen bei der CDU nicht vor. Armutszeugnis.

GRÜNE

Alle Menschen, die mindestens 30 Jahre Mitglied der Rentenversicherung waren, sollen eine „Garantierrente“ in Höhe von mindestens 850 Euro erhalten. Die soll aus Steuermitteln finanziert werden. Wieviel das kosten würde? Keine Angabe.

Die Grünen wollen ein Rede- und Antragsrecht für Seniorenbeiräte in den kommunalen Vertretungen einführen.

Die Grünen setzen sich für ein gesundes und ausgewogenes Ernährungsangebot in Senioreneinrichtungen ein.

Die Grünen setzen sich für einen Paradigmenwechsel ein: Weg von Groß- und Sondereinrichtungen, hin zu quartiersbezogenen Wohn- und Pflegeangeboten.

Fazit: Das Rentenmodell der Grünen ähnelt jenem der NRWSPD: Finanzierung und praktische Umsetzbarkeit stehen jedoch in den Sternen. Auch beim altersgerechten Wohnen bleiben viele Vorschläge unkonkret.

FDP

Die FDP will Zuverdienstgrenzen abschaffen und die Rente als modularisierten Baukasten mit flexiblem Renteneintrittsalter fortentwickeln.

Die FDP will den Erwerb von Eigentum das Risiko von Altersarmut reduzieren.

Die FDP will die altersgerechte Planung von Quartieren und Wohnformen sichern, damit ältere Menschen in ihrem Umfeld das finden, was sie für ein selbstbestimmtes Leben benötigen.

Die FDP will die Teilhabe an der digitalen Welt für Senioren durch auf die besonderen Bedürfnisse und Belange der älteren Generation ausgerichtete Bildungsangebote ermöglichen. Welche das sein sollen, sagt sie nicht.

Fazit: Besserverdienende und mobile Senioren haben bei der FDP die besten Karten. Beeinträchtigte und ärmere Senioren schauen bei der FDP in die Renten- und Pflegeröhre.

LINKE

Die Linke will die Rente mit 67 abschaffen und eine gesetzliche Rente ab 65 lebensstandardsicher garantieren.

Die Linke will die abschlagsfreie Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren.

Die Linke will eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto.

Die Linke will, dass alle Erwerbstätigen, auch Selbständige und Freiberufler, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Sie will Mehrgenerationenhäuser fördern und barrierefreie Rad-, Fußwege und Haltestellen altersspezifisch ausbauen.

Die Linke will kostenlose Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen ab 50 und eine Förderung der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Arbeitnehmern. Wie das finanziert werden soll, bleibt ein Geheimnis.

Fazit: Die Linke wartet mit einem Sammelsurium bundespolitischer Forderungen auf, die naturgemäß nicht gegenfinanziert sind. Die Linke macht Bundestagswahlkampf beim Thema Leben im Alter.

AFD

Die AfD will die Grundsicherung bei der Rente zu einem Sockelbetrag umwandeln, der abhängig von Erziehungs- und Arbeitszeiten erhöht wird. Die Rente ist hier nicht mehr sicher!

Die AfD will die Rentenversicherung reformieren, um sie von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten. Was und wie sie dies erreichen möchte, sagt sie nicht.

Die AfD will Erziehungszeiten ebenso wie Berufstätigkeit bei der Rentenberechnung berücksichtigen.

Die AfD will die Erbschaftssteuer ab- und die Vermögenssteuer aussetzen – beide schaden bei der privaten Altersvorsorge.

Die AfD will die Vermögensbildung durch Immobilienerwerb erleichtern, da dies die Altersvorsorge fördert.

Fazit: Die AfD hauiert mit Maßnahmen aus der marktliberalen Mottenkiste. Immobilien, Erbschaften und Vermögen treten an die Stelle einer zukunftsfesten gesetzlichen Mindestrente. Lebewohl Sozialstaat.

UNSERE POSITION

Wir schaffen gute Unterrichtsbedingungen: durch Verkleinerung der Klassengrößen, durch die wirksame Vermeidung von Unterrichtsausfall und die Fortsetzung der Schulsozialarbeit.

Mit unserem bereits angelaufenen Programm „Gute Schule 2020“ sorgen wir dafür, dass der Investitionsstau in den Klassenzimmern aufgelöst wird.

Wir machen G9 für alle Schülerinnen und Schüler möglich. Wer will, kann das Abitur aber weiterhin in 12 Jahren machen. Das entscheiden Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern.

Wir schaffen einen verlässlichen Offenen Ganzttag (OGS). Die Eltern in NRW können sich darauf verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz mitfinanzieren und die Qualität weiter steigern wird.

Fazit: Mit der NRWSPD ist beste Bildung für alle kein Lippenbekenntnis, sondern folgt einem klaren Plan mit konkreten Maßnahmen: kleinere Klassen, weniger Ausfall, sanierte Schulen, G9 für alle und ein verlässlicher Ganzttag sorgen für mehr Chancengleichheit.

CDU

Die CDU möchte den Unterrichtsausfall bekämpfen. Lehrerinnen und Lehrer sollen durch Schulverwaltungsassistenten entlastet und langfristig eine Vertretungsreserve an allen Schulen eingeführt werden.

Allen voran möchte die CDU das mehrgliedrige Schulsystem stärken: Haupt- und Realschulen sollen mehr Ressourcen erhalten.

Die CDU möchte die Investitionspauschale für die Schulgebäude „regelmäßig und angemessen“ erhöhen.

Jedes Gymnasium entscheidet allein und einmalig über G8 oder G9. Ein Flickenteppich entsteht.

Die CDU möchte das OGS-Angebot nicht ausbauen, sondern die Teilnahme der Kinder an den Angeboten flexibler gestalten. Damit wird der Gedanke der Betreuung über die Bildungsqualität gestellt.

Fazit: Mit der CDU NRW sollen die Schulen irgendwie, irgendwo, irgendwann gestärkt werden. Genau festlegen möchte man sich nicht. Weder in finanziellen Fragen, noch bei G8/G9, noch beim Offenen Ganzttag. Haltungsnote? Mangelhaft!

GRÜNE

Die Bekämpfung von Unterrichtsausfall ist für die Grünen „Daueraufgabe“. Sie wollen unter anderem hierzu „den erreichten massiven Ausbau der Stellen entsprechend den Bedarfen sichern und fortsetzen.“

Auch die Grünen wollen das Programm „Gute Schule 2020“ fortsetzen und – wo erforderlich – ausbauen.

Die Grünen wollen G8 und G9 an allen Gymnasien möglich machen und setzen dabei auf das recht komplizierte Modell „individueller Lernzeiten“.

Die Offene Ganzttagsschule soll ausgebaut und in der Qualität verbessert werden. Mittelfristig soll auch der Offene Ganzttag für alle Eltern gebührenfrei werden. Dabei sind sie nicht sparsam. Ihr Konzept „Ganzttag Plus“ wird zwischen 600 Mio. – 1 Mrd. Euro teuer.

Fazit: Die Agenda der Grünen NRW wirkt erstaunlich wenig ambitioniert. Klar wollen auch wir an die Erfolge rot-grüner Regierungspolitik anknüpfen. Ein paar mehr konkrete Zielmarken wären aber wünschenswert. Bestenfalls: Befriedigend.

FDP

Die FDP verspricht eine Unterrichtsgarantie und will dafür in einem ersten Schritt eine 105-prozentige Lehrerversorgung zur Verfügung stellen.

Sie fordert mehr Bundesmittel für Investitionen in die Schulen. Das Land hat offenbar keine Verantwortung. Dafür sollen die Schulen selbstständiger werden und es soll landesweit 30 Elite-Gymnasien geben.

Die Gymnasien entscheiden selbst, ob es G8, G9 oder sogar beides gibt. Im Ergebnis also: Chaos.

Die FDP möchte einen Rechtsanspruch auf einen Ganzttagsschulplatz einführen, zugleich den Eltern aber mehr Wahlmöglichkeiten auch für einen Halbtagsschulplatz einräumen

Fazit: Mit der FDP NRW soll für den Schulbereich das gemacht werden, was schon bei Hochschulen nicht funktioniert hat: Das Land soll Geld geben, die Schulen entscheiden allein. Das führt nicht zu mehr Vergleichbarkeit, sondern zu weniger. Nichts gelernt. Mangelhaft.

LINKE

Für die Linke sind öffentliche Investitionen in die Schulen unerlässlich. Nur seltsam, dass sie weder hierzu noch zur Frage des Unterrichtsausfalls etwas Konkretes im Programm zu sagen hat.

Sie möchte Noten und Sitzenbleiben abschaffen, den Schulkonsens aufheben, das mehrgliedrige Schulsystem abschaffen und 50 Prozent der Stimmen in den Schulkonferenzen für Schülerinnen und Schüler.

G8 soll sofort zurückgenommen werden und ist in der Gesamtschule für alle ohnehin keine weitere Debatte wert.

Ganztagsplätze sollen ausgebaut, die Gebühren hierfür unmittelbar abgeschafft werden.

Fazit: Mit der Linken NRW bleiben für Schülervertreter kaum noch Wünsche offen. Ob das alles pädagogisch klug und umsetzbar ist, ist eine andere Frage. Das muss eine Schülervertretung auch nicht wissen, eine Partei, die in den Landtag will, schon. Setzen. Sechs.

AFD

Die AfD möchte die Klassenstärke in allen Schulformen verringern und dazu die Anzahl der Lehrkräfte steigern.

Investitionsbedarf sieht die AfD offenbar nicht. Jedenfalls sagt sie nichts dazu. Aber sie möchte das mehrgliedrige Schulsystem ausbauen – was auch immer das heißt – und zudem „die Lehrkraft als erzieherische Autorität im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen“ stärken. Immerhin nicht außerhalb des Gesetzes.

Für alle Schülerinnen und Schüler soll es G9 geben, G8 aber weiterhin auf freiwilliger Basis.

Ganztagschulen soll es geben dürfen. Aber: Elterliche Fürsorge stellt aus Sicht der AfD weiterhin den Idealfall von Erziehung dar.

Fazit: Die AfD NRW macht die Rolle rückwärts und steht für ein sozial selektives Schulsystem mit autoritären Lehrerinnen und Lehrern und der fürsorglichen Mutter am Herd als Idealfall. Ab zurück ins Kaiserreich. Da konnten ungehörige Schüler auch noch gezüchtigt werden.

UNSERE POSITION

Bei uns entscheiden Eltern darüber, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule oder Förderschule unterrichten zu lassen. Bei diesem Wahlrecht bleibt es!

Für eine erfolgreiche Inklusion brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen der individuellen Förderung zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, Poollösungen bei den Integrationshilfen rechtlich abzuschließen.

Über einen Sozialindex wollen wir künftig die Zuweisung von Personalressourcen daran orientieren, wo besonders viele Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarfen oder in besonderen Lebenslagen unterrichtet werden.

Mit der Jugendhilfe bauen wir für Jugendliche mit besonderen Lern- und Verhaltensproblemen Unterstützungsstrukturen auf.

Fazit: Die NRWSPD bekennt sich zum Recht auf inklusive Beschulung. Mit uns erhalten die Schulen mehr finanzielle Unterstützung und Personal, damit die Inklusion zum Erfolg für alle Kinder wird.

CDU

Die CDU will den Inklusionsprozess vorerst stoppen und fordert ein Moratorium für die verbleibenden Förderschulen. Sie will keine Förderschule mehr schließen – gleichgültig wie das Angebot von von Eltern und Schülern angenommen wird.

Für das Gelingen der schulischen Inklusion will die CDU verbindliche Qualitätsstandards sowie ein Konzept für den Einsatz von Sonderpädagogen vorlegen. Details dazu legt sie nicht vor.

Die CDU will den Ausbau multiprofessioneller Teams an inklusiven Schulen. Sie will außerdem Schwerpunktschulen für Inklusion benennen. Nur an diesen soll der Einsatz von Ressourcen für behinderte Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden.

Kompetenzzentren sollen wieder eingeführt werden, die neben den allgemeinbildenden Schulen auch Förderschulen beteiligen sollen.

Fazit: Die CDU setzt auf Trennung statt Inklusion. Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regel- und in Förderschulen werden organisatorische Probleme zu Lasten der Förderung der Kinder verschärft.

GRÜNE

Die Grünen sprechen sich wie die NRWSPD für mehr multiprofessionelle Teams an den Schulen aus.

Zum Thema Förderschulen wird im Wahlprogramm der Grünen keine Stellung genommen.

Die Grünen wollen mit neuen Kernlernplänen Lehrer dabei unterstützen, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf besser zu unterrichten. Wie das praktisch umgesetzt werden soll, sagen sie nicht.

Die Grünen wollen den Prozess der Inklusion fortlaufend und flächendeckend evaluieren, um im Bedarfsfall nachsteuern zu können.

Chronisch erkrankte Schülerinnen und Schüler sollen stärker unterstützt werden, damit ihre Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schulen dauerhaft gelingt.

Fazit: Die Grünen schwanken zwischen kurzfristigen erreichbaren und visionären Zielen für die schulische Inklusion. Doch unsere Schulen brauchen vor allem eins: Verlässlichkeit. In vielen Fragen gibt es dennoch größere inhaltliche Übereinstimmungen mit der NRWSPD.

FDP

Das Ziel, Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, findet die FDP richtig. Gleichzeitig müsse aber das Wohl des Kindes stärker im Mittelpunkt stehen. Eine programmatische Leerformel, die die FDP nicht mit Inhalt unterfüttert.

Die FDP lehnt die Schließung von Förderschulen – egal wie stark diese frequentiert werden – ab und will Eltern die Wahlfreiheit zwischen Regelschule oder Förderschule ermöglichen.

Die FDP will ein Fortbildungs-sonderprogramm für Lehrer, um u.a. die Inklusion bestmöglich zu unterstützen.

Nur Schulen, die über ausreichend Fachpersonal und Ausstattung verfügen, sollen inklusive Lerngruppen bilden dürfen. Ein Eingriff in die regionale Schulentwicklungsplanung.

Die FDP will in Schwerpunktschulen sonderpädagogische Fachexpertise bündeln.

Fazit: Die FDP setzt auf Trennung statt Inklusion. Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regel- und in Förderschulen werden organisatorische Probleme zu Lasten der Förderung der Kinder verschärft.

LINKE

Die Linke will das Schulsystem zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der Klasse 1 bis 10 (inkl. Förderschulen) in Ganztagsform weiterentwickeln.

Sie will die Umwandlung von Förderschulen in „Orte des Lernens und Förderns“. Was heißt das? Will sie Förderschulen abschaffen, umwandeln oder einfach nur umbenennen?

Die Linke will eine Garantie für die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht. Inklusive Klassen sollen auf 20 Schülerinnen und Schüler mit vier Kindern im Förderbedarf beschränkt werden.

Die Linke will mindestens 9.000 zusätzliche Lehrerstellen für den Inklusionsprozess und Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht.

Die Linke will ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für 1.000 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen pro Jahr.

Fazit: Die schulische Inklusion wie sie der Linken vorschwebt, überfordert alle: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulen und Lehrer. Und, klar: Zu finanzieren ist das alles auch nicht.

AFD

Die AfD will das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen.

Die AfD sieht durch Inklusion einen Nachteil sowohl für Kinder mit als auch ohne Förderbedarf.

Die AfD sieht in inklusiven Schulkonzepten weniger Unterstützung für Kinder mit Behinderung als es im System der Förderschulen möglich wäre. Daher will die AfD das Förderschulsystem unverändert erhalten.

Fazit: Die AfD spricht sich gegen das Ziel der Vereinten Nationen auf inklusive Beschulung aus und will an der strikten Trennung von Kindern mit und ohne Einschränkungen festhalten. Schulische und vor allem soziale Inklusion sind für die AfD nicht wünschenswert.

UNSERE POSITION

Wir werden die Polizeipräsenz deutlich erhöhen. Dazu steigern wir die Ausbildungszahlen bei der Polizei auf 2.300 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr. Die Zahl der Bezirksbeamten – Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort in den Städten und Dörfern für Sicherheit und Ordnung sorgen – werden wir verdoppeln. Wir stärken die Kriminalpolizei und die Maßnahmen zur Terrorabwehr.

Wir legen ein jährliches Förderprogramm für die Kommunen auf, um öffentliche Plätze nachts besser zu beleuchten („1.000 helle Plätze“).

Wir sorgen dafür, dass auf eine Tat eine schnelle Strafe folgt. Dazu wollen wir besonders beschleunigte Strafverfahren gerade für Jugendliche und junge Erwachsene.

Fazit: Mit der NRWSPD können die Menschen in Sicherheit leben, ohne, dass Bürgerrechte unnötig eingeschränkt werden. Wir sagen konkret, was nötig ist: Mehr Polizei und schnelle Strafverfahren werden zu weniger Kriminalität führen.

CDU

Die CDU will bei der Neueinstellung von Polizeianwärterinnen „bis an die Grenze der Ausbildungskapazität“ gehen. Wo genau diese Grenze liegt, sagt sie nicht. Konkrete Einstellungszahlen bleibt die CDU schuldig. Zusätzlich sollen „Polizeiverwaltungsassistenten“ die Polizei entlasten. Also Nicht-Polizisten, die polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Die CDU will die Schleierfahndung ausweiten, um jeden jederzeit ohne Verdacht kontrollieren zu können. Sie möchte auch die Videoüberwachung ausweiten. Die bringt aber nur etwas, wenn man auch für mehr Personal vor den Bildschirmen sorgt.

Die CDU fordert härtere Strafen – etwa bei Wohnungseinbrüchen. Dafür ist allerdings der Bund zuständig. Und da ist die CDU seit 13 Jahren in der Regierung.

Fazit: Mit der CDU NRW wird Sicherheitspolitik nach Kassenlage gemacht. Um das zu kaschieren, werden härtere Strafen versprochen (für die das Land nicht zuständig ist) und Bürgerrechte eingeschränkt. Viel Lärm um nichts.

GRÜNE

Die Grünen möchten „auch in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau“ Polizistinnen und Polizisten einstellen. Dabei soll sowohl die Zahl der Bezirksbeamtinnen und -beamten erhöht als auch die Kriminalpolizei gestärkt werden. Konkrete Zahlen? Fehlanzeige. Zudem soll ein „Polizeibeauftragter“ beim Landtag eingesetzt werden – Anlaufstelle für Anregungen und Kritik von Bürgerinnen und Bürgern wie auch von Polizistinnen und Polizisten.

Aus Sicht der Grünen dürfen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Videoüberwachung nicht aufgeweicht und diese – wenn überhaupt – nur in sehr engen Grenzen eingesetzt werden. Die Anforderungen lesen sich eher wie eine Absage.

Fazit: Mit den Grünen NRW wird die Polizei personell – irgendwie – gestärkt. Was das konkret in Zahlen bedeutet, bleibt unklar. Und: Wenn man Maßnahmen wie die Videoüberwachung ablehnt, sollte man das ehrlich sagen.

FDP

Die FDP verspricht mehr Personal für die Polizei, damit diese ihre Präsenz vor Ort erhöhen kann. Wieviel Personal das sein wird und ob nach Kassenlage entschieden wird? Da bleiben Fragezeichen. Auch die FDP ist für einen Polizeibeauftragten: Anders als bei den Grünen soll der aber nur für Polizistinnen und Polizisten ansprechbar sein.

Videoüberwachung soll es nur in den engen gesetzlichen Schranken bei Kriminalitätsschwerpunkten geben.

Um zu schnelleren Verurteilungen zu kommen, sollen Staatsanwaltschaften und Gerichte gestärkt und das besonders beschleunigte Verfahren flächendeckend eingeführt werden. Auch hier: Keine Angabe, was das in puncto Personal konkret heißt.

Fazit: Mit der FDP NRW sollen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte personell – irgendwie – gestärkt werden. Es bleibt aber bei markigen Sprüchen. So kann man später nicht festgelegt werden. Seriös ist das nicht.

LINKE

Die Linke setzt sich gar nicht erst mit der Frage der notwendigen Polizeistärke auseinander. Für sie ist Gewalt durch Polizistinnen und Polizisten das innenpolitische Kernproblem dieser Tage. Diese sollen deshalb jederzeit namentlich gekennzeichnet sein und bei Angriffen auf sie kein Pfefferspray mehr nutzen dürfen. Das muss man nicht eigentlich nicht kommentieren.

Videoüberwachung und Wasserwerfer gehören aus Sicht der Linken abgeschafft. Dafür sollen Demonstrantinnen und Demonstranten „Schutzwaffen“ tragen dürfen.

Freiheitsstrafen sollen insbesondere bei „Bagatelldelikten“ reduziert werden.

Fazit: Mit der Linken NRW wird die Polizei in Misskredit gebracht und unser Land ein Eldorado für alle, die schon immer mal ein „Bagatelldelikt“ begehen oder am Rande einer Demonstration Steine werfen wollten. Das ist nicht unser NRW.

AFD

Die AfD möchte die Polizei personell stärken und zusätzlich eine Hilfspolizei (Wachpolizei) für den Objektschutz und für Unterstützungsaufgaben einrichten. Zollbeamtinnen und -beamte sollen künftig auch bei zollfremden Straftaten eingreifen.

Neben den schon vorhandenen Bodycams soll die Polizei auch mit Elektroschockern ausgerüstet werden.

Die AfD setzt auf schnellere Verurteilungen und härtere Strafen „durch eine stärkere Beschränkung von Bewährungsstrafen und die konsequente Ausschöpfung des Strafrahmens, insbesondere bei Wiederholungstätern.“ Letzteres ist in einem Rechtsstaat aber Sache der Gerichte und nicht der Politik.

Fazit: Die AfD NRW möchte schlecht ausgebildete und schlecht bezahlte Hilfspolizisten, die zudem stärker bewaffnet sind. Zudem hält sie offensichtlich nichts vom Rechtsstaat mit Gewaltenteilung. Das bringt: viel Schaden, wenig Nutzen.

UNSERE POSITION

Durch die Fortschreibung des Pakts für den Sport werden wir dem gemeinnützigen Sport weiter finanzielle Planungssicherheit geben.

Mit der Sportpauschale fördern wir weiterhin den allgemeinen Sportstättenbau in den Gemeinden. Unser Ziel bleibt es, die Sportstätteninfrastruktur zukunftsfest zu gestalten, damit der Sport seine gesundheits-, bildungs-, sozial- und freizeitpolitische Wirkung entfalten kann.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ressourcen des Fördersystems für den Spitzensport optimal aufeinander abgestimmt werden.

Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass herausragende Sportereignisse in NRW stattfinden.

Wir treiben die Inklusion im Sport voran.

Fazit: Die NRWSPD fördert den Sport in der Breite und in der Spitze. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Sportstätteninfrastruktur und treten weiter für sportliche Großereignisse in NRW ein. Wir fördern außerdem den gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung.

CDU

Die CDU setzt sich für eine Fortführung des Pakts für den Sport ein. Auch für intakte Sportstätten soll gesorgt werden. Die Sportpauschale findet jedoch keine Erwähnung. Aber: Die CDU beabsichtigt eine wenig durchdachte Zusammenlegung von Investitions-, Schul- und Sportpauschale. Das schafft Planungsunsicherheit bei Kommunen und Sportvereinen.

Sie möchte sich für den Leistungssport einsetzen, erläutert jedoch nicht wie die Athletinnen und Athleten konkret unterstützt werden sollen. Auch die CDU setzt sich für sportliche Großereignisse in Nordrhein-Westfalen ein.

Die Inklusion im Sport soll vorangetrieben werden.

Fazit: Die CDU NRW setzt beim Breitensport ähnliche Schwerpunkte wie die NRWSPD. Hinsichtlich der Förderung des Leistungssports bleiben jedoch Fragen offen.

GRÜNE

Die Grünen wollen den Pakt für den Sport fortschreiben und ein Sportfördergesetz, das die gesellschaftliche Bedeutung des Sports herausstellen soll. Was dadurch konkret verbessert werden soll, wird nicht erläutert.

Laut Grünen reicht die Sportpauschale nicht aus – sie fordern daher ein Konzept für eine nachhaltige Sportstättenentwicklung. Antworten auf die Kosten und Details dieses Konzepts bleiben sie jedoch schuldig.

Die Grünen legen Wert auf einen breit aufgestellten Leistungssport. Konkrete Aussagen zur Förderung sucht man vergebens.

Mit den Grünen wird es in NRW auch weiterhin keine sportlichen Großereignisse geben, wenn Beteiligungsmöglichkeiten von Anfang an und Transparenz in Bezug auf Kosten, Nutzen und Folgen nicht sichergestellt werden.

Fazit: Die Sportpolitik der Grünen NRW ist sehr lückenhaft. Sie wollen ein Sportfördergesetz und eine nachhaltige Sportstättenentwicklung, deren Kosten und Nutzen nicht erläutert werden. Dazu gibt es kein Bekenntnis zur Förderung des Spitzensports und keinen Enthusiasmus für sportliche Großereignisse.

FDP

Die FDP bekennt sich zur staatlichen Unterstützung des Sports. Sie will ein sportfreundliches Umfeld schaffen, den Zugang zu Sportstätten ermöglichen sowie den Ausbau und Erhalt der Sportinfrastruktur sicherstellen. Offenbar sind der FDP der Pakt für den Sport und die Sportpauschale nicht bekannt.

Die FDP macht keine konkreten Aussagen über eine Förderung des Leistungssports.

Die FDP begrüßt die Initiative einer Bewerbung aus NRW für Olympische und Paralympische Sommerspiele.

Für die FDP ist Sport einer der Schlüssel zu gelingender Inklusion.

Fazit: Die FDP NRW bekennt sich zwar zu einer staatlichen Unterstützung des Sports, bereits bestehende Instrumente sind ihr aber allem Anschein nach nicht bekannt. Eine konkrete Förderung des Spitzensports sucht man zudem vergebens.

LINKE

Die Linke lehnt eine Kürzung der Förderung des Breitensports ab. Das hatte aber ohnehin niemand geplant. Im Gegenteil.

Die Linke setzt sich für eine Stärkung der Sportförderung und den Erhalt bzw. Ausbau öffentlicher Sportanlagen ein.

Zur Förderung des Spitzensports macht die Linke keine Angaben.

Die Linke setzt sich für einen Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt ein und will einen Volksentscheid vor dem Start von Bewerbungsvorbereitungen.

Die Linke möchte die Inklusion im Sport vorantreiben.

Fazit: Der Fokus der Linken NRW liegt eindeutig auf dem Breitensport. Dabei bleibt der Spitzensport jedoch auf der Strecke, was letztlich auch negative Auswirkungen auf die Sportbegeisterung junger Menschen haben kann. Eine unausgewogene Sportförderung ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv.

AFD

Die AfD fordert die Sanierung und den Ausbau öffentlicher Sportanlagen. Von der Sportpauschale hat die AfD wohl noch nichts gehört.

Die AfD will einen Ausbau der Talentförderung für den Leistungssport. Wie das aussehen soll, wird jedoch nicht konkretisiert.

Zu sportlichen Großereignissen macht die AfD keine Aussage.

Die AfD unterstützt die integrative Wirkung des Sports.

Fazit: Die AfD NRW setzt sich sowohl für den Breiten- als auch den Leistungssport ein, ist in ihren Forderungen jedoch wenig konkret und scheint die bereits bestehenden Instrumente nicht zu kennen. Sportlichen Großereignissen misst sie keine Bedeutung bei.

UNSERE POSITION

NRW ist bundesweit Vorreiter für integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung. Wir setzen die Programme der Städtebauförderung auf hohem Niveau mit über 250 Mio. Euro jährlich fort. Konkret: 2017 werden die Mittel mit 400 Mio. Euro auf Rekordniveau liegen.

Wir bringen die energetische Sanierung von 1.000 Quartieren bis 2030 auf den Weg.

Wir stellen sicher, dass Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung von Quartierskonzepten beteiligt werden.

Unser Sofortprogramm zur Sanierung von Spielplätzen und anderen Freizeitorten für Kinder und Jugendliche wird durchgeführt.

Über die landeseigene Entwicklungsgesellschaft NRW. Urban werden wir die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Stadtentwicklung verbessern.

Fazit: Mit der NRWSPD wird die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortgesetzt und die energetische Sanierung vorangetrieben. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für die Kommunen und sorgen für Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern.

CDU

Die CDU will bessere Rahmenbedingungen für die Sanierung alter Ortskerne schaffen und dafür eigene Städtebauförderungsmittel bereitstellen. Ein solches Förderprogramm gibt es aber bereits.

Die CDU fordert die Einführung einer anteiligen steuerlichen Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen – ein konkretes Konzept dazu sucht man jedoch vergebens.

Aussagen zur Bürgerbeteiligung oder Programme zur Sanierung von Freizeitorten für Kinder und Jugendliche gibt es bei der CDU nicht.

Fazit: Die CDU NRW hat kein Konzept für die Stadtentwicklung in NRW. Der Umfang der Städtebauförderung bleibt unklar. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger spielt offenbar keine Rolle, ebenso wenig wie die Instandsetzung von Freizeitorten für Kinder und Jugendliche.

GRÜNE

Die Grünen fordern eine erneuerte Städtebauförderung in Verbindung mit einer ökologischen und sozialen Quartiersentwicklung. Da dieser Ansatz in NRW ja bereits heute gilt, wäre es interessant zu erfahren, wie dessen Erneuerung konkret aussehen soll.

Sie fordern die energetische Sanierung im Quartier, ohne jedoch konkrete Ziele zu setzen.

Sie wollen bei allen Planungen einen frühzeitigen und breiten Dialog mit den Bürgern und Verbänden.

Die Grünen wollen die Kommunen finanziell und beratend dabei unterstützen, ihre grünen Infrastrukturen und urbane Parklandschaften, Gärten und Schrebergärten zu erhalten oder zu entwickeln.

Fazit: Die Forderungen der Grünen NRW sind wenig konkret. Sie wollen irgendwie eine Erneuerung der Städtebauförderung, ohne jedoch ein zugrundeliegendes Konzept zu erläutern. Auch die Höhe der hierfür veranschlagten Mittel bleibt unklar.

FDP

Zur Städtebauförderung wird im Programm der FDP nichts gesagt.

Die FDP nennt keine Ziele für die energetische Gebäudesanierung.

Zur Sanierung von Spielplätzen und anderen Freizeitorten für Kinder und Jugendliche steht im Programm ebenfalls kein Wort.

Fazit: Für die FDP spielt die Stadtentwicklung in NRW offenbar keine Rolle. Weder die Städtebauförderung noch die energetische Gebäudesanierung oder andere Stadtentwicklungsprojekte werden im Programm aufgegriffen. Heimat vor der Haustür? Nicht mit der FDP!

LINKE

Die Linke will eine vom Land geförderte Stadtplanung und eine Förderung benachteiligter Stadtteile. Offenbar hat die Linke noch nichts von der Städtebauförderung oder NRW.Urban gehört.

Energetische Sanierungen werden von der Linken allein mit steigenden Mieten assoziiert. Positive Auswirkungen auf Energiekosten und Klima werden vollständig ausgeblendet.

Bürgerbeteiligung im Kontext von Stadtentwicklung gibt es im Programm der Linken nicht.

Die Linke setzt sich für die Sanierung von Spielplätzen ein.

Fazit: Bei der Linken dominiert Unkenntnis über die Städtebauförderung und entsprechender Beratungsangebote. Energetische Sanierungen werden als Vorwand für Mieterhöhungen entlarvt, positive Auswirkungen auf das Klima und Energieeinsparungen vollkommen ignoriert.

AFD

Weder Stadt- und Quartiersentwicklung noch Städtebauförderung werden von der AfD in ihrem Programm genannt.

Auch die energetische Sanierung von Gebäuden spielt bei der AfD keine Rolle.

Die AfD will eine zwingende Bürgerbeteiligung bei größeren städtischen Projekten einführen.

Fazit: Quartiersentwicklung? Städtebauförderung? Energetische Sanierung? Fehlanzeige! Die AfD NRW hat keine Ideen, geschweige denn Konzepte für die Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

UNSERE POSITION

Wir werden die im Pariser UN-Klimavertrag beschlossenen Ziele zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 bis 2 Grad und die Wahrung der EU-Umweltrichtlinien einhalten. Unser Ziel ist es, bis 2025 mindestens 420.000 neue Stellen in der Umweltwirtschaft zu schaffen.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau im Bereich Erneuerbare Energien ein. Bis 2025 wollen wir eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen.

Wir beugen unnötigem Flächenverbrauch durch Innenverdichtung und nachhaltiger Stadtentwicklung vor.

Wir werden der Wasserqualität weiterhin höchste Priorität einräumen, bestehende Förderprogramme sinnvoll weiterentwickeln und die EU-Wasserrahmenrichtlinie effizient umsetzen.

Fracking bleibt mit der NRW-SPD in NRW ohne jede Ausnahme verboten.

Fazit: Für uns ist klar – nachhaltiges Wirtschaften bedeutet Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir setzen die Klimaschutzziele um. Unnötigen Flächenverbrauch und Fracking gibt es mit uns nicht.

CDU

Für die CDU NRW beginnt der Klimaschutz überall, nur nicht auf Landesebene. Dass eine fortschrittliche Umweltwirtschaft auf Landesebene einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz leistet, bleibt unerwähnt.

Die CDU scheut ein explizites Bekenntnis zu den international beschlossenen Klimazielen.

Sie will den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu will sie den Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ in Städten und Dörfern stärken.

Die CDU räumt dem Trinkwasserschutz Priorität ein und schließt Fracking unter Einsatz von umwelttoxischen Stoffen aus.

Fazit: Mit der CDU NRW wird der Beitrag einer fortschrittlichen Umweltwirtschaft zum Klimaschutz auf Landesebene schlichtweg verschlafen. Ein Bekenntnis zu internationalen Zielen wird vermieden. Fracking wird nur unter Auflagen und vorerst ausgeschlossen.

GRÜNE

Für die Grünen sind Ökologie und Klimaschutz die Leitideen ihrer Industriepolitik. Auch sie nennen bis 2025 420.000 Beschäftigte als Ziel.

Die Grünen wollen bis zum Jahr 2025 eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen.

Die Grünen setzen sich für die Einhaltung der Klimaschutzziele ein.

Die Grünen wollen den Flächenverbräuche auf unter fünf Hektar Flächenverbrauch pro Tag reduzieren. Mittelfristig soll der Flächenverbrauch auf null sinken.

Die Grünen setzen sich – wie die NRWSPD – für die Bewahrung der Wasserqualität ein.

Fracking bleibt mit den Gründen verboten.

Fazit: Hinsichtlich des Potenzials der Umweltwirtschaft und der Klimaschutzziele decken sich die Positionen mit jenen der NRWSPD. Die Grünen bleiben jedoch Antworten schuldig, wie der Flächenverbrauch mittelfristig auf null sinken soll.

FDP

Die FDP setzt sich für umwelt- und wirtschaftsfreundliche Standortpolitik ein. Ein Bekenntnis zur Umweltwirtschaft und ihren Potenzialen sucht man vergeblich.

Die FDP bekennt sich zu den internationalen Klimaschutzzielen, fordert jedoch, das Klimaschutzgesetz außer Kraft zu setzen.

Die FDP möchte die Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasen zurücknehmen. Kein Witz.

Die FDP fordert einen sparsamen Flächenverbrauch mittels eines Zertifikatshandels für Flächen. Wie dies im Detail funktionieren soll, bleibt unklar.

Sie lehnt pauschale Forschungsverbote im Kontext von Fracking ab; die Wasserqualität wird im Programm nicht erwähnt.

Fazit: Für die FDP gilt nach wie vor – Ökonomie und Ökologie bilden nicht miteinander vereinbare Gegensätze. Aussetzung des Klimaschutzgesetzes und Ablehnung des Klimaschutzplans würden das Ende des erfolgreichen Klimaschutzes „Made by NRW“ einläuten.

LINKE

Die Linke fordert, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an strengen Umwelt- und Klimaschutzzielen auszurichten. Die Vorreiterrolle NRW in der Umweltwirtschaft sowie das Klimaschutzgesetz sind der Linken wohl nicht bekannt.

Sie fordert das Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 umzusetzen.

Die Linke will Flächenverbrauch und -versiegelung wirksam reduzieren – wie, bleibt jedoch völlig unklar.

Die Linke will die Gefährdung durch Fracking bekämpfen und die Wasserqualität verbessern.

Fazit: Die Linke NRW hat von der Vorreiterrolle unseres Landes im Bereich der Umweltwirtschaft scheinbar noch nie gehört – auch das Klimaschutzgesetz bleibt unerwähnt. Darüber hinaus gibt sie keine Antworten darauf, wie der Flächenverbrauch reduziert werden kann. Umweltpolitik von gestern.

AFD

Die AfD will den Umweltschutz mittels Zielkonzepten und Maßnahmen gestalten. Was das konkret bedeutet, bleibt jedoch unklar. Aussagen zur Umweltwirtschaft? Fehlanzeige!

Die AfD fordert ein Ende der Klimaschutzpolitik und leugnet die negativen Auswirkungen des CO₂-Ausstoßes.

Die AfD fordert die Streichung des Landesentwicklungsplans – ein eigenes Konzept gegen unnötigen Flächenverbrauch sucht man indes vergebens.

Die AfD möchte die Wasserqualität verbessern. Wie sie dies zu tun gedenkt, führt sie nicht aus.

Zum Fracking hat die AfD keine Position.

Fazit: Die AfD NRW ist eine Gefahr für den Umwelt- und Naturschutz, sie leugnet den Klimawandel sowie die negativen Auswirkungen des CO₂-Ausstoßes. Die Umweltwirtschaft als Fortschrittmotor sowie die Reduzierung des Flächenverbrauchs spielen entsprechend keine Rolle.

UNSERE POSITION

Wir bauen den Verbraucherschutz systematisch aus. Mit der stärkeren Verzahnung von Verbraucherarbeit und Quartiersentwicklung wollen wir auch die Verbraucher erreichen, die bislang nur schwer Zugang zur Verbraucherberatung finden. Für Menschen mit einer Behinderung wollen wir den Alltag mit einer gezielten Verbraucherberatung erleichtern.

Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass neue Geschäftsmodelle, wie Streaming-Dienste oder Cloud Computing, nicht durch unübersichtliche Geschäftsbedingungen einseitig zulasten der Verbraucher geregelt werden.

Wir unterstützen auf bundes- und europäischer Ebene Initiativen zur Einführung einer Lebensmittel-Ampel.

Wir führen Insolvenz- und Schuldnerberatung zusammen. Zusätzlich werden wir die Mittel erhöhen und so eine effektivere, am Bedarf des Schuldners orientierte Hilfe erreichen.

Fazit: Mit der NRWSPD bleibt Nordrhein-Westfalen Vorreiter beim Verbraucherschutz. Wir setzen auf aufsuchende Beratungskonzepte und werden die Insolvenz- und Schuldnerberatung zusammenlegen.

CDU

Die CDU will die Stärkung des Bürgers, der bei konkreten Verbraucherschutzrechtlichen Fragen in den Verbraucherschutzzentralen einen Ansprechpartner vor Ort findet – dank der Verbraucherschutzpolitik der NRWSPD.

Die Herausforderungen der Digitalisierung für den Verbraucherschutz werden von der CDU nicht benannt.

Die CDU will eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Eine einfach verständliche und damit verbraucherfreundliche Lebensmittel-Ampel fordert sie allerdings nicht.

Fazit: Die Verbraucherschutzpolitik der CDU NRW bleibt lückenhaft. Weder der Ausbau des Beratungsangebots noch die Herausforderungen der Digitalisierung spielen eine Rolle. Einfache verbraucherfreundliche Konzepte wie die Lebensmittel-Ampel werden gar nicht erst erwähnt.

GRÜNE

Die Grünen wollen den Verbraucherschutz weiterhin finanziell unterstützen und das Beratungsstellennetz ausbauen.

Sie wollen für Verbraucher auf dem digitalen Markt mindestens den gleichen Schutz und die gleiche Transparenz wie bei herkömmlichen, „analogen“ Geschäften gewährleisten. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung werden aber nicht benannt.

Sie fordern eine klare, eindeutige und verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln. Eine einfach verständliche und damit verbraucherfreundliche Lebensmittel-Ampel fordern sie allerdings nicht.

Fazit: Die Grünen NRW setzen ähnliche Schwerpunkte beim Verbraucherschutz wie die NRWSPD. Es fehlen allerdings konkrete Maßnahmen für den digitalen Verbraucherschutz. Einfache verbraucherfreundliche Maßnahmen wie die Lebensmittel-Ampel greifen sie darüber hinaus auch nicht auf.

FDP

Die FDP will die Präsenz der Verbraucherberatung in der Fläche beibehalten. Es sollen aber keine Angebote ausgebaut werden, deren Bedarf bereits durch private Anbieter abgedeckt wird. Mal wieder das alte Lied: Privatvor-Staat.

Die Herausforderungen der Digitalisierung werden von der FDP nicht erkannt.

Die FDP setzt sich für eine sachliche und informative Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln ein, ein Ampelsystem lehnt sie aber ab.

Fazit: Mit der FDP NRW soll die Beratung durch private Anbieter gestärkt werden. Ein unabhängiger Verbraucherschutz sieht anders aus! Auch die Herausforderungen durch digitale Angebote werden von der selbsternannten Digitalisierungspartei nicht erkannt. Peinlich!

LINKE

Das bestehende Netz der Verbraucherberatung sowie dessen Ausbau werden von den Linken nicht benannt.

Auch die Herausforderungen der Digitalisierung im Kontext des Verbraucherschutzes fehlen im Programm.

Die Linke will die Herkunft und Zusammensetzung von Lebensmitteln transparent machen.

Fazit: In der Verbraucherschutzpolitik der Linken NRW klaffen riesige Lücken: Weder der Ausbau des Beratungsangebotes noch die Herausforderungen der Digitalisierung oder eine verbraucherfreundliche Lebensmittel-Ampel werden benannt.

AFD

Das bestehende Beratungsnetz und dessen Ausbau werden von der AfD nicht benannt.

Auch die Herausforderungen der Digitalisierung im Kontext des Verbraucherschutzes fehlen im Programm.

Die Kennzeichnung von Lebensmitteln wird durch die AfD nicht aufgegriffen.

Fazit: Die Verbraucherschutzpolitik der AfD NRW ist nicht existent. Keine der zentralen Themen werden im Programm auch nur ansatzweise benannt.

UNSERE POSITION

Wir werden die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes sichern und ausbauen. Die Mittel des Bundesverkehrswegeplans nutzen wir zur Beseitigung von Stautrecken. Es gilt: Erhalt vor Neubau. Wir unterstützen die Kommunen bei der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur.

Unser Ziel ist es, mehr Güterverkehr auf die Schienen und Wasserstraßen zu verlagern. Häfen wollen wir zu modernen Logistikkreisläufen entwickeln.

Wir werden das Tarifwarr der unterschiedlichen Verkehrsverbände des ÖPNV beenden und durch landeseinheitliche Tarife ersetzen. Barrierefreiheit im ÖPNV, digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger und E-Mobilität werden wir fördern.

Wir stärken den Radverkehr u.a. durch den Bau von sechs Radschnellwegen.

Fazit: Mit der NRWSPD werden Staus durch Investitionen in unsere Straßen beseitigt. Die Nutzung des ÖPNV wird einfacher und barrierefrei. Die Digitalisierung des Verkehrssektors treiben wir konsequent voran.

CDU

Die CDU möchte einen „Vorrat an durchgeplanten Bauvorhaben“ und eine Prioritätenliste für die Sanierung von Straßenbaustellen vorlegen. Beides wird jedoch nicht konkretisiert.

Das kommunale Schienennetz soll saniert und Express-S-Bahnen eingeführt werden. Wieviel das kostet und bis wann diese Bahnen fahren sollen, bleibt ein ungelüftetes Geheimnis.

Die Vereinfachung des Tarifsystems und die Digitalisierung des ÖPNV finden im Programm der CDU keinerlei Erwähnung.

Die CDU NRW möchte die Barrierefreiheit und Elektrobusse im ÖPNV. Hier gibt es Schnittmengen mit der NRWSPD.

Fazit: Die CDU NRW formuliert große Infrastrukturziele, ohne konkrete, gegenfinanzierte Maßnahmen zu benennen. Mit ihr bleibt der ÖPNV im analogen Zeitalter stehen. Eine Vereinfachung des Tarifsystems strebt die CDU gar nicht erst an.

GRÜNE

Infrastrukturelle Erhaltungsmaßnahmen möchten die Grünen nur unter Bürgerbeteiligung umsetzen. Wie die aussehen soll, wird nicht konkretisiert.

Die Grünen sprechen sich wie wir für eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen aus.

Sie unterstützen die Vereinfachung des Tarifsystems im ÖPNV, die digitale Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger, E-Mobilität und die Umsetzung der Barrierefreiheit.

Sie wollen für den ÖPNV eine Landesnahverkehrsgesellschaft gründen. Regionale Besonderheiten in der Infrastruktur blieben eher unberücksichtigt.

Ein landesweites Netz mit Radschnellwegen soll aufgebaut werden. Sie sollen künftig planerisch und finanziell Landesstraßen gleichgestellt werden.

Fazit: Die Grünen vertreten infrastrukturpolitisch ähnliche Positionen wie die NRWSPD. Nicht erläutert werden die weitgehenden Forderungen bei der Bürgerbeteiligung.

FDP

Die FDP fordert eine Investitions-Offensive beim Landesstraßennetz. Welche Maßnahmen dabei ergriffen werden sollen, wird nicht konkretisiert. Die Mittel sollen u.a. mittels öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) zum Vorteil von Investoren und zum Nachteil der öffentlichen Hand generiert werden.

Statt den Güterverkehr konsequent auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, fordert die FDP den Einsatz von Lang-LKWs und verstopft damit zusätzlich unsere Straßen.

Verkehrsunternehmen sollen strenger nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen betrieben werden. Die öffentliche Hand soll Ticketpreise nicht mehr bezuschussen. Wie das ohne einen Anstieg der Fahrpreise umgesetzt werden soll, wird nicht beantwortet.

Fazit: Mit der FDP NRW werden unsere Straßen zulasten der öffentlichen Hand privatisiert, der ÖPNV durch ein nicht tragfähiges Finanzierungssystem geschwächt. Mit der FDP gibt es keine Verkehrswende in NRW.

LINKE

Die Linke möchte das landeseigene Straßennetz in „einen guten Zustand bringen“. Was das genau bedeutet und wie es erreicht wird, bleibt unklar. Für die Linke gilt das Prinzip „Erhalt vor Neubau“.

Bei den Linken „grünt“ es: Straßenumbaumaßnahmen sollen durch „begleitende Naturschutzmaßnahmen“ ausgeglichen werden. Wie die Maßnahmen aussehen sollen? Fragezeichen.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf Schiene und Wasserstraße verlagert werden. Beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr sollen Bürger frühzeitig beteiligt werden.

Der ÖPNV soll perspektivisch fahrscheinfrei genutzt werden können. Finanzierung und Startzeitpunkt bleiben im Ungefähren. Die Chancen der Digitalisierung bleiben unerwähnt.

Fazit: Die Linke NRW setzt beim Straßen- und Güterverkehr ähnliche Prioritäten wie die NRWSPD. Garniert wird dies mit unrealistischen Forderungen nach einem fahrscheinfreien ÖPNV.

AFD

Die AfD fordert den Erhalt und die Modernisierung der Infrastruktur, ohne auf den von der rot-grünen Landesregierung erfolgreich verhandelten Bundesverkehrswegeplan einzugehen.

Der Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden, die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt bleiben unerwähnt.

Die AfD fordert die Vereinfachung des Tarifsystems im ÖPNV und die Vernetzung der Verkehrsträger. Auf die Digitalisierung geht die AfD mit keiner Silbe ein. Auch Barrierefreiheit, E-Mobilität und Radverkehr werden nicht genannt.

Fazit: Das verkehrspolitische Programm der AfD kann man getrost als nicht-existent bezeichnen. Bundesverkehrswegeplan? Chancen der Digitalisierung, Binnenschifffahrt, die Notwendigkeit von Barrierefreiheit und E-Mobilität? Ahnungsloses Schweigen.

WEITERBILDUNG

UNSERE POSITION

Wir vereinfachen die Möglichkeit zur Weiterbildung in Phasen der Beschäftigungsunterbrechung und streichen die Ortsgebundenheit beim Bildungsurlaub.

Wir werden die Landesmittel für die Weiterbildungsstrukturen weiter erhöhen. Den Konsolidierungsbeitrag, den Weiterbildungsträger entrichten müssen, nehmen wir zurück. Wir werden die Bezahlung von freiberuflichen Weiterbildungslehrern verbessern bzw. an die allgemeine Gehaltsentwicklung anpassen.

Im Bund setzen wir uns für eine Arbeitsversicherung ein, um Weiterbildung in der digitalen Arbeitswelt zu ermöglichen.

Wir siedeln bei den Weiterbildungseinrichtungen eine Beratung an, die örtliche Angebote erfasst und vernetzt und das Instrument der aufsuchenden Beratung nutzt.

Wir entwickeln Weiterbildungsangebote, die Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft verankern.

Fazit: Wir vereinfachen den Zugang zu Weiterbildungsangeboten, entlasten die Weiterbildungsträger und verbessern die Bezahlung von Weiterbildungslehrern.

CDU

Die CDU NRW will die Weiterbildung von Beschäftigten durch einen Bildungsscheck unterstützen. Alter Wein aus neuen Schläuchen. Das Instrument der Bildungsschecks wird in NRW längst angewandt.

Die CDU will Frauen Weiterbildungsangebote während der Familienphase machen. Und Männern?

Die CDU will durch eine angemessene, projektungebundene Ressourcenausstattung sowie durch die Dynamisierung der institutionellen Förderung durch das Land verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

Die CDU will die Digitalisierung auch in der Weiterbildung nutzen – wie sie dies zu tun gedenkt, sagt sie gleichwohl nicht.

Die CDU will den Einrichtungen für Weiterbildung ein Sonderbudget für die individuelle Bildungsberatung zur Verfügung stellen.

Fazit: Viele wohlfeile Worte, keine konkreten Maßnahmen. Den Arbeitnehmern, Weiterbildungslehrern und -trägern ist mit der CDU in keiner Weise und an keiner Stelle gedient.

GRÜNE

Die Grünen NRW wollen die Einbindung der Weiterbildung in regionalen Bildungsnetzwerke und eine aufsuchende Bildungsberatung mit enger Anbindung an die Lebenswelt der Adressaten fördern. Sie plädieren zu diesem Zwecke für die Einrichtung einer landesweiten Weiterbildungsberatung.

Die Grünen wollen die Weiterbildungsmittel so dynamisieren, wie es bei Kindertageseinrichtungen der Fall ist, und die Fördersystematik umbauen.

Die Grünen wollen prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung beseitigen. Konkrete Vorschläge wie sie dies tun möchten, fehlen.

Die Grünen fordern vom Bund, die Sprach- und Integrationskurse besser zu fördern und die Weiterbildungskollegs für weitere Zielgruppen zu öffnen.

Fazit: Die Grünen stimmen beim Thema Weiterbildung überwiegend mit der Position der NRWSPD überein. An wesentlichen Stellen fehlt es aber an konkreten Umsetzungsvorschlägen. Die digitale Weiterbildung bleibt zudem völlig außen vor.

FDP

Die FDP will die Weiterbildungskollegs als eigenständige Schulform der zweiten Chance stärker fördern.

Die FDP will die Weiterbildung bei der Digitalisierung unterstützen. Wie? Bleibt unbeantwortet.

Die FDP will der Weiterbildungslandschaft eine verlässliche Förderung gewährleisten. Womit? Auch hierzu bleibt ihr Programm stumm.

Die FDP will „Lebenslanges Lernen“ gezielt etwa durch Bildungssparen, Weiterbildung in den Unternehmen sowie eine Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, die Weiterbildung fördert, unterstützen. Übersetzt: Eltern und Großeltern zahlen die Weiterbildung ihrer Enkel und Kinder.

Die FDP will gemeinsam mit den Weiterbildungseinrichtungen bestehende Angebote ausbauen und alle Menschen zu kontinuierlicher Weiterbildung ermuntern. Bedeutet „ermuntern“ in dem Fall sanktionieren? Unklar.

Fazit: Bei der FDP tragen die Weiterbildungskosten die Arbeitnehmer. Zur Weiterbildung ermuntert das wohl kaum.

LINKE

Die Linke will kostenlose Weiterbildung für Menschen ab 50. Um das zu finanzieren, will sie 1 Prozent des NRW-Bildungsbudgets für Weiterbildung nutzen.

Die Linke fordert eine flächendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Land und Kommunen und die kommunalen Mittel für Weiterbildung aufstocken.

Die Linke will Weiterbildungsangebote zur Grundbildung kostenlos zur Verfügung stellen.

Die Linke will die Inhalte des Bildungsurlaubs und des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes ausweiten.

Die Linke will durch eine höhere Finanzierung der Weiterbildung mehr feste Stellen, tarifliche Bezahlung bzw. hohe Honorare mit sozialer Absicherung ermöglichen.

Fazit: Die Linke fordert bei der Weiterbildung viel, sehr viel, offeriert aber keinerlei Finanzierungsvorschläge.

AFD

Die AfD möchte die Arbeitslosigkeit mit Qualifikationsmaßnahmen für „geeignete Arbeitslose“ bekämpfen und stempelt einen anderen Teil als „ungeeignet“ ab. Nur solche Qualifikationsmaßnahmen sollen gefördert werden, die den Arbeitsmarkterfordernissen entsprechen. Welche das sein sollen, wird nicht näher erklärt.

Die AfD will Vergütungsanreize für Weiterbildungsstellen bei der Ausbildung von Allgemeinmedizinern gewährleisten, damit es mehr Allgemeinmediziner gibt bzw. damit sich diese flexibel umschulen lassen.

Fazit: Weiterbildung gibt es bei der AfD – kein Scherz – nur für „geeignete Arbeitslose“ und Allgemeinmediziner. Für die AfD NRW scheinen Weiterbildungsmaßnahmen dringend erforderlich!

UNSERE POSITION

Unsere Wirtschaft muss besser sein, nicht billiger. NRW ist ein Innovationsland. Das fördern wir, indem wir in Forschung für gesellschaftlich sinnvolle Innovationen investieren und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen verbessern, z.B. in der Gesundheitswirtschaft, der E-Mobilität oder den Energiespeichern.

Wir stärken Industrie, Mittelstand, Handwerk und Start-ups mit Zukunftsinvestitionen: für verlässliche Energieversorgung, für gute Infrastruktur und für gut ausgebildete Fachkräfte.

Wir wollen Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Geplant ist z.B. eine „Turbogenehmigung“ für Betriebsansiedelungen. Klar ist aber: Regulierung ist und bleibt notwendig, um z.B. Arbeitnehmerrechte oder das Klima zu schützen.

Fazit: Mit der NRWSPD werden notwendige Zukunftsinvestitionen getätigt, um gesellschaftlich sinnvolle Innovationen zu fördern und für Wachstum und Wohlstand zu sorgen. Die Wirtschaft ist für den Menschen da – nicht umgekehrt! Dafür braucht es einen Staat, aber keine überflüssige Bürokratie.

CDU

Die CDU will die „Quote“ privatwirtschaftlicher Forschung steigern und dazu das Hochschulgesetz reformieren. Was das konkret bedeutet? Fehlanzeige.

Die CDU verspricht eine Investitions- und Entlastungsoffensive sowie Entbürokratisierung. Die bedeutet konkret: Abbau von Arbeitnehmerrechten (Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes), Rückschritte beim Klimaschutz (Abschaffung des Klimaschutzgesetzes), Abbau von Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger bei Großprojekten, Senkung von kommunalen Steuern (für die das Land aufgrund der Autonomie der Kommunen nur bedingt etwas tun kann).

Fazit: Mit der CDU NRW geht es zurück bis zumindest ins letzte Jahrzehnt. Mit einer altbekannten Privat vor Staat-Ideologie, die ökonomisch nichts bringt und den Zusammenhalt gefährdet. Arbeitnehmerrechte und Klimaschutz sind der CDU offensichtlich nicht so wichtig.

GRÜNE

Die Grünen wollen bis 2025 100.000 neue Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft u. a. durch eine stärkere Kooperation von Unternehmen und Wissenschaft in diesem Bereich schaffen. Dieser ökologische Leitgedanke durchzieht die gesamte Wirtschaftspolitik: Gefördert werden soll, was „nachhaltig“ oder „ökologisch“ ist.

Die Grünen wollen weiterhin in den Erhalt und Neubau von Infrastruktur investieren. Aber nur nachhaltig, versteht sich.

Für Gründerinnen und Gründer soll NRW Vorreiter beim Bürokratieabbau bleiben. Gleichzeitig bekennen sich die Grünen zu den Entscheidungen der rot-grünen Regierungszeit etwa in Hinblick auf das Tariftreue- und Vergabegesetz oder das Klimaschutzgesetz.

Fazit: Mit den Grünen ist wirtschaftlich nur sinnvoll, was sich zumindest irgendwie ökologisch anhört. Diese Eindimensionalität blendet aber aus, dass es auch andere wichtige Aufgaben – wie den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen – gibt.

FDP

Die FDP will eine mittelstandsorientierte, bürokratiearme und technologieoffene Forschungsförderung. Übersetzt heißt das: Der Staat soll Unternehmen Geld für die Forschung zahlen, aber nicht mitentscheiden, ob damit z.B. für die Atomenergie geforscht wird.

Die FDP will für mehr private Investitionen sorgen: mit weniger staatlichen Eingriffen, dem Streichen ökologischer Ziele im Landesentwicklungsplan sowie der Abschaffung des Klimaschutzgesetzes und des Tariftreue- und Vergabegesetzes.

Die FDP verspricht einen Abbau von Bürokratie und eine Übertragung von Kompetenzen des Staates auf die Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern.

Fazit: Mit der FDP NRW geht es zurück bis mindestens ins letzte Jahrzehnt. Auch die FDP will ausschließlich Privat vor Staat. Schlimmer noch: Es sollen staatliche Gelder in die Forschung fließen – aber ohne jede Kontrolle über ihre Verwendung. Das grenzt an Veruntreuung.

LINKE

Das Land soll mehr in sozialpolitisch und ökologisch sinnvolle Forschung investieren. Diese soll aber nicht in und mit Unternehmen erfolgen, sondern ausschließlich an staatlichen Hochschulen.

Um Industriearbeitsplätze zu erhalten sollen industrielle Betriebe, die von Schließung bedroht sind, vergesellschaftet und demokratisch durch Arbeitnehmer und Politik kontrolliert werden.

Die Linke will ein massives Konjunktur- und Investitionsprogramm in Bildung und Infrastruktur. Finanziert werden soll dies über ein Steuerkonzept der Linken im Bund. Solange dies nicht beschlossen ist, soll die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden.

Fazit: Mit der Linken NRW geht es gleich um ein paar Jahrzehnte zurück. Die DDR war vieles – aber sicherlich kein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Die Linke ist zudem unehrlich: Das Land kann die Schuldenbremse nicht allein außer Kraft setzen – selbst wenn es das wollte.

AFD

Für die AfD ist eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik die wirtschaftspolitische Kernaufgabe. Es gehe um eine Stärkung des Wissens- und Technologietransfers sowie die Unterstützung wissensintensiver und technologiebasierter Ausgründungen aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.

Die AfD möchte dauerhaft Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Ansonsten taucht das Wort Investition nur in Zusammenhang mit den „Kosten der Asylpolitik“ auf.

Die AfD möchte alle sinnvollen Möglichkeiten zur Straffung und Vereinfachung von Genehmigungs- und Überwachungsverfahren nutzen. Wer möchte das nicht?

Fazit: Die AfD NRW hat irgendwo im Netz ein paar Parolen gefunden, was man wirtschaftspolitisch so fordern könnte. Auch zu diesem Thema fehlen aber konkrete Vorschläge, was man genau machen möchte. Das reicht noch nicht mal für Twitter.

UNSERE POSITION

Wir werden den Neubau von Wohnungen von jährlich 50.000 auf 80.000 steigern. Das auf Landesebene erfolgreiche Bündnis für Wohnen werden wir fortsetzen.

Mieten bleiben mit uns bezahlbar: Ausnahmen von der Mietpreisbremse müssen überprüft, wo notwendig, abgeschafft werden. Wir setzen uns zudem für einen verbindlichen und unabhängig erhobenen Mietspiegel für jede Kommune ein.

Wir stärken den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Die Privatisierung öffentlichen Wohnungseigentums lehnen wir ab. Und wir werden prüfen, wie eine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft überall dort tätig werden kann, wo kommunale Wohnungsgesellschaften noch fehlen

Fazit: Mit der NRWSPD wird der (soziale) Wohnungsbau gestärkt und konkrete Ziele für den Neubau formuliert. Wir stellen zudem sicher, dass die Mieten bezahlbar bleiben.

CDU

Die CDU benennt zwar einen Mangel an (sozialem) Wohnraum, formuliert aber keinerlei konkrete Ziele für den Wohnungsneubau.

Die Mietpreisbremse erachtet die CDU als wirkungslos. Was aus dieser Feststellung folgt, bleibt ein Geheimnis. Sie plädiert stattdessen für mehr Wohnungsneubauten. Wie viele neue Wohnungen bis wann geschaffen werden sollen, sagt sie leider nicht. Kurzfristig nutzt das den Mietern nichts.

Das Baurecht soll entrümpelt, Baugenehmigungen sollen schneller erteilt und die Bearbeitung von Bauanträgen mithilfe eines „Masterplans“ beschleunigt werden. Kurz: Mehr Wohnungen durch Entbürokratisierung. Wie dies genau umgesetzt werden und funktionieren soll, sagt die CDU nicht.

Fazit: Mit der CDU NRW gibt es keine konkreten Ziele für den Wohnungsneubau. Statt Probleme anzugehen, werden vermeintliche bürokratische Hindernisse vorgeschoben. Das hilft keinem einzigen Mieter.

GRÜNE

Die Grünen benennen zwar einen Mangel an (sozialem) Wohnraum. Durch welche Maßnahmen wieviele neue Wohnungen geschaffen werden sollen, bleibt ein Geheimnis.

Die Grünen bekennen sich – wie auch die NRWSPD – zum Bündnis für Wohnen und den kommunalen Wohnungsgesellschaften. Sie sollen mit Landesmitteln stärker unterstützt werden.

Die Grünen wollen sich im Bundesrat für eine „Verbesserung der Wirksamkeit der Mietpreisbremse einsetzen“. Inwiefern die Mietpreisbremse verbessert werden soll, wird nicht erklärt.

Mehr bezahlbaren Wohnraum wollen die Grünen an die Einhaltung energetischer und ökologischer Anforderungen knüpfen – welche das sind, wird in dem Programm nicht dargelegt.

Fazit: Die Grünen NRW vermeiden konkrete Ziele für den Wohnungsneubau. Die Überbetonung ökologischer Anforderungen könnte die Mieter außerdem teuer zu stehen kommen.

FDP

Dem markigen Ruf nach einer „liberalen Bau- und Wohnungspolitik“ folgt: Nichts. Wie und in welcher Größenordnung der Wohnungsneubau angekurbelt werden soll, bleibt eine programmatische Leerstelle.

Die FDP ist die Partei der Immobilienwirtschaft und Vermieter: Die Mietpreisbremse betrachtet die FDP als Investitionshemmnis, die außer Kraft gesetzt werden soll. Die Rechte der Mieterinnen und Mieter spielen für die FDP keine Rolle.

Der Erwerb von Eigenheimen ist der FDP wichtiger als bezahlbare Mieten: Bei der Wohnraumförderpolitik soll der Schwerpunkt auf die Eigentumsförderung gelegt werden.

Fazit: Mit der FDP NRW gibt es keine konkreten Ziele für den Wohnungsneubau. Um die Interessen von Investoren zu bedienen, soll die Mietpreisbremse abgeschafft werden. Schwerpunkt der Wohnraumförderung soll künftig auf der Eigentumsförderung liegen.

LINKE

Die Linke fordert die Gründung einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft, um gemeinsam mit den Kommunen jährlich 100.000 neue Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung und garantierten Mieten zu bauen. Wie üblich bleibt die Finanzierbarkeit ein gut gehütetes Geheimnis.

Die Mietpreisbremse wird in der derzeitigen Form als unzureichend bewertet – ihre positiven Effekte werden verschwiegen. Für die geforderten Verbesserungen hat sich die NRWSPD im Bund längst eingesetzt.

Die Linke plädiert für Enteignungen: Privatisierte Wohnungsbestände sollen zurück in öffentliches Eigentum überführt werden. Das beschneidet das Recht der kommunalen Selbstverwaltung.

Fazit: Die Linke NRW setzt unrealistisch hohe und nicht gegenfinanzierte Ziele beim Wohnungsneubau. Bereits eingetretene, positive Effekte der Mietpreisbremse werden zudem ignoriert.

AFD

Die AfD erkennt einen Mangel an Wohnraum – es werden jedoch keinerlei konkrete Ziele für den Wohnungsneubau formuliert.

Die Mietpreisbremse soll abgeschafft werden, da diese den privaten Wohnungsbau hemme. Auf welchen Fakten diese Schlussfolgerung beruht, lässt sich auf Grundlage des Programms nicht ausmachen.

Der soziale Wohnungsbau wird aufgrund vermeintlicher Fehlbelegungen abgelehnt. Stattdessen wird ein Wohngeld als Direktzahlung propagiert. Wie ein Wohngeld dabei helfen soll, eine bezahlbare Wohnung zu ergattern, erschließt sich allerdings nicht.

Fazit: Mit der Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus und der Mietpreisbremse verfolgt die AfD ein klares Ziel: Steigende Mieten für die Mieterinnen und Mieter in NRW.